ISS Gemeinnütziger

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Demokratie leben!

Datenband

zur länderspezifischen Aufbereitung der Monitoring-Befragung 2017 der Wissenschaftlichen Begleitung des Programmbereichs „Partnerschaften für Demokratie“ im Programm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ für Thüringen

Impressum

Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V.
Zeilweg 42
60439 Frankfurt am Main

Frankfurt am Main, Dezember 2017

Autor/innen ISS e.V.

Irina Bohn
Julia Däumling
Julia Hallmann
Sybille Kühnel
Jan Saßmannshausen

Inhalt

Abbildungsverzeichnis		**IV**
Tabellenverzeichnis		**V**
1	**Einführung**	**1**
2	**Methodische Umsetzung**	**6**
3	**Ergebnisse der länderspezifischen Auswertung des prozessbegleitenden Monitorings der Partnerschaften für Demokratie**	**8**
3.1	Standorte und Rahmenbedingungen	8
3.1.1	Rahmenbedingungen gesellschaftlicher Beteiligung	9
3.1.2	Bedrohungslagen	24
3.1.2.1	Situationen der Anfeindung bei engagierten Akteur/innen	24
3.1.2.2	Art der Situationen der Anfeindung	30
3.1.2.2.1	Anfeindungen gegenüber zivilgesellschaftlichen Akteur/innen	30
3.1.2.2.2	Anfeindungen gegenüber Politiker/innen bzw. Mitarbeiter/innen der Verwaltung	31
3.1.2.2.3	Anfeindungen gegenüber Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstelle	32
3.1.2.3	Bedrohungslage in der Förderregion allgemein	33
3.1.2.3.1	Demokratiefeindliche Akteur/innen	33
3.1.2.3.2	Auswirkungen der Situation von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit	39
3.1.2.3.3	Aktionen demokratie- und menschenfeindlicher Akteur/innen	47
3.1.2.4	Umgang mit Bedrohungen	54
3.2	**Implementierung zentraler Gremien**	56
3.2.1	Koordinierungs- und Fachstellen	56
3.2.1.1	Ansiedlung und Trägerart	56
3.2.1.1.1	Rechtsform der Träger der externen Koordinierungs- und Fachstellen	57
3.2.1.1.2	Handlungsfelder der Träger der externen Koordinierungs- und Fachstellen	58
3.2.1.1.3	Fachlicher bzw. weltanschaulicher Bezug der Träger der externen Koordinierungs- und Fachstellen	59

3.2.1.1.4	Ansiedlung des federführenden Amtes der externen Koordinierungs- und Fachstellen	61
3.2.1.1.5	Ansiedlung der internen Koordinierungs- und Fachstellen	62
3.2.1.2	Personelle Ausstattung	63
3.2.1.2.1	Personelle Ausstattung der Koordinierungs- und Fachstellen	63
3.2.1.2.2	Zeitliche Begleitung durch dienstälteste/n Koordinator/in	64
3.2.2	Begleitausschüsse	66
3.2.2.1	Vertretene Gesellschaftsbereiche	66
3.2.2.2	Im Begleitausschuss vertretene Akteursgruppen und Bedarfe an der Einbindung weiterer Gruppen	69
3.2.2.2.1	In Begleitausschüssen vertretene spezifische Akteursgruppen	69
3.2.2.2.2	Personen/Akteur/innen, die bisher nicht oder nicht ausreichend im Begleitausschuss vertreten sind	71
3.2.2.3	Engagementsbereiche der Mitglieder der Begleitausschüsse	73
3.2.2.3.1	Ermüdungserscheinungen im Begleitausschuss	73
3.2.2.3.2	Intensität des Engagements des Begleitausschusses in verschiedenen Bereichen	74
3.2.3	Jugendforen	77
3.2.3.1	Stand und Umsetzung der Implementierung der Jugendforen	77
3.2.3.1.1	Nutzung vorhandener Angebote zur Jugendbeteiligung	77
3.2.3.1.2	Anknüpfung an bestehende Strukturen	78
3.2.3.2	Jugendpartizipation in den Partnerschaften für Demokratie	83
3.2.3.2.1	Aufgaben des Jugendforums	83
3.2.3.2.2	Beteiligung der Jugendlichen im Rahmen des politischen Prozesses der Partnerschaften für Demokratie	85
3.2.3.2.3	Mitbestimmung durch Jugendliche	87
3.3	Geförderte Projekte und Initiativen	89
3.3.1	Zielgruppen der Projekte und Initiativen	89
3.3.2	Projekte und Initiativen differenziert nach Arbeitsschwerpunkten	91
3.3.3	Projekte und Initiativen differenziert nach Fonds	93
3.4	Vernetzung und Öffentlichkeitsarbeit	95
3.4.1	Formate der Öffentlichkeitsarbeit	95
3.4.2	Kenntnisse über und Vernetzung mit weiteren (Programm-)Akteuren	98

3.4.2.1	Kenntnis über andere relevante (Programm-)Akteur/innen	98
3.4.2.2	Zusammenarbeit mit anderen relevanten (Programm-)Akteur/innen	102
3.5	Integrierte Handlungsstrategie	106
3.5.1	(Fort-)Entwicklung der Strategie	106
3.5.1.1	Hat eine Fortentwicklung der Strategie stattgefunden?	106
3.5.1.2	Anlass für die Fortentwicklung der Strategie	107
3.5.2	Arbeitsschwerpunkte der Partnerschaften für Demokratie	109
3.5.3	Strategien zur Umsetzung der Leitprinzipien des Bundesprogramms	112
3.6	Unterstützungsbedarfe der Koordinator/innen	116
3.6.1	Formate der Unterstützung	116
3.6.2	Inhaltliche Schwerpunkte der Unterstützungsbedarfe	121

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Themenbereiche für die länderspezifische Auswertung des Monitorings der Partnerschaften für Demokratie 2

Abbildung 2: Thüringen: Beurteilung der Voraussetzungen gesellschaftlicher Beteiligung: „In unserer Förderregion gibt es…“ 23

Abbildung 3: Einschätzung der befragten Koordinator/innen: Politiker/innen bzw. Mitarbeiter/innen der Verwaltung wurden in unserer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2016 bis zum 30.06.2017 aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen 25

Abbildung 4: Einschätzung der befragten Koordinator/innen: Zivilgesellschaftliche Akteur/innen wurden in unserer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2016 bis zum 30.06.2017 aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen 27

Abbildung 5: Einschätzung der befragten Koordinator/innen: Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstelle wurden in unserer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2016 bis zum 30.06.2017 aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen 29

Abbildung 6: Durchschnittliche Tätigkeitsdauer der/des dienstälteste/n Koordinator/in in der Koordinierungs- und Fachstelle in Jahren 65

Abbildung 7: Zusammensetzung der Begleitausschüsse differenziert nach Akteursgruppen 68

Abbildung 8: Thüringen: Intensität des Begleitausschusses in verschiedenen Aufgabenbereichen (Mittelwerte) 76

Abbildung 9: Etablierungskontext des Jugendforums 79

Abbildung 10: Thüringen: (Geplante) Aktivitäten zur Umsetzung der Öffentlichkeitsarbeit für das Jahr 2017 97

Abbildung 11: Thüringen: Arbeitsschwerpunkte, die im Jahr 2017 bearbeitet werden 111

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Regionale Verteilung aller Partnerschaften für Demokratie 8

Tabelle 2: Beurteilung der Voraussetzungen gesellschaftlicher Beteiligung: „In unserer Förderregion gibt es vielfältige Angebote an Vereinen“ 9

Tabelle 3: Beurteilung der Voraussetzungen gesellschaftlicher Beteiligung: „In unserer Förderregion gibt es vielfältige Angebote an demokratischen Beteiligungsmöglichkeiten für Erwachsene 11

Tabelle 4: Beurteilung der Voraussetzungen gesellschaftlicher Beteiligung: „In unserer Förderregion gibt es vielfältige Angebote an demokratischen Beteiligungsmöglichkeiten für Jugendliche 13

Tabelle 5: Beurteilung der Voraussetzungen gesellschaftlicher Beteiligung: „In unserer Förderregion gibt es eine vielfältige Angebotsstruktur in der Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, Jugendbildung 15

Tabelle 6: Beurteilung der Voraussetzungen gesellschaftlicher Beteiligung: „In unserer Förderregion gibt es aktive (programmrelevante) Netzwerke, Bürgerbündnisse und/oder Bürgerinitiativen 17

Tabelle 7: Beurteilung der Voraussetzungen gesellschaftlicher Beteiligung: „In unserer Förderregion gibt es einen hohen Mobilisierungsgrad zivilgesellschaftlicher Akteur/innen 19

Tabelle 8: Beurteilung der Voraussetzungen gesellschaftlicher Beteiligung: „In unserer Förderregion gibt es eine Vielzahl von noch nicht engagierten Personen/Organisationen, die für die Aktivitäten der Partnerschaft für Demokratie aktiviert werden könnten. 21

Tabelle 9: Einschätzung der befragten Koordinator/innen: Politiker/innen bzw. Mitarbeiter/innen der Verwaltung wurden in unserer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2016 bis zum 30.06.2017 aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen 24

Tabelle 10: Einschätzung der befragten Koordinator/innen: Zivilgesellschaftliche Akteur/innen wurden in unserer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2016 bis zum 30.06.2017 aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen 26

Tabelle 11: Einschätzung der befragten Koordinator/innen: Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstelle wurden in unserer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2016 bis zum 30.06.2017 aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen 28

Tabelle 12: Gesamt: Einschätzung der befragten Koordinator/innen: Art der Tathandlungen bzw. Straftaten in Situationen der Anfeindung gegenüber zivilgesellschaftlichen Akteur/innen 30

Tabelle 13: Thüringen: Einschätzung der befragten Koordinator/innen: Art der Tathandlungen bzw. Straftaten in Situationen der Anfeindung gegenüber zivilgesellschaftlichen Akteur/innen 30

Tabelle 14: Gesamt: Einschätzung der befragten Koordinator/innen: Art der Tathandlungen bzw. Straftaten in Situationen der Anfeindung gegenüber Politiker/innen bzw. Mitarbeiter/innen der Verwaltung 31

Tabelle 15: Thüringen: Einschätzung der befragten Koordinator/innen: Art der Tathandlungen bzw. Straftaten in Situationen der Anfeindung gegenüber Politiker/innen bzw. Mitarbeiter/innen der Verwaltung 31

Tabelle 16: Gesamt: Einschätzung der befragten Koordinator/innen: Art der Tathandlungen bzw. Straftaten in Situationen der Anfeindung gegenüber Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstelle 32

Tabelle 17: Thüringen: Einschätzung der befragten Koordinator/innen: Art der Tathandlungen bzw. Straftaten in Situationen der Anfeindung gegenüber Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstelle 32

Tabelle 18: Einschätzung der befragten Koordinator/innen: Rechtspopulistische Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „PEGIDA“, „Pro“-Bewegungen) waren im Zeitraum vom 01.07.2016 bis zum 30.06.2017 in unserer Förderregion aktiv 33

Tabelle 19: Einschätzung der befragten Koordinator/innen: Rechtsextreme Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „Der III. Weg“, „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“, „Identitäre Bewegung“, „Reichsbürger“) waren im Zeitraum vom 01.07.2016 bis zum 30.06.2017 in unserer Förderregion aktiv 34

Tabelle 20: Einschätzung der befragten Koordinator/innen: Linksextreme Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „Deutsche Kommunistische Partei“, die „Autonomen“) waren im Zeitraum vom 01.07.2016 bis zum 30.06.2017 in unserer Förderregion aktiv 35

Tabelle 21: Einschätzung der befragten Koordinator/innen: Islamistische Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „Muslimbruderschaft“, gewaltbereitet salafistische Gruppierungen) waren im Zeitraum vom 01.07.2016 bis zum 30.06.2017 in unserer Förderregion aktiv 36

Tabelle 22: Einschätzung der befragten Koordinator/innen: Mit populistischen Positionen sympathisierende Personen (z.B. „besorgte Bürger/innen“ bzw. „Wutbürger/innen“) waren im Zeitraum vom 01.07.2016 bis zum 30.06.2017 in unserer Förderregion aktiv 37

Tabelle 23: Einschätzung der befragten Koordinator/innen: Rechtsaffine subkulturelle Gruppen (z.B. rechte Hooliganszenen, rechte Rockermilieus) waren im Zeitraum vom 01.07.2016 bis zum 30.06.2017 in unserer Förderregion aktiv 38

Tabelle 24: Einschätzung der befragten Koordinator/innen: Verbale und physische Gewalt werden schleichend als Mittel politischer Auseinandersetzung akzeptiert 39

Tabelle 25: Einschätzung der befragten Koordinator/innen: Engagierte Personen werden durch demokratie- und menschenfeindliche Akteur/innen verdrängt (z.B. Aufgabe politischer Ämter, Aufgabe beruflicher Tätigkeit bzw. des Engagements für Demokratie und Vielfalt) 40

Tabelle 26: Einschätzung der befragten Koordinator/innen: Es existieren Angstzonen im öffentlichen Raum, die von Personen bzw. Gruppen gemieden werden (z.B. gegenkulturelle „No-go-Areas“ bzw. „nationalbefreite Zonen“) 41

Tabelle 27: Einschätzung der befragten Koordinator/innen: Demokratie- und menschenfeindlichen Akteur/innen gelingt es, ihre Positionen auf die lokale Agenda zu setzen 42

Tabelle 28: Einschätzung der befragten Koordinator/innen: Öffentliche Auseinandersetzungen im Themenfeld Zuwanderung werden polarisierend geführt 43

Tabelle 29: Einschätzung der befragten Koordinator/innen: Rekrutierungsversuche demokratie- und menschenfeindlicher Gruppierungen und/oder Organisationen sind erfolgreich 44

Tabelle 30: Einschätzung der befragten Koordinator/innen: Die lokale Diskussionskultur ist aufgeheizt, unsachlich und/oder von abwertenden Haltungen geprägt 45

Tabelle 31: Einschätzung der befragten Koordinator/innen: Rassistische Denk- und Argumentationsmuster werden im Alltag unreflektiert verwendet und sind öffentlich wahrnehmbar 46

Tabelle 32: Einschätzung der befragten Koordinator/innen: Im Zeitraum vom 01.07.2016 bis zum 30.06.2017 gab es in unserer Förderregion folgende Aktionen demokratie- und menschenfeindlicher Akteur/innen: Gezielte Be- und/oder Verhinderung der Arbeit in den Partnerschaften für Demokratie 47

Tabelle 33: Einschätzung der befragten Koordinator/innen: Im Zeitraum vom 01.07.2016 bis zum 30.06.2017 gab es in unserer Förderregion folgende Aktionen demokratie- und menschenfeindlicher Akteur/innen: Demonstrationen und Protestkundgebungen 48

Tabelle 34: Einschätzung der befragten Koordinator/innen: Im Zeitraum vom 01.07.2016 bis zum 30.06.2017 gab es in unserer Förderregion folgende Aktionen demokratie- und menschenfeindlicher Akteur/innen: Wortergreifung bei und Störung von Veranstaltungen 49

Tabelle 35: Einschätzung der befragten Koordinator/innen: Im Zeitraum vom 01.07.2016 bis zum 30.06.2017 gab es in unserer Förderregion folgende Aktionen demokratie- und menschenfeindlicher Akteur/innen: Raumorientiertes Dominanz- und Provokationsverhalten (z.B. Kleben von Spuckis, Graffiti/Schmierereien, Aneignung öffentlicher Räume) 50

Tabelle 36: Einschätzung der befragten Koordinator/innen: Im Zeitraum vom 01.07.2016 bis zum 30.06.2017 gab es in unserer Förderregion folgende Aktionen demokratie- und menschenfeindlicher Akteur/innen: Zusammenschluss zuwanderungskritischer Akteur/innen in Aktionsgruppen und/oder Bürgerinitiativen 51

Tabelle 37: Einschätzung der befragten Koordinator/innen: Im Zeitraum vom 01.07.2016 bis zum 30.06.2017 gab es in unserer Förderregion folgende Aktionen demokratie- und menschenfeindlicher Akteur/innen: Hate Speech im Netz 52

Tabelle 38: Einschätzung der befragten Koordinator/innen: Im Zeitraum vom 01.07.2016 bis zum 30.06.2017 gab es in unserer Förderregion folgende Aktionen demokratie- und menschenfeindlicher Akteur/innen: Einschlägige Freizeitveranstaltungen und Angebote (z.B. Konzerte/Feste) 53

Tabelle 39: Zusammenarbeit mit Mobiler Beratungen gegen Rechtsextremismus 54

Tabelle 40: Zusammenarbeit mit Beratung für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt (Opferberatung) 55

Tabelle 41: Externe oder interne Ansiedlung der Koordinierungs- und Fachstellen 56

Tabelle 42: Gesamt: Rechtsform der Träger der externen Koordinierungs- und Fachstellen 57

Tabelle 43: Thüringen: Rechtsform der Träger der externen Koordinierungs- und Fachstellen 57

Tabelle 44: Gesamt: Handlungsfelder der Träger der externen Koordinierungs- und Fachstellen 58

Tabelle 45: Thüringen: Handlungsfelder der Träger der externen Koordinierungs- und Fachstellen 58

Tabelle 46: Gesamt: Fachlicher bzw. weltanschaulicher Bezug der Träger der externen Koordinierungs- und Fachstellen 59

Tabelle 47: Thüringen: Fachlicher bzw. weltanschaulicher Bezug der Träger der externen Koordinierungs- und Fachstellen 60

Tabelle 48: Ansiedlung des federführenden Amtes der Partnerschaften für Demokratie mit externen Koordinierungs- und Fachstellen 61

Tabelle 49: Ansiedlung der internen Koordinierungs- und Fachstellen 62

Tabelle 50: Personelle Ausstattung der Koordinierungs- und Fachstellen 63

Tabelle 51: Tätigkeitsdauer der/des dienstälteste/n Koordinator/in in der Koordinierungs- und Fachstelle 64

Tabelle 52: Zusammensetzung der Begleitausschüsse differenziert nach Akteursgruppen 66

Tabelle 53: Gesamt: In Begleitausschüssen vertretene spezifische Akteursgruppen 69

Tabelle 54: Thüringen: In Begleitausschüssen vertretene spezifische Akteursgruppen 70

Tabelle 55: Gesamt: Personen/Akteur/innen, die bisher nicht oder nicht ausreichend im Begleitausschuss vertreten sind 71

Tabelle 56: Thüringen: Personen/Akteur/innen, die bisher nicht oder nicht ausreichend im Begleitausschuss vertreten sind 72

Tabelle 57: Wahrnehmung von Ermüdungserscheinungen in Bezug auf das Engagement der Akteur/innen im Begleitausschuss 73

Tabelle 58: Intensität des Begleitausschusses in verschiedenen Aufgabenbereichen (Mittelwerte) 74

Tabelle 59: Nutzung von Ressourcen bei der Initiierung bzw. Verstetigung des Jugendforums (Anteil der „Ja“-Antworten) 77

Tabelle 60: Etablierungskontext des Jugendforums 78

Tabelle 61: Etablierungskontext des Jugendforums (Kommunen) 80

Tabelle 62: Etablierungskontext des Jugendforums (Landkreise) 81

Tabelle 63: Etablierungskontext des Jugendforums (Zusammenschlüsse von Gebietskörperschaften) 82

Tabelle 64: Formen der Realisierung von Jugendbeteiligung bei konstituiertem Jugendforum (Anteil der „Ja“-Antworten) 83

Tabelle 65: Realisierte Jugendbeteiligung nach Phasen des politischen Prozesses (Anteil der „Ja“-Antworten) 85

Tabelle 66: Stimmrecht von Mitgliedern der Jugendforen in Begleitausschüssen 87

Tabelle 67: Eigenständige Entscheidung der Mitglieder des Jugendforums über die Vergabe der Fördermittel aus dem Jugendfonds 88

Tabelle 68: Gesamt: Zielgruppen der im Jahr 2016 geförderten Projekte/Initiativen 89

Tabelle 69: Thüringen: Zielgruppen der im Jahr 2016 geförderten Projekte/ Initiativen 90

Tabelle 70: Gesamt: Bewilligte Projekte/Initiativen im Jahr 2016 differenziert nach Schwerpunkten 91

Tabelle 71: Thüringen: Bewilligte Projekte/Initiativen im Jahr 2016 differenziert nach Schwerpunkten 92

Tabelle 72: Bewilligte Projekte/Initiativen aus Mitteln des Bundesprogramms im Jahr 2016 differenziert nach spezifischer Finanzierungsquelle 93

Tabelle 73: Gesamt: (Geplante) Aktivitäten zur Umsetzung der Öffentlichkeitsarbeit für das Jahr 2017 95

Tabelle 74: Thüringen: (Geplante) Aktivitäten zur Umsetzung der Öffentlichkeitsarbeit für das Jahr 2017 96

Tabelle 75: Gesamt: Kenntnis über andere relevante (Programm-)Akteure 98

Tabelle 76: Thüringen: Kenntnis über andere relevante (Programm-)Akteure 100

Tabelle 77: Gesamt: Form der Zusammenarbeit mit relevanten (Programm-) Akteuren (Anteil der „Ja“-Antworten) 102

Tabelle 78: Thüringen: Form der Zusammenarbeit mit relevanten (Programm-) Akteuren (Anteil der „Ja“-Antworten) 104

Tabelle 79: Neuausrichtung der Partnerschaft für Demokratie 106

Tabelle 80: Gesamt: Gründe für die Neuausrichtung der Partnerschaft für Demokratie 107

Tabelle 81: Thüringen: Gründe für die Neuausrichtung der Partnerschaft für Demokratie 108

Tabelle 82: Gesamt: Arbeitsschwerpunkte, die im Jahr 2017 bearbeitet werden 109

Tabelle 83: Thüringen: Arbeitsschwerpunkte, die im Jahr 2017 bearbeitet werden 110

Tabelle 84: Umsetzung von Gender-, Diversity Mainstreaming und Inklusion: Einbindung relevanter Akteur/innen (z.B. Gender-, Integration-, Behindertenbeauftragte) bei der Umsetzung der Partnerschaft (Anteil der „Ja“-Antworten) 112

Tabelle 85: Umsetzung von Gender-, Diversity Mainstreaming und Inklusion: Berücksichtigung der Leitprinzipien bei der Projektauswahl (Anteil der „Ja“-Antworten) 113

Tabelle 86: Umsetzung von Gender-, Diversity Mainstreaming und Inklusion: Qualifizierung/Beratung der Programmakteur/innen (z.B. Projektträger) zur Umsetzung der Leitprinzipien (Anteil der „Ja“-Antworten) 114

Tabelle 87: Umsetzung von Gender-, Diversity Mainstreaming und Inklusion: Gezielte Förderung von Projekten mit einem Fokus auf die Leitprinzipien (Anteil der „Ja“-Antworten) 115

Tabelle 88: Bedarf der Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstelle an Handreichungen 116

Tabelle 89: Bedarf der Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstelle an Fachaustauschen auf Länderebene 117

Tabelle 90: Bedarf der Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstelle an Fachaustauschen auf Bundesebene 118

Tabelle 91: Bedarf der Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstelle an Fortbildung 119

Tabelle 92: Bedarf der Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstelle an zertifizierter Weiterbildung 120

Tabelle 93: Gesamt: Inhaltliche Bereiche, hinsichtlich derer die Koordinator/innen Unterstützungsbedarfe äußern 121

Tabelle 94: Thüringen: Inhaltliche Bereiche, hinsichtlich derer die Koordinator/innen Unterstützungsbedarfe äußern 122

1 Einführung

Das Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (ISS-Frankfurt a. M.) ist im Rahmen von „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“ mit der Wissenschaftlichen Begleitung der Partnerschaften für Demokratie betraut.

Einen zentralen Bestandteil der Wissenschaftlichen Begleitung stellt das prozessbegleitende Monitoring dar. Die jährlich stattfindende Online-Befragung dient dazu, eine fundierte Entscheidungsgrundlage für die Reflexion und die Fortschreibung des Bundesprogramms sicherzustellen. Auf dem 5. Bund-Länder-Treffen des Programms „Demokatie leben!“ im September 2016 hat das ISS-Frankfurt a. M. ausgewählte Ergebnisse des Monitorings vorgestellt. Dabei wurden seitens der Anwesenden Bedarfe nach einer länderspezifischen Aufbereitung geäußert. Der vorliegende Bericht greift diese Bedarfe in Form eines Datenbandes auf und vermittelt vergleichbare Informationen zu den Förderstandorten der 16 Bundesländer.[1]

Die Inhalte des Datenbandes wurden im Rahmen eines gemeinsamen Workshops mit Vertretrer/innen des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend bzw. der Landesdemokratiezentren festgelegt. Zur Vorbereitung erhielten die Teilnehmenden ein Dokument, welches die wesentlichen Charakteristika sowie zentrale Inhalte des prozessbegleitenden Monitorings konturiert. Auf dieser Grundlage wurden am 12. Juni 2017 mögliche Themenbereiche diskutiert und im Rahmen eines partizipativen Verfahrens konkrete Bestandteile des Berichts identifiziert. Am Folgetag wurde das Erkenntnisinteresse der Teilnehmenden konkretisiert und darüber hinaus Inhalte ausgewählt, zu denen das ISS-Frankfurt a.M. Abbildungen bereitstellt.

Das Ergebnis dieses Abstimmungsprozesses ist Abbildung 1 zu entnehmen.[2] Der Datenband orientiert sich in Struktur und Darstellung weitgehend an den erkenntnisleitenden Fragestellungen.

---

1 Der vorliegende Datenband beinhaltet eine weiterführende bzw. länderspezifische Aufbereitung ausgewählter Ergebnisse des prozessbegleitenden Monitorings. Darüber hinaus werden die zentralen Erkenntnisse der Wissenschaftlichen Begleitung in separaten Berichten ausführlich dargestellt und dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend jährlich zur Verfügung gestellt.

2 Die neun Teilnehmenden des ersten Workshop-Tages hatten bis zu 20 Stimmen, um jene Themen zu markieren, die in jedem Fall in der länderspezifischen Auswertung Berücksichtigung finden sollen. Die Anzahl der Stimmen pro inhaltlichem Bereich ist jeweils in Klammern abgetragen.
Jene inhaltlichen Bereiche, zu denen neben Tabellen auch Abbildungen erstellt wurden, sind in der Abbildung orange markiert. Fünf Bereiche wurden bereits im Rahmen des Workshops mit den Teilnehmenden festgelegt, die Auswahl der restlichen drei Bereiche erfolgte durch das ISS-Frankfurt a.M.
Zu einigen identifizierten Fragestellungen war es dem ISS-Frankfurt a.M. nicht möglich, Auswertungen zu erstellen. Die Gründe hierfür sind an den entsprechenden Stellen in Abbildung 1 in Fußnoten erläutert. Fragen mit offenen Nennungen konnten aufgrund des Datenschutzes generell nicht ausgewertet werden.

Abbildung 1: Themenbereiche für die länderspezifische Auswertung des Monitorings der Partnerschaften für Demokratie

DIMENSION	INHALTE	ERKENNTNISINTERESSE/ FRAGESTELLUNGEN	ABSCHNITT
MERKMALE DER FÖRDERREGIONEN	**Rahmenbedingungen gesellschaftlicher Beteiligung (6)**	Differenzierung der Rahmenbedingungen gesellschaftlicher Beteiligung nach Verwaltungseinheit[3]	3.1.1
	Bedrohungslagen (4)	Finden Übergriffe/Bedrohungen auf engagierte Akteure statt? (differenziert nach Politik, Zivilgesellschaft und Koordinator/innen)	3.1.2.1
		In welcher Form stellen sich die Übergriffe/Bedrohungen dar?	3.1.2.2
		Wie gestaltet sich allgemein die Bedrohungslage in der Förderregion? Welche Vorkommnisse vor Ort gibt es?	3.1.2.3
		Umgang mit Bedrohungen? Wer ist eingebunden?	3.1.2.4
KOORDINIERUNGS- UND FACHSTELLE	**Personal (Anzahl Personen, Bildungsniveau, Stellenanteile, Dauer der Tätigkeit) (4)**	Wie viele Personen sind in welchem Umfang in den Koordinierungs- und Fachstellen beschäftigt?	3.2.1.2.1
		Erfahrung der Koordinator/innen (Dauer der Tätigkeit)	3.2.1.2.2
	Unterstützungsbedarfe (Formate wie Coaching, Fachaustausche, Fort- und Weiterbildungen sowie inhaltliche Themenstellungen) (5)	Welche konkreten inhaltlichen Unterstützungsbedarfe werden seitens der Koordinator/innen geäußert (differenziert nach Formaten)?	3.6.1
		Welche bundesweiten, welche länderspezifischen Bedarfe gibt es?	3.6.2
	Trägerart der Koordinierungs- und Fachstellen (3)	Bei welchem Träger ist die externe Koordinierungs- und Fachstelle angesiedelt? (differenziert nach kommunaler/freier Trägerschaft; Handlungsfelder und Merkmalen, z. B. religiöse Organisationen, Migrant/innenorganisationen)	3.2.1.1.1 bis 3.2.2.1.3
		In welchem Amt ist die interne Koordinierungs- und Fachstelle angesiedelt?	3.2.1.1.5
		In welchem Amt ist das federführende Amt der Partnerschaft für Demokratie angesiedelt?	3.2.1.1.4

3 Die Differenzierung nach Verwaltungseinheiten für die einzelnen Bundesländer war aufgrund der geringen Fallzahlen nicht sinnvoll.

BEGLEITAUSSCHUSS	**Vertretene Gesellschaftsbereiche (z.B. Politik, Verwaltung Zivilgesellschaft, inkl. Vertretung der Jugendforen) (6)**	Verhältnis Politik/Zivilgesellschaft/ Wirtschaft/Verwaltung	3.2.2.1
		Untersuchung des Zusammenhangs der Zusammensetzung des Begleitausschusses und der Intensität des Engagements[4]	
	Bedarfe an der Einbindung weiterer Akteursgruppen (3)	Welche Akteure sind im Begleitausschuss vertreten, welche fehlen?	3.2.2.2.1
		Welche Gesellschaftsbereiche sind nicht vertreten? (z. B. religiöse Vereinigungen)	3.2.2.2.2
		Welche Möglichkeiten gibt es, die Partnerschaft für Demokratie bei der Gewinnung weiterer Akteure zu unterstützen?[5]	
	Intensität des Engagements entlang unterschiedlicher Aufgabenbereiche (6)	Berichte von „Ermüdungserscheinungen“ und Kontroversen innerhalb des Begleitausschusses?	3.2.2.3.1
		In welchen Bereichen ist das Engagement der Begleitausschuss-Mitglieder ausbaufähig?	3.2.2.3.2
		Gibt es alternative Formate für die Arbeit des Begleitausschusses?[6]	
JUGENDFORUM	**Existenz und Kontinuität (inkl. Anknüpfung an bestehende Strukturen / Neuentwicklung) (6)**	Wurden vorhandene Angebote der Länder zur Jugendbeteiligung (z.B. „Beteiligungswerkstätten“, „Servicestelle Beteiligung“, „Fachliche Begleitung zur Etablierung der Jugendforen“) bei der Implementierung der Jugendforen genutzt?	3.2.3.1.1
		Wurde bei der Implementierung der Jugendforen an bestehende Strukturen angeknüpft? → Wo funktioniert dies und warum? Wo nicht?	3.2.3.1.2
		Verweildauer der Jugendlichen in den Jugendforen?[7]	
		Aufwand zur „Pflege“ der Jugendforen im Verhältnis zum Gewinn für Jugendliche?[8]	
		Nachhaltigkeit/Verstetigung des Jugendforums?[9]	

4 Diese Analyse war mit den vorhandenen Daten nicht möglich.

5 Diese Analyse war mit den vorhandenen Daten nicht möglich.

6 Frage mit offenen Nennungen.

7 Diese Analyse war mit den vorhandenen Daten nicht möglich.

8 Diese Analyse war mit den vorhandenen Daten nicht möglich.

9 Diese Analyse war mit den vorhandenen Daten nicht möglich.

		Ist das Jugendforum Bestandteil der kommunalen Jugendförderstrategie? → Zusammenarbeit zwischen Kommune und Partnerschaft für Demokratie bei der (Weiter-)Entwicklung von Jugendbeteiligung der Förderregion?[10]	
	Einbindung Jugendlicher in die unterschiedlichen Phasen des politischen Prozesses der Partnerschaften für Demokratie (5)	Aufgaben des Jugendforums? Reines Abstimmungsgremium oder „echte Beteiligung“?	3.2.3.2.1
		Beteiligung der Jugendlichen im Rahmen des politischen Prozesses der Partnerschaft für Demokratie?	3.2.3.2.2
		Mitbestimmung → Stimmrecht der Jugendlichen Vertreter/innen im Begleitausschuss? Beteiligung in Bezug auf den Jugendfonds?	3.2.3.2.3
AKTIONS-FONDS	**Anzahl bewilligter Projekte und Initiativen (6)**	Anzahl bewilligter Projekte und Initiativen (differenziert nach Fonds)	3.3.3
FONDS „ÖFFENTLICHKEITSARBEIT UND VERNETZUNG“	**Bekanntheitsgrad der Partnerschaften (4)**	Unterstützungsbedarfe der Partnerschaften für Demokratie zur Erhöhung des Bekanntheitsgrades?[11]	
		Identifikation von Akteursgruppen, bei denen der Bekanntheitsgrad noch ausbaufähig ist[12]	
		Welche Formate/Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit werden bereits genutzt/durchgeführt (Pressemeldungen, Flyer, Internetauftritt…)?	3.4.1
		Existiert eine Strategie zur Öffentlichkeitsarbeit?[13]	
	Austausch mit und Kenntnisse über Programmakteure Zusammenarbeit mit weiteren Akteuren (6)	Kenntnis über andere relevante (Programm-) Akteure?	3.4.2.1
		Formen der Zusammenarbeit mit anderen relevanten (Programm-)Akteuren – Austausch, gemeinsame Projekte, gemeinsame Strategieentwicklung?	3.4.2.2

10 Wird bei „Aufgaben des Jugendforums“ mit beantwortet.

11 Die Unterstützungsbedarfe werden gesammelt ausgewiesen.

12 Frage mit offenen Nennungen.

13 Diese Analyse war mit den vorhandenen Daten nicht möglich.

	Verankerung von Bundes- und Landesprogrammen (4)	Kenntnis über und/oder Nutzung/Relevanz anderer Landesprogramme (z.B. Zusammenhalt durch Teilhabe)? Haben die Koordinator/innen Kenntnisse über Projekte/Fördermöglichkeiten vor Ort, die genutzt werden könnten? *Die Beantwortung dieses Themenbereiches wird auf das Jahr 2018 verschoben, da hierzu umfassende Informationen zu den unterschiedlichen Landesprogrammen erforderlich sind. Die Teilnehmenden haben den Vorschlag eingebracht, dass die Länder dem ISS-Frankfurt a. M. hierzu eine Liste von bis zu fünf relevanten Landesprogrammen/-projekten zuarbeiten.*	
JUGEND-FONDS	**Anzahl bewilligter Projekte und Initiativen (5)**	Anzahl bewilligter Projekte und Initiativen (differenziert nach Fonds)	3.3.3
INTEGRIERTE HANDLUNGSSTRATEGIE	**(Fort-)Entwicklung der Strategie (5)**	Hat eine Fortentwicklung der Strategie stattgefunden?	3.5.1.1
		Was war der Anlass für die Fortentwicklung der Strategie? (Woher kam der Impuls: Demokratiekonferenz, Kommune / seitens kommunaler Akteure, neue Akteure in der Partnerschaft für Demokratie/im Begleitausschuss? Gab es „inhaltliche“ Impulse zur Fortentwicklung wie z. B. politische Entscheidungen (z. B. Vorgabe nicht mehr mit Moscheen zu kooperieren), konkrete Phänomene bzw. aktuelle Entwicklungen vor Ort (z. B. Zunahme extremistisch motivierter Vorfälle), generelle gesellschaftliche Entwicklung)	3.5.1.2
	Anzahl der geförderten Projekte und Initiativen nach Arbeitsschwerpunkten (5)	Anzahl der geförderten Projekte- und Initiativen (differenziert nach Arbeitsschwerpunkten)	3.3.2
	Arbeitsschwerpunkte (z. B. Rechtsextremismus) (4)	Welche Arbeitsschwerpunkte bearbeiten die Partnerschaften für Demokratie?	3.5.2
	Zielgruppen der geförderten Projekte und Initiativen (4)	Anteil der Partnerschaften, die Projekte mit bestimmten Zielgruppen umsetzen	3.3.1
LEITPRINZIPIEN DES BUNDES-PROGRAMMS	**Strategie zur Umsetzung der Leitprinzipien (5)**	Wie werden die Leitprinzipien auf der Handlungsebene berücksichtigt?	3.5.3

Quelle: eigene Darstellung.

2 Methodische Umsetzung

Das prozessbegleitende Monitoring ist als wiederholte, standardisierte Online-Befragung konzipiert, deren zentrale Untersuchungseinheiten die Partnerschaften für Demokratie darstellen. Die Befragung richtet sich an die Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstellen (Erhebungseinheiten), welche einmal jährlich um Angaben, u.a. zu den jeweiligen Förderstandorten, gebeten werden.[14]

Nicht zuletzt aufgrund der hohen Zugänglichkeit der Erhebungseinheiten (Koordinator/innen)[15] sowie der ausgeprägten Heterogenität der Untersuchungseinheiten (Partnerschaften für Demokratie)[16] ist das Monitoring als Vollerhebung angelegt, d.h. es gehen sämtliche Elemente der Grundgesamtheit in die Befragung ein. Bei vollständiger Realisierung liegen also Informationen zu jeder Partnerschaft vor, die zudem nicht durch zufällige Fehler der Stichprobenziehung von den tatsächlichen Parametern abweichen, so dass die Dokumentation des Programmverlaufs mit höchstmöglicher Zuverlässigkeit vorgenommen werden kann.

Für die Durchführung der Online-Erhebung nutzte das ISS-Frankfurt a.M. das Portal „Q-SET“. Die Korrespondenz mit den Koordinator/innen erfolgte auf der Grundlage von Kontaktdaten, die durch das Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben zur Verfügung gestellt wurden.[17] Mit Beginn der Feldphase erhielt jede/r zur Befragung eingeladene Ansprechpartner/in den entsprechenden Fragebogen zusätzlich in digitaler Form. Die Befragung begann am 10. Juli 2017 und endete mit der Realisierung der Vollerhebung am 16. August 2017.[18] Trotz des erprobten Verfahrens, mehrfacher Verlängerungen der Feldphase und ihrer frühzeitigen Ankündigung am 26. Juni 2017 war eine intensive Begleitung seitens ISS-Frankfurt a.M. nötig. Unter anderem wurden eine Hotline eingerichtet, personalisierte elektronische Erinnerungen versendet und über mehrere Wochen regelmäßig telefonisch nachgefasst.

Im Anschluss an die Erhebung wurden schließlich umfassende Maßnahmen der Datenkontrolle bzw. -bereinigung durchgeführt, wie z.B. Konsistenz- und Plausibilitätsprüfungen anhand derer (logische) Widersprüche und unstimmige Angaben identifiziert, geklärt und korrigiert werden konnten. Die erhobenen Strukturdaten wurden schließlich mit Hilfe der Statistikprogramme SPSS sowie EXCEL uni- und bivariat ausgewertet. Vorrangig wurden Häufig-

---

14 Befinden sich die Koordinierungs- und Fachstellen in freier Trägerschaft, wendet sich das Monitoring an die zuständigen Mitarbeiter/innen der verwaltungsexternen Einrichtung (externe Koordinierungs- und Fachstelle). Sind die Koordinierungs- und Fachstellen hingegen verwaltungsintern angesiedelt, richtet sich die Befragung an die jeweiligen Personen im federführenden Amt (interne Koordinierungs- und Fachstelle).

15 Die Elemente der Grundgesamtheit (sämtliche Partnerschaften für Demokratie) sind ebenso bekannt wie die Kontaktdaten der Erhebungseinheiten (Koordinator/innen). Darüber hinaus sind die Koordinator/innen durch die Programmsteuerung zur Unterstützung der Wissenschaftlichen Begleitung angehalten, so dass der mit Vollerhebungen üblicherweise einhergehende Aufwand weniger hoch ausfällt.

16 Z.B. mit Blick auf die Förderregionen, den hiermit einhergehenden Problem- bzw. Ressourcenlagen sowie der inhaltlichen Ausrichtung.

17 Die Kontaktdaten der jeweils zuständigen Koordinator/innen wurden durch das ISS-Frankfurt a.M. umfassend geprüft und aktualisiert.

18 Zwar konnte die Vollerhebung vollumfassend realisiert werden, da im Befragungszeitraum jedoch eine Partnerschaft noch keinen positiven Förderbescheid erhalten hatte, bezieht sich die Untersuchung auf insgesamt 264 Standorte.

keitsberechnungen durchgeführt sowie mittels Kreuztabellen Zusammenhänge zwischen Variablen bzw. Verteilungsmuster aufgezeigt.

Zu den in diesem Datenband präsentierten Daten zu den Bedrohungslagen in den Förderregionen ist anzumerken, dass diese nicht im Duktus einer Kriminalitätsstatistik zu lesen sind. Sie geben keine objektiven Daten wieder, sondern spiegeln vielmehr die Einschätzungen der Koordinator/innen als Expert/innen für ihr jeweiliges Fördergebiet zurück. Sie dokumentieren ferner nicht den aktuellen Stand der Vorkommnisse für das laufende Jahr 2017, sondern wurden überjährig für den Zeitraum eines Jahres vom 01. Juli 2016 bis 30. Juni 2017 erhoben.

Der vorliegende Datenband stellt eine länderspezifische Aufbereitung der von den Teilnehmenden des Workshops identifizierten Themenbereiche des Monitorings dar. Da in Bremen lediglich drei Partnerschaften für Demokratie verortet sind, ist hier unter Umständen in einigen Auswertungen die Anonymität der Befragten nicht mehr gewahrt. Aus diesem Grund erhält lediglich das Landesdemokratiezentrum Bremen die Auswertungen der Daten aus Bremen.

In den vorliegenden Tabellen wurden somit die Auswertungen von 15 bzw. 16 Bundesländern sowie die Gesamtauswertung aller Partnerschaften für Demokratie abgetragen. Dort, wo es aus Darstellungsgründen nicht möglich war, die Auswertungen für alle 15 bzw. 16 Bundesländer in einer Tabelle zu präsentieren, wurden einzelne Tabellen je Bundesland erstellt. Zur Erhöhung der Übersichtlichkeit enthält der Datenband in diesen Fällen jeweils nur die Tabelle des jeweiligen Bundeslandes sowie der Gesamtheit aller Partnerschaften für Demokratie. Selbiges gilt für die Abbildungen.

3 Ergebnisse der länderspezifischen Auswertung des prozessbegleitenden Monitorings der Partnerschaften für Demokratie

3.1 Standorte und Rahmenbedingungen

Tabelle 1: Regionale Verteilung aller Partnerschaften für Demokratie

	Absolut	In Prozent
Baden-Württemberg	21	8 %
Bayern	23	9 %
Berlin	15	6 %
Brandenburg	15	6 %
Bremen	3	1 %
Hamburg	7	3 %
Hessen	29	11 %
Mecklenburg-Vorpommern	18	7 %
Niedersachsen	18	7 %
Nordrhein-Westfalen	30	11 %
Rheinland-Pfalz	14	5 %
Saarland	5	2 %
Sachsen	18	7 %
Sachsen-Anhalt	19	7 %
Schleswig-Holstein	6	2 %
Thüringen	23	9 %
Gesamt	264	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264).

3.1.1 Rahmenbedingungen gesellschaftlicher Beteiligung

Tabelle 2: Beurteilung der Voraussetzungen gesellschaftlicher Beteiligung: „In unserer Förderregion gibt es vielfältige Angebote an Vereinen“

	Trifft gar nicht zu		Trifft eher nicht zu		Teils/ teils		Trifft eher zu		Trifft voll zu		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Baden-Württemberg (n=21)	0	0 %	0	0 %	1	5 %	4	19 %	16	76 %	0	0 %
Bayern (n=23)	0	0 %	0	0 %	0	0 %	8	35 %	15	65 %	0	0 %
Berlin (n=15)	0	0 %	0	0 %	3	20 %	2	13 %	10	67 %	0	0 %
Brandenburg (n=15)	0	0 %	1	7 %	2	13 %	8	53 %	4	27 %	0	0 %
Hamburg (n=7)	0	0 %	1	14 %	1	14 %	3	43 %	2	29 %	0	0 %
Hessen (n=29)	0	0 %	0	0 %	1	3 %	8	28 %	19	66 %	1	3 %
Mecklenburg-Vorpommern (n=18)	0	0 %	2	11 %	3	17 %	8	44 %	5	28 %	0	0 %
Niedersachsen (n=18)	0	0 %	1	6 %	3	17 %	4	22 %	9	50 %	1	6 %
Nordrhein-Westfalen (n=30)	0	0 %	0	0 %	2	7 %	8	27 %	20	67 %	0	0 %
Rheinland-Pfalz (n=14)	0	0 %	0	0 %	3	21 %	7	50 %	4	29 %	0	0 %
Saarland (n=5)	0	0 %	0	0 %	0	0 %	5	100%	0	0 %	0	0 %
Sachsen (n=18)	0	0 %	1	6 %	4	22 %	6	33 %	7	39 %	0	0 %
Sachsen-Anhalt (n=19)	0	0 %	3	16 %	4	21 %	6	32 %	6	32 %	0	0 %

	Trifft gar nicht zu		Trifft eher nicht zu		Teils/ teils		Trifft eher zu		Trifft voll zu		Kann ich nicht beurteilen	
	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent
Schleswig-Holstein (n=6)	0	0 %	0	0 %	2	33 %	3	50 %	1	17 %	0	0 %
Thüringen (n=23)	0	0 %	2	9 %	4	17 %	11	48 %	6	26 %	0	0 %
Gesamt (N=264)	0	0 %	13	5 %	33	13 %	91	34 %	125	47 %	2	1 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264).

Tabelle 3: Beurteilung der Voraussetzungen gesellschaftlicher Beteiligung: „In unserer Förderregion gibt es vielfältige Angebote an demokratischen Beteiligungsmöglichkeiten für Erwachsene

	Trifft gar nicht zu		Trifft eher nicht zu		Teils/ teils		Trifft eher zu		Trifft voll zu		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Baden-Württemberg (n=21)	0	0 %	0	0 %	7	33 %	6	29 %	8	38 %	0	0 %
Bayern (n=23)	0	0 %	1	4 %	11	48 %	7	30 %	4	17 %	0	0 %
Berlin (n=15)	0	0 %	0	0 %	7	47 %	5	33 %	3	20 %	0	0 %
Brandenburg (n=15)	0	0 %	7	47 %	4	27 %	4	27 %	0	0 %	0	0 %
Hamburg (n=7)	0	0 %	1	14 %	1	14 %	3	43 %	1	14 %	1	14 %
Hessen (n=29)	0	0 %	8	28 %	8	28 %	5	17 %	5	17 %	3	10 %
Mecklenburg-Vorpommern (n=18)	0	0 %	6	33 %	8	44 %	3	17 %	0	0 %	1	6 %
Niedersachsen (n=18)	0	0 %	2	11 %	6	33 %	6	33 %	3	17 %	1	6 %
Nordrhein-Westfalen (n=30)	0	0 %	3	10 %	8	27 %	14	47 %	3	10 %	2	7 %
Rheinland-Pfalz (n=14)	1	7 %	2	14 %	5	36 %	5	36 %	1	7 %	0	0 %
Saarland (n=5)	0	0 %	2	40 %	3	60 %	0	0 %	0	0 %	0	0 %
Sachsen (n=18)	2	11 %	2	11 %	10	56 %	3	17 %	1	6 %	0	0 %
Sachsen-Anhalt (n=19)	1	5 %	6	32 %	7	37 %	3	16 %	2	11 %	0	0 %
Schleswig-Holstein (n=6)	0	0 %	0	0 %	5	83 %	0	0 %	1	17 %	0	0 %

	Trifft gar nicht zu		Trifft eher nicht zu		Teils/ teils		Trifft eher zu		Trifft voll zu		Kann ich nicht beurteilen	
	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent
Thüringen (n=23)	0	0 %	9	39 %	11	48 %	2	9 %	1	4 %	0	0 %
Gesamt (N=264)	4	2 %	50	19 %	102	39 %	66	25 %	34	13 %	8	3 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264).

Tabelle 4: Beurteilung der Voraussetzungen gesellschaftlicher Beteiligung: „In unserer Förderregion gibt es vielfältige Angebote an demokratischen Beteiligungsmöglichkeiten für Jugendliche

	Trifft gar nicht zu		Trifft eher nicht zu		Teils/ teils		Trifft eher zu		Trifft voll zu		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Baden-Württemberg (n=21)	0	0 %	0	0 %	8	38 %	7	33 %	6	29 %	0	0 %
Bayern (n=23)	0	0 %	6	26 %	6	26 %	6	26 %	5	22 %	0	0 %
Berlin (n=15)	0	0 %	3	20 %	4	27 %	7	47 %	1	7 %	0	0 %
Brandenburg (n=15)	0	0 %	7	47 %	4	27 %	4	27 %	0	0 %	0	0 %
Hamburg (n=7)	1	14 %	1	14 %	1	14 %	2	29 %	1	14 %	1	14 %
Hessen (n=29)	0	0 %	7	24 %	12	41 %	5	17 %	2	7 %	3	10 %
Mecklenburg-Vorpommern (n=18)	2	11 %	5	28 %	5	28 %	6	33 %	0	0 %	0	0 %
Niedersachsen (n=18)	0	0 %	3	17 %	9	50 %	4	22 %	2	11 %	0	0 %
Nordrhein-Westfalen (n=30)	1	3 %	6	20 %	8	27 %	11	37 %	3	10 %	1	3 %
Rheinland-Pfalz (n=14)	0	0 %	5	36 %	7	50 %	2	14 %	0	0 %	0	0 %
Saarland (n=5)	0	0 %	2	40 %	2	40 %	0	0 %	0	0 %	1	20 %
Sachsen (n=18)	0	0 %	6	33 %	5	28 %	6	33 %	1	6 %	0	0 %
Sachsen-Anhalt (n=19)	0	0 %	7	37 %	7	37 %	4	21 %	1	5 %	0	0 %
Schleswig-Holstein (n=6)	0	0 %	2	33 %	2	33 %	1	17 %	1	17 %	0	0 %

	Trifft gar nicht zu		Trifft eher nicht zu		Teils/ teils		Trifft eher zu		Trifft voll zu		Kann ich nicht beurteilen	
	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent
Thüringen (n=23)	1	4 %	7	30 %	9	39 %	6	26 %	0	0 %	0	0 %
Gesamt (N=264)	5	2 %	69	26 %	89	34 %	71	27 %	24	9 %	6	2 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264).

Tabelle 5: Beurteilung der Voraussetzungen gesellschaftlicher Beteiligung: „In unserer Förderregion gibt es eine vielfältige Angebotsstruktur in der Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, Jugendbildung

	Trifft gar nicht zu		Trifft eher nicht zu		Teils/ teils		Trifft eher zu		Trifft voll zu		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Baden-Württemberg (n=21)	0	0 %	0	0 %	3	14 %	8	38 %	10	48 %	0	0 %
Bayern (n=23)	0	0 %	2	9 %	1	4 %	10	43 %	10	43 %	0	0 %
Berlin (n=15)	0	0 %	0	0 %	2	13 %	7	47 %	6	40 %	0	0 %
Brandenburg (n=15)	0	0 %	0	0 %	7	47 %	7	47 %	1	7 %	0	0 %
Hamburg (n=7)	0	0 %	0	0 %	2	29 %	3	43 %	2	29 %	0	0 %
Hessen (n=29)	0	0 %	2	7 %	10	34 %	13	45 %	3	10 %	1	3 %
Mecklenburg-Vorpommern (n=18)	1	6 %	1	6 %	9	50 %	5	28 %	1	6 %	1	6 %
Niedersachsen (n=18)	0	0 %	2	11 %	2	11 %	7	39 %	6	33 %	1	6 %
Nordrhein-Westfalen (n=30)	0	0 %	1	3 %	3	10 %	14	47 %	11	37 %	1	3 %
Rheinland-Pfalz (n=14)	0	0 %	0	0 %	1	7 %	10	71 %	3	21 %	0	0 %
Saarland (n=5)	0	0 %	0	0 %	1	20 %	3	60 %	1	20 %	0	0 %
Sachsen (n=18)	0	0 %	4	22 %	2	11 %	9	50 %	2	11 %	1	6 %
Sachsen-Anhalt (n=19)	0	0 %	3	16 %	8	42 %	5	26 %	3	16 %	0	0 %
Schleswig-Holstein (n=6)	0	0 %	0	0 %	1	17 %	3	50 %	2	33 %	0	0 %

	Trifft gar nicht zu		Trifft eher nicht zu		Teils/ teils		Trifft eher zu		Trifft voll zu		Kann ich nicht beurteilen	
	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent
Thüringen (n=23)	0	0 %	2	9 %	5	22 %	12	52 %	4	17 %	0	0 %
Gesamt (N=264)	1	0 %	17	6 %	59	22 %	116	44 %	66	25 %	5	2 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264).

Tabelle 6: Beurteilung der Voraussetzungen gesellschaftlicher Beteiligung: „In unserer Förderregion gibt es aktive (programmrelevante) Netzwerke, Bürgerbündnisse und/oder Bürgerinitiativen

	Trifft gar nicht zu		Trifft eher nicht zu		Teils/ teils		Trifft eher zu		Trifft voll zu		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Baden-Württemberg (n=21)	0	0 %	1	5 %	6	29 %	6	29 %	8	38 %	0	0 %
Bayern (n=23)	0	0 %	2	9 %	3	13 %	9	39 %	9	39 %	0	0 %
Berlin (n=15)	0	0 %	2	13 %	2	13 %	4	27 %	7	47 %	0	0 %
Brandenburg (n=15)	0	0 %	0	0 %	4	27 %	10	67 %	1	7 %	0	0 %
Hamburg (n=7)	0	0 %	1	14 %	1	14 %	3	43 %	2	29 %	0	0 %
Hessen (n=29)	0	0 %	3	10 %	8	28 %	9	31 %	7	24 %	2	7 %
Mecklenburg-Vorpommern (n=18)	1	6 %	4	22 %	6	33 %	5	28 %	2	11 %	0	0 %
Niedersachsen (n=18)	0	0 %	1	6 %	6	33 %	4	22 %	7	39 %	0	0 %
Nordrhein-Westfalen (n=30)	0	0 %	5	17 %	4	13 %	8	27 %	12	40 %	1	3 %
Rheinland-Pfalz (n=14)	1	7 %	3	21 %	2	14 %	5	36 %	3	21 %	0	0 %
Saarland (n=5)	0	0 %	2	40 %	3	60 %	0	0 %	0	0 %	0	0 %
Sachsen (n=18)	0	0 %	2	11 %	4	22 %	8	44 %	4	22 %	0	0 %
Sachsen-Anhalt (n=19)	0	0 %	3	16 %	5	26 %	8	42 %	3	16 %	0	0 %
Schleswig-Holstein (n=6)	0	0 %	1	17 %	0	0 %	1	17 %	4	67 %	0	0 %

	Trifft gar nicht zu		Trifft eher nicht zu		Teils/ teils		Trifft eher zu		Trifft voll zu		Kann ich nicht beurteilen	
	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent
Thüringen (n=23)	1	4 %	4	17 %	8	35 %	8	35 %	2	9 %	0	0 %
Gesamt (N=264)	3	1 %	36	14 %	62	23 %	88	33 %	72	27 %	3	1 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264).

Tabelle 7: Beurteilung der Voraussetzungen gesellschaftlicher Beteiligung: „In unserer Förderregion gibt es einen hohen Mobilisierungsgrad zivilgesellschaftlicher Akteur/innen

	Trifft gar nicht zu		Trifft eher nicht zu		Teils/ teils		Trifft eher zu		Trifft voll zu		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Baden-Württemberg (n=21)	0	0 %	3	14 %	6	29 %	7	33 %	5	24 %	0	0 %
Bayern (n=23)	0	0 %	2	9 %	6	26 %	10	43 %	5	22 %	0	0 %
Berlin (n=15)	0	0 %	2	13 %	8	53 %	5	33 %	0	0 %	0	0 %
Brandenburg (n=15)	0	0 %	3	20 %	8	53 %	2	13 %	1	7 %	1	7 %
Hamburg (n=7)	1	14 %	0	0 %	1	14 %	1	14 %	2	29 %	2	29 %
Hessen (n=29)	0	0 %	1	3 %	11	38 %	11	38 %	3	10 %	3	10 %
Mecklenburg-Vorpommern (n=18)	3	17 %	4	22 %	6	33 %	4	22 %	0	0 %	1	6 %
Niedersachsen (n=18)	0	0 %	0	0 %	9	50 %	5	28 %	3	17 %	1	6 %
Nordrhein-Westfalen (n=30)	0	0 %	1	3 %	9	30 %	5	17 %	12	40 %	3	10 %
Rheinland-Pfalz (n=14)	1	7 %	2	14 %	5	36 %	4	29 %	2	14 %	0	0 %
Saarland (n=5)	0	0 %	0	0 %	4	80 %	1	20 %	0	0 %	0	0 %
Sachsen (n=18)	1	6 %	7	39 %	7	39 %	1	6 %	2	11 %	0	0 %
Sachsen-Anhalt (n=19)	1	5 %	5	26 %	6	32 %	6	32 %	0	0 %	1	5 %
Schleswig-Holstein (n=6)	1	17 %	0	0 %	1	17 %	1	17 %	3	50 %	0	0 %

	Trifft gar nicht zu		Trifft eher nicht zu		Teils/ teils		Trifft eher zu		Trifft voll zu		Kann ich nicht beurteilen	
	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent
Thüringen (n=23)	2	9 %	8	35 %	6	26 %	3	13 %	2	9 %	2	9 %
Gesamt (N=264)	10	4 %	39	15 %	94	36 %	66	25 %	41	16 %	14	5 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264).

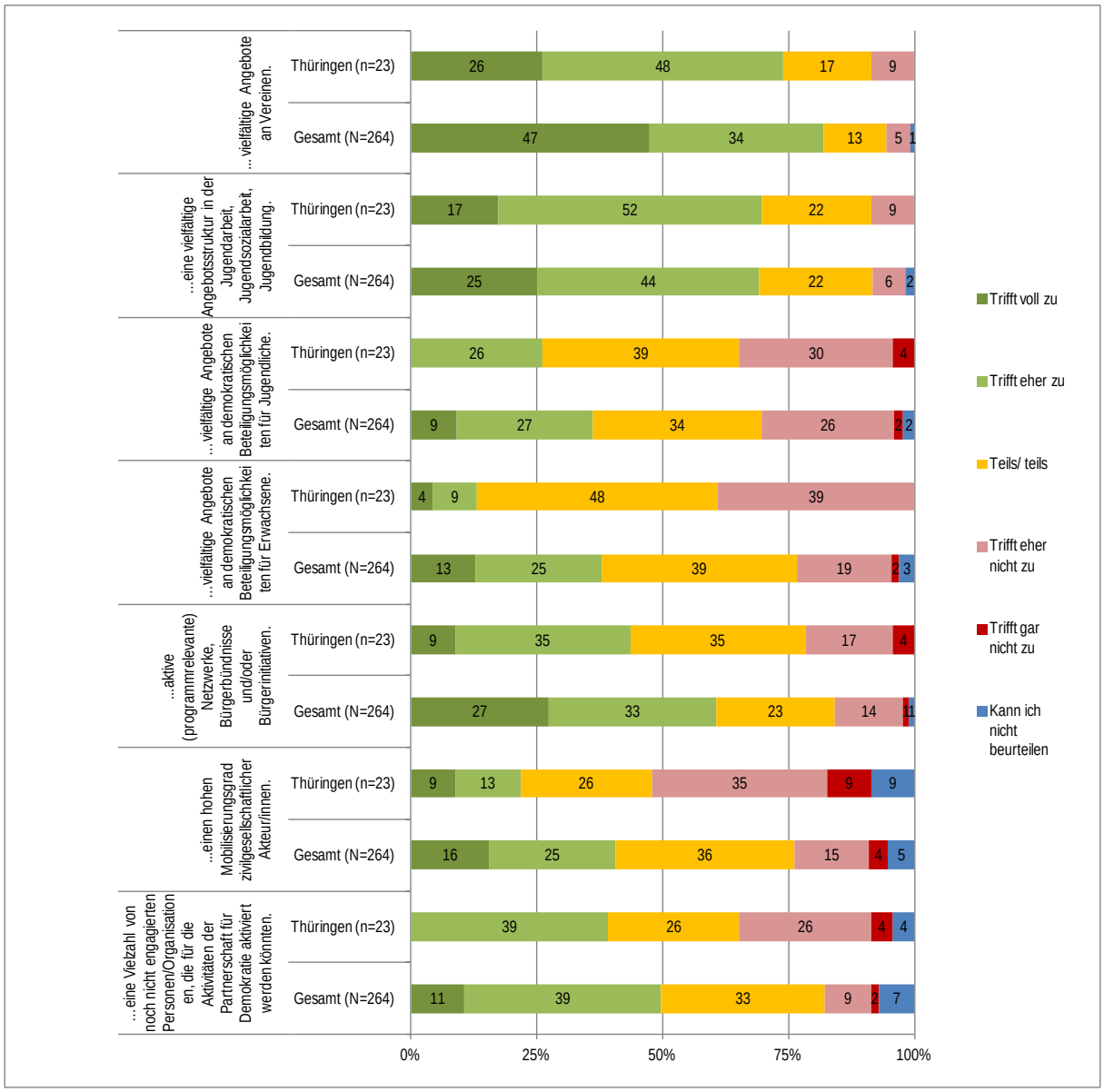
Tabelle 8: Beurteilung der Voraussetzungen gesellschaftlicher Beteiligung: „In unserer Förderregion gibt es eine Vielzahl von noch nicht engagierten Personen/Organisationen, die für die Aktivitäten der Partnerschaft für Demokratie aktiviert werden könnten.

	Trifft gar nicht zu		Trifft eher nicht zu		Teils/ teils		Trifft eher zu		Trifft voll zu		Kann ich nicht beurteilen	
	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent
Baden-Württem-berg (n=21)	0	0 %	1	5 %	9	43 %	10	48 %	1	5 %	0	0 %
Bayern (n=23)	0	0 %	1	4 %	6	26 %	11	48 %	5	22 %	0	0 %
Berlin (n=15)	1	7 %	1	7 %	3	20 %	7	47 %	2	13 %	1	7 %
Branden-burg (n=15)	0	0 %	2	13 %	6	40 %	5	33 %	1	7 %	1	7 %
Hamburg (n=7)	0	0 %	1	14 %	2	29 %	2	29 %	1	14 %	1	14 %
Hessen (n=29)	0	0 %	2	7 %	8	28 %	13	45 %	3	10 %	3	10 %
Mecklen-burg-Vorpom-mern (n=18)	1	6 %	1	6 %	6	33 %	8	44 %	1	6 %	1	6 %
Nieder-sachsen (n=18)	0	0 %	2	11 %	5	28 %	7	39 %	2	11 %	2	11 %
Nordrhein-Westfalen (n=30)	0	0 %	4	13 %	11	37 %	8	27 %	3	10 %	4	13 %
Rheinland-Pfalz (n=14)	0	0 %	0	0 %	5	36 %	6	43 %	2	14 %	1	7 %
Saarland (n=5)	0	0 %	0	0 %	2	40 %	1	20 %	0	0 %	2	40 %
Sachsen (n=18)	1	6 %	1	6 %	7	39 %	6	33 %	2	11 %	1	6 %
Sachsen-Anhalt (n=19)	0	0 %	1	5 %	8	42 %	8	42 %	2	11 %	0	0 %

	Trifft gar nicht zu		Trifft eher nicht zu		Teils/ teils		Trifft eher zu		Trifft voll zu		Kann ich nicht beurteilen	
	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent
Schleswig-Holstein (n=6)	0	0 %	0	0 %	2	33 %	2	33 %	1	17 %	1	17 %
Thüringen (n=23)	1	4 %	6	26 %	6	26 %	9	39 %	0	0 %	1	4 %
Gesamt (N=264)	4	2 %	24	9 %	86	33 %	103	39 %	28	11 %	19	7 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264).

Abbildung 2: Thüringen: Beurteilung der Voraussetzungen gesellschaftlicher Beteiligung: „In unserer Förderregion gibt es…“



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264).

3.1.2 Bedrohungslagen

3.1.2.1 Situationen der Anfeindung bei engagierten Akteur/innen

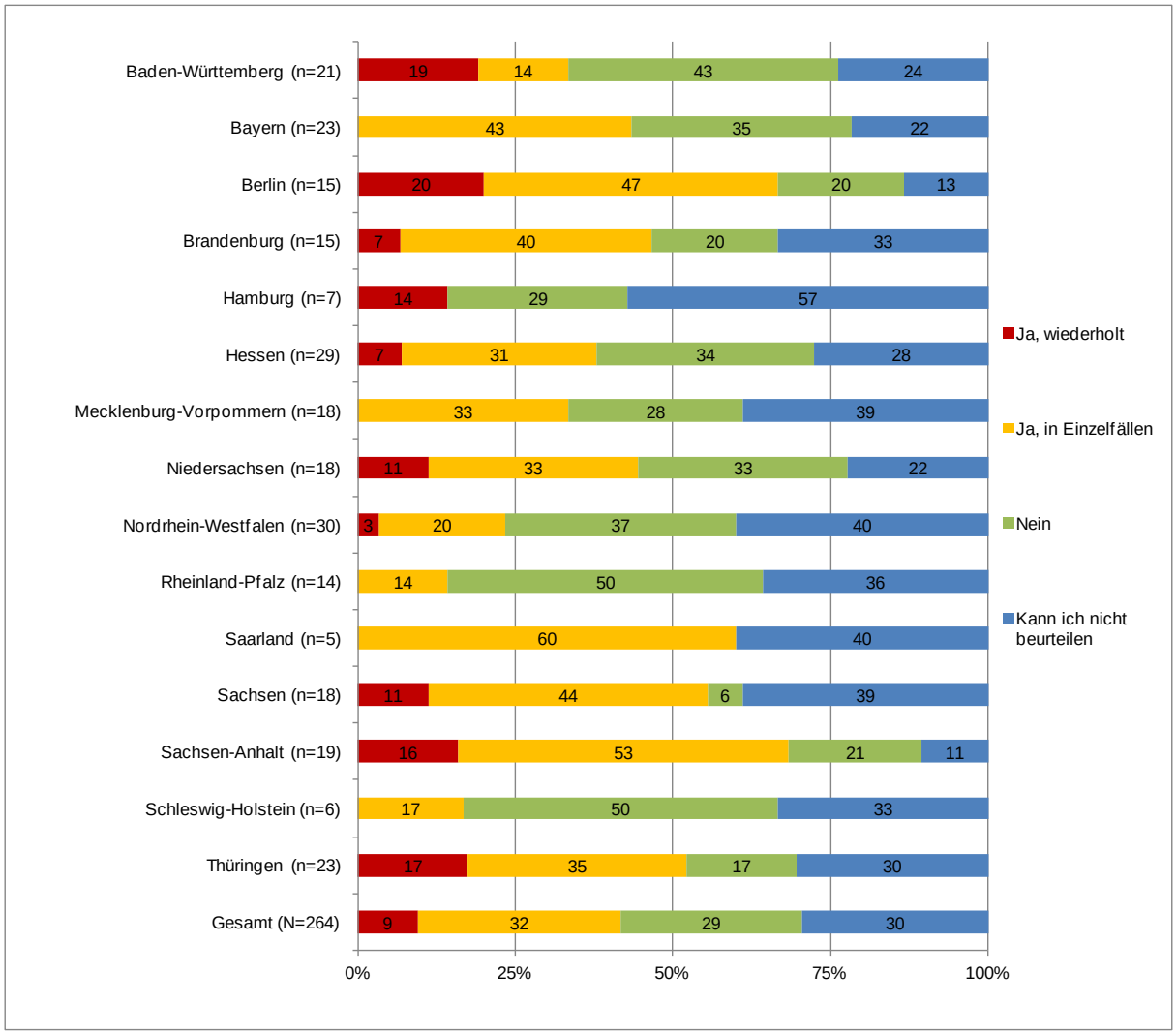
Tabelle 9: Einschätzung der befragten Koordinator/innen: Politiker/innen bzw. Mitarbeiter/innen der Verwaltung wurden in unserer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2016 bis zum 30.06.2017 aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Baden-Württemberg (n=21)	4	19 %	3	14 %	9	43 %	5	24 %
Bayern (n=23)	0	0 %	10	43 %	8	35 %	5	22 %
Berlin (n=15)	3	20 %	7	47 %	3	20 %	2	13 %
Brandenburg (n=15)	1	7 %	6	40 %	3	20 %	5	33 %
Hamburg (n=7)	1	14 %	0	0 %	2	29 %	4	57 %
Hessen (n=29)	2	7 %	9	31 %	10	34 %	8	28 %
Mecklenburg-Vorpommern (n=18)	0	0 %	6	33 %	5	28 %	7	39 %
Niedersachsen (n=18)	2	11 %	6	33 %	6	33 %	4	22 %
Nordrhein-Westfalen (n=30)	1	3 %	6	20 %	11	37 %	12	40 %
Rheinland-Pfalz (n=14)	0	0 %	2	14 %	7	50 %	5	36 %
Saarland (n=5)	0	0 %	3	60 %	0	0 %	2	40 %
Sachsen (n=18)	2	11 %	8	44 %	1	6 %	7	39 %
Sachsen-Anhalt (n=19)	3	16 %	10	53 %	4	21 %	2	11 %
Schleswig-Holstein (n=6)	0	0 %	1	17 %	3	50 %	2	33 %

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Thüringen (n=23)	4	17 %	8	35 %	4	17 %	7	30 %
Gesamt (N=264)	25	9 %	85	32 %	76	29 %	78	30 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264).

Abbildung 3: Einschätzung der befragten Koordinator/innen: Politiker/innen bzw. Mitarbeiter/innen der Verwaltung wurden in unserer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2016 bis zum 30.06.2017 aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen



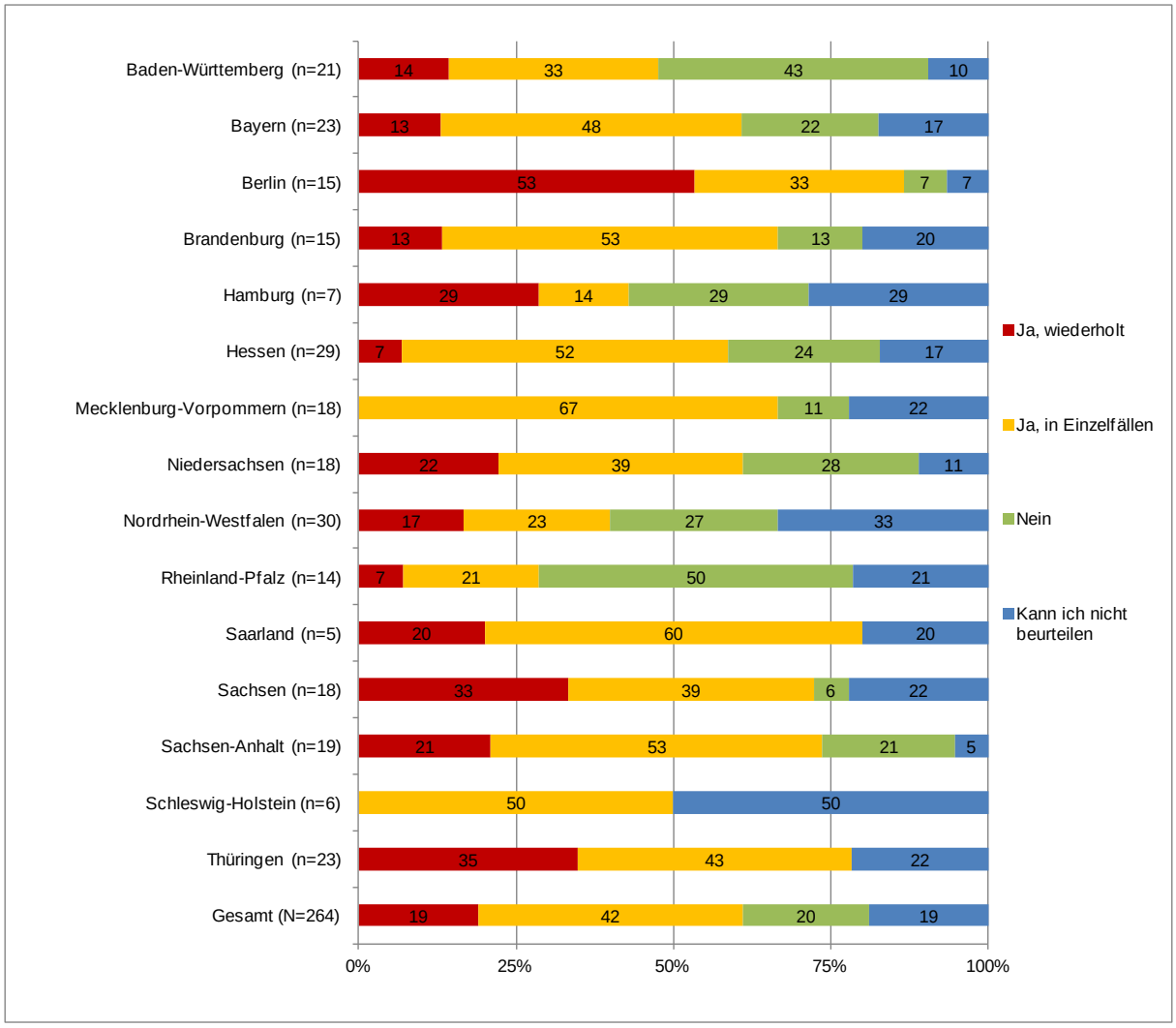
Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264).

Tabelle 10: Einschätzung der befragten Koordinator/innen: Zivilgesellschaftliche Akteur/innen wurden in unserer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2016 bis zum 30.06.2017 aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Baden-Württemberg (n=21)	3	14 %	7	33 %	9	43 %	2	10 %
Bayern (n=23)	3	13 %	11	48 %	5	22 %	4	17 %
Berlin (n=15)	8	53 %	5	33 %	1	7 %	1	7 %
Brandenburg (n=15)	2	13 %	8	53 %	2	13 %	3	20 %
Hamburg (n=7)	2	29 %	1	14 %	2	29 %	2	29 %
Hessen (n=29)	2	7 %	15	52 %	7	24 %	5	17 %
Mecklenburg-Vorpommern (n=18)	0	0 %	12	67 %	2	11 %	4	22 %
Niedersachsen (n=18)	4	22 %	7	39 %	5	28 %	2	11 %
Nordrhein-Westfalen (n=30)	5	17 %	7	23 %	8	27 %	10	33 %
Rheinland-Pfalz (n=14)	1	7 %	3	21 %	7	50 %	3	21 %
Saarland (n=5)	1	20 %	3	60 %	0	0 %	1	20 %
Sachsen (n=18)	6	33 %	7	39 %	1	6 %	4	22 %
Sachsen-Anhalt (n=19)	4	21 %	10	53 %	4	21 %	1	5 %
Schleswig-Holstein (n=6)	0	0 %	3	50 %	0	0 %	3	50 %
Thüringen (n=23)	8	35 %	10	43 %	0	0 %	5	22 %
Gesamt (N=264)	50	19 %	111	42 %	53	20 %	50	19 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264).

Abbildung 4: Einschätzung der befragten Koordinator/innen: Zivilgesellschaftliche Akteur/innen wurden in unserer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2016 bis zum 30.06.2017 aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen



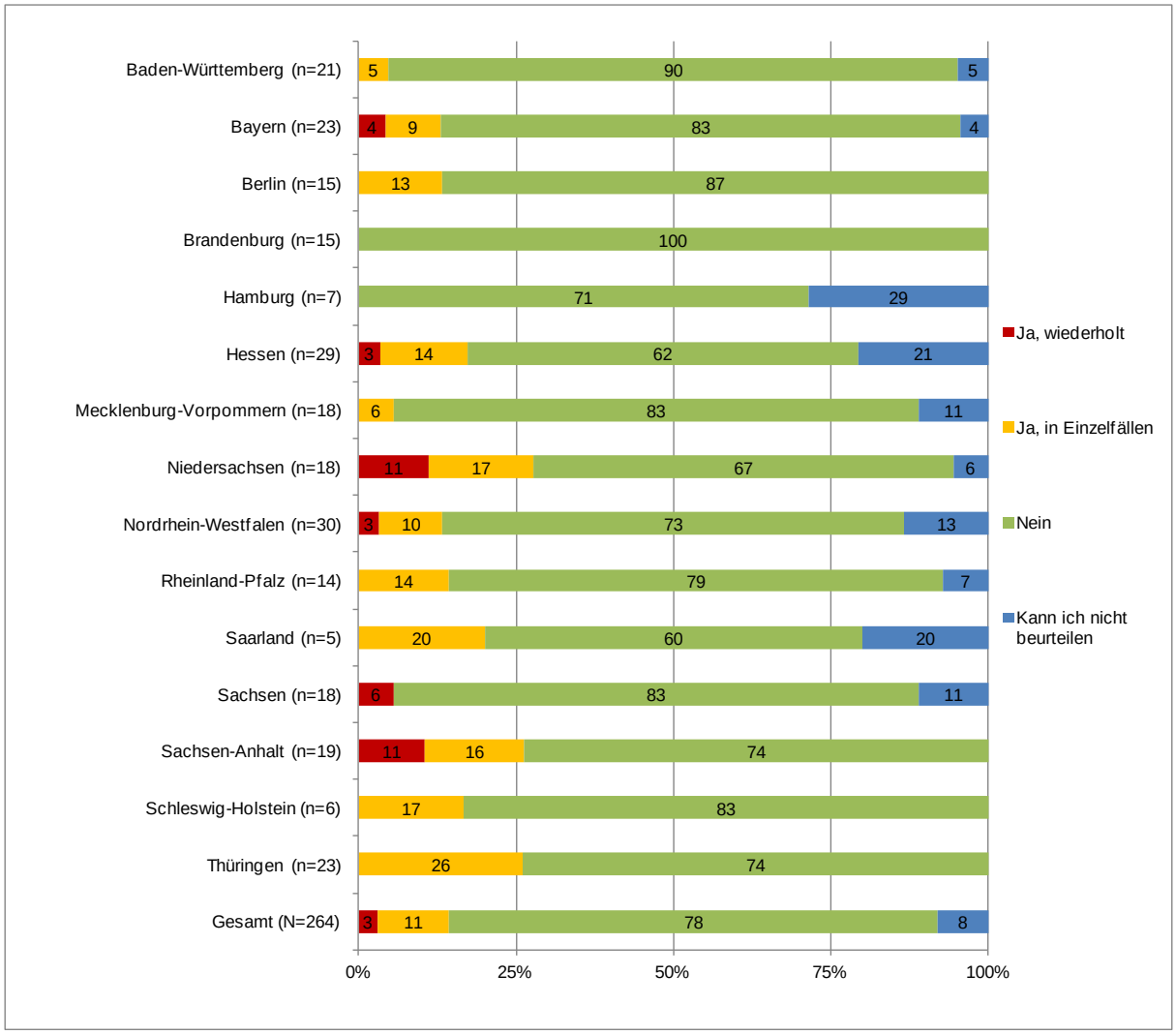
Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264).

Tabelle 11: Einschätzung der befragten Koordinator/innen: Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstelle wurden in unserer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2016 bis zum 30.06.2017 aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Baden-Württemberg (n=21)	0	0 %	1	5 %	19	90 %	1	5 %
Bayern (n=23)	1	4 %	2	9 %	19	83 %	1	4 %
Berlin (n=15)	0	0 %	2	13 %	13	87 %	0	0 %
Brandenburg (n=15)	0	0 %	0	0 %	15	100 %	0	0 %
Hamburg (n=7)	0	0 %	0	0 %	5	71 %	2	29 %
Hessen (n=29)	1	3 %	4	14 %	18	62 %	6	21 %
Mecklenburg-Vorpommern (n=18)	0	0 %	1	6 %	15	83 %	2	11 %
Niedersachsen (n=18)	2	11 %	3	17 %	12	67 %	1	6 %
Nordrhein-Westfalen (n=30)	1	3 %	3	10 %	22	73 %	4	13 %
Rheinland-Pfalz (n=14)	0	0 %	2	14 %	11	79 %	1	7 %
Saarland (n=5)	0	0 %	1	20 %	3	60 %	1	20 %
Sachsen (n=18)	1	6 %	0	0 %	15	83 %	2	11 %
Sachsen-Anhalt (n=19)	2	11 %	3	16 %	14	74 %	0	0 %
Schleswig-Holstein (n=6)	0	0 %	1	17 %	5	83 %	0	0 %
Thüringen (n=23)	0	0 %	6	26 %	17	74 %	0	0 %
Gesamt (N=264)	8	3 %	30	11 %	205	78 %	21	8 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264).

Abbildung 5: Einschätzung der befragten Koordinator/innen: Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstelle wurden in unserer Förderregion im Zeitraum vom 01.07.2016 bis zum 30.06.2017 aufgrund ihres Engagements für eine offene und demokratische Gesellschaft Opfer von Beleidigungen, Bedrohungen oder Übergriffen



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264).

3.1.2.2 Art der Situationen der Anfeindung

3.1.2.2.1 Anfeindungen gegenüber zivilgesellschaftlichen Akteur/innen

Tabelle 12: Gesamt: Einschätzung der befragten Koordinator/innen: Art der Tathandlungen bzw. Straftaten in Situationen der Anfeindung gegenüber zivilgesellschaftlichen Akteur/innen

	Ja		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Straftaten gegen die Ehre (Beleidigung, Üble Nachrede, Verleumdung)	98	61 %	14	9 %	49	30 %
Bedrohung, Einschüchterung und/oder Nötigung (z.B. Drohanrufe, E-Mails oder im persönlichen Kontakt)	106	66 %	11	7 %	44	27 %
Körperverletzung	16	10 %	63	39 %	82	51 %
Sachbeschädigung von Privateigentum	33	20 %	43	27 %	85	53 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017, die von Situationen der Anfeindung gegenüber zivilgesellschaftlichen Akteur/innen berichten (n=161).

Tabelle 13: Thüringen: Einschätzung der befragten Koordinator/innen: Art der Tathandlungen bzw. Straftaten in Situationen der Anfeindung gegenüber zivilgesellschaftlichen Akteur/innen

	Ja		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Straftaten gegen die Ehre (Beleidigung, Üble Nachrede, Verleumdung)	13	72 %	0	0 %	5	28 %
Bedrohung, Einschüchterung und/oder Nötigung (z.B. Drohanrufe, E-Mails oder im persönlichen Kontakt)	8	44 %	2	11 %	8	44 %
Körperverletzung	2	11 %	4	22 %	12	67 %
Sachbeschädigung von Privateigentum	3	17 %	5	28 %	10	56 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 aus Thüringen, die von Situationen der Anfeindung gegenüber zivilgesellschaftlichen Akteur/innen berichten (n=18).

3.1.2.2.2 Anfeindungen gegenüber Politiker/innen bzw. Mitarbeiter/innen der Verwaltung

Tabelle 14: Gesamt: Einschätzung der befragten Koordinator/innen: Art der Tathandlungen bzw. Straftaten in Situationen der Anfeindung gegenüber Politiker/innen bzw. Mitarbeiter/innen der Verwaltung

	Ja		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Straftaten gegen die Ehre (Beleidigung, Üble Nachrede, Verleumdung)	74	67 %	10	9 %	26	24 %
Bedrohung, Einschüchterung und/oder Nötigung (z.B. Drohanrufe, E-Mails oder im persönlichen Kontakt)	75	68 %	12	11 %	23	21 %
Körperverletzung	3	3 %	57	52 %	50	45 %
Sachbeschädigung von Privateigentum	21	19 %	28	25 %	61	55 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017, die von Situationen der Anfeindung gegenüber Politiker/innen bzw. Mitarbeiter/innen der Verwaltung berichten (n=110).

Tabelle 15: Thüringen: Einschätzung der befragten Koordinator/innen: Art der Tathandlungen bzw. Straftaten in Situationen der Anfeindung gegenüber Politiker/innen bzw. Mitarbeiter/innen der Verwaltung

	Ja		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Straftaten gegen die Ehre (Beleidigung, Üble Nachrede, Verleumdung)	9	75 %	0	0 %	3	25 %
Bedrohung, Einschüchterung und/oder Nötigung (z.B. Drohanrufe, E-Mails oder im persönlichen Kontakt)	9	75 %	1	8 %	2	17 %
Körperverletzung	0	0 %	6	50 %	6	50 %
Sachbeschädigung von Privateigentum	2	17 %	4	33 %	6	50 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 aus Thüringen, die von Situationen der Anfeindung gegenüber Politiker/innen bzw. Mitarbeiter/innen der Verwaltung berichten (n=12).

3.1.2.2.3 Anfeindungen gegenüber Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstelle

Tabelle 16: Gesamt: Einschätzung der befragten Koordinator/innen: Art der Tathandlungen bzw. Straftaten in Situationen der Anfeindung gegenüber Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstelle

	Ja		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Straftaten gegen die Ehre (Beleidigung, Üble Nachrede, Verleumdung)	24	63 %	7	18 %	7	18 %
Bedrohung, Einschüchterung und/oder Nötigung (z.B. Drohanrufe, E-Mails oder im persönlichen Kontakt)	27	71 %	8	21 %	3	8 %
Körperverletzung	0	0 %	32	84 %	6	16 %
Sachbeschädigung von Privateigentum	2	5 %	29	76 %	7	18 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017, die von Situationen der Anfeindung gegenüber Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstelle berichten (n=38).

Tabelle 17: Thüringen: Einschätzung der befragten Koordinator/innen: Art der Tathandlungen bzw. Straftaten in Situationen der Anfeindung gegenüber Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstelle

	Ja		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Straftaten gegen die Ehre (Beleidigung, Üble Nachrede, Verleumdung)	5	83 %	0	0 %	1	17 %
Bedrohung, Einschüchterung und/oder Nötigung (z.B. Drohanrufe, E-Mails oder im persönlichen Kontakt)	1	17 %	5	83 %	0	0 %
Körperverletzung	0	0 %	5	83 %	1	17 %
Sachbeschädigung von Privateigentum	0	0 %	5	83 %	1	17 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 aus Thüringen, die von Situationen der Anfeindung gegenüber Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstelle berichten (n=6).

3.1.2.3 Bedrohungslage in der Förderregion allgemein

3.1.2.3.1 Demokratiefeindliche Akteur/innen

Tabelle 18: Einschätzung der befragten Koordinator/innen: Rechtspopulistische Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „PEGIDA“, „Pro“-Bewegungen) waren im Zeitraum vom 01.07.2016 bis zum 30.06.2017 in unserer Förderregion aktiv

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Baden-Württemberg (n=21)	3	14 %	3	14 %	11	52 %	4	19 %
Bayern (n=23)	6	26 %	4	17 %	13	57 %	0	0 %
Berlin (n=15)	6	40 %	4	27 %	5	33 %	0	0 %
Brandenburg (n=15)	5	33 %	7	47 %	2	13 %	1	7 %
Hamburg (n=7)	1	14 %	0	0 %	3	43 %	3	43 %
Hessen (n=29)	3	10 %	9	31 %	10	34 %	7	24 %
Mecklenburg-Vorpommern (n=18)	5	28 %	6	33 %	3	17 %	4	22 %
Niedersachsen (n=18)	5	28 %	2	11 %	8	44 %	3	17 %
Nordrhein-Westfalen (n=30)	7	23 %	8	27 %	10	33 %	5	17 %
Rheinland-Pfalz (n=14)	0	0 %	4	29 %	6	43 %	4	29 %
Saarland (n=5)	2	40 %	2	40 %	1	20 %	0	0 %
Sachsen (n=18)	6	33 %	8	44 %	4	22 %	0	0 %
Sachsen-Anhalt (n=19)	7	37 %	4	21 %	4	21 %	4	21 %
Schleswig-Holstein (n=6)	2	33 %	1	17 %	2	33 %	1	17 %
Thüringen (n=23)	14	61 %	4	17 %	4	17 %	1	4 %
Gesamt (N=264)	73	28 %	68	26 %	86	33 %	37	14 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264).

Tabelle 19: Einschätzung der befragten Koordinator/innen: Rechtsextreme Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „Der III. Weg“, „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“, „Identitäre Bewegung“, „Reichsbürger“) waren im Zeitraum vom 01.07.2016 bis zum 30.06.2017 in unserer Förderregion aktiv

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Baden-Württemberg (n=21)	7	33 %	5	24 %	8	38 %	1	5 %
Bayern (n=23)	10	43 %	10	43 %	3	13 %	0	0 %
Berlin (n=15)	8	53 %	4	27 %	2	13 %	1	7 %
Brandenburg (n=15)	6	40 %	7	47 %	1	7 %	1	7 %
Hamburg (n=7)	0	0 %	0	0 %	2	29 %	5	71 %
Hessen (n=29)	8	28 %	13	45 %	5	17 %	3	10 %
Mecklenburg-Vorpommern (n=18)	6	33 %	7	39 %	3	17 %	2	11 %
Niedersachsen (n=18)	6	33 %	4	22 %	5	28 %	3	17 %
Nordrhein-Westfalen (n=30)	12	40 %	5	17 %	6	20 %	7	23 %
Rheinland-Pfalz (n=14)	4	29 %	8	57 %	1	7 %	1	7 %
Saarland (n=5)	3	60 %	2	40 %	0	0 %	0	0 %
Sachsen (n=18)	9	50 %	7	39 %	1	6 %	1	6 %
Sachsen-Anhalt (n=19)	8	42 %	8	42 %	2	11 %	1	5 %
Schleswig-Holstein (n=6)	3	50 %	1	17 %	2	33 %	0	0 %
Thüringen (n=23)	15	65 %	7	30 %	1	4 %	0	0 %
Gesamt (N=264)	107	41 %	89	34 %	42	16 %	26	10 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264).

Tabelle 20: Einschätzung der befragten Koordinator/innen: Linksextreme Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „Deutsche Kommunistische Partei“, die „Autonomen“) waren im Zeitraum vom 01.07.2016 bis zum 30.06.2017 in unserer Förderregion aktiv

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Baden-Württemberg (n=21)	0	0 %	4	19 %	12	57 %	5	24 %
Bayern (n=23)	0	0 %	2	9 %	16	70 %	5	22 %
Berlin (n=15)	1	7 %	1	7 %	6	40 %	7	47 %
Brandenburg (n=15)	0	0 %	2	13 %	7	47 %	6	40 %
Hamburg (n=7)	0	0 %	1	14 %	1	14 %	5	71 %
Hessen (n=29)	1	3 %	4	14 %	16	55 %	8	28 %
Mecklenburg-Vorpommern (n=18)	0	0 %	6	33 %	8	44 %	4	22 %
Niedersachsen (n=18)	1	6 %	5	28 %	11	61 %	1	6 %
Nordrhein-Westfalen (n=30)	1	3 %	5	17 %	12	40 %	12	40 %
Rheinland-Pfalz (n=14)	0	0 %	2	14 %	10	71 %	2	14 %
Saarland (n=5)	0	0 %	2	40 %	2	40 %	1	20 %
Sachsen (n=18)	0	0 %	5	28 %	8	44 %	5	28 %
Sachsen-Anhalt (n=19)	0	0 %	4	21 %	10	53 %	5	26 %
Schleswig-Holstein (n=6)	0	0 %	0	0 %	3	50 %	3	50 %
Thüringen (n=23)	0	0 %	3	13 %	17	74 %	3	13 %
Gesamt (N=264)	4	2 %	48	18 %	140	53 %	72	27 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264).

Tabelle 21: Einschätzung der befragten Koordinator/innen: Islamistische Gruppierungen und/oder Organisationen (z.B. „Muslimbruderschaft“, gewaltbereitet salafistische Gruppierungen) waren im Zeitraum vom 01.07.2016 bis zum 30.06.2017 in unserer Förderregion aktiv

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Baden-Württemberg (n=21)	0	0 %	4	19 %	10	48 %	7	33 %
Bayern (n=23)	0	0 %	2	9 %	13	57 %	8	35 %
Berlin (n=15)	1	7 %	3	20 %	9	60 %	2	13 %
Brandenburg (n=15)	0	0 %	0	0 %	9	60 %	6	40 %
Hamburg (n=7)	1	14 %	1	14 %	0	0 %	5	71 %
Hessen (n=29)	5	17 %	5	17 %	12	41 %	7	24 %
Mecklenburg-Vorpommern (n=18)	0	0 %	0	0 %	9	50 %	9	50 %
Niedersachsen (n=18)	0	0 %	4	22 %	9	50 %	5	28 %
Nordrhein-Westfalen (n=30)	2	7 %	10	33 %	5	17 %	13	43 %
Rheinland-Pfalz (n=14)	0	0 %	0	0 %	8	57 %	6	43 %
Saarland (n=5)	0	0 %	1	20 %	3	60 %	1	20 %
Sachsen (n=18)	0	0 %	4	22 %	7	39 %	7	39 %
Sachsen-Anhalt (n=19)	0	0 %	0	0 %	14	74 %	5	26 %
Schleswig-Holstein (n=6)	0	0 %	1	17 %	3	50 %	2	33 %
Thüringen (n=23)	0	0 %	0	0 %	20	87 %	3	13 %
Gesamt (N=264)	9	3 %	36	14 %	131	50 %	88	33 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264).

Tabelle 22: Einschätzung der befragten Koordinator/innen: Mit populistischen Positionen sympathisierende Personen (z.B. „besorgte Bürger/innen“ bzw. „Wutbürger/innen“) waren im Zeitraum vom 01.07.2016 bis zum 30.06.2017 in unserer Förderregion aktiv

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Baden-Württemberg (n=21)	6	29 %	6	29 %	3	14 %	6	29 %
Bayern (n=23)	6	26 %	11	48 %	3	13 %	3	13 %
Berlin (n=15)	6	40 %	6	40 %	1	7 %	2	13 %
Brandenburg (n=15)	7	47 %	6	40 %	2	13 %	0	0 %
Hamburg (n=7)	1	14 %	3	43 %	0	0 %	3	43 %
Hessen (n=29)	8	28 %	11	38 %	4	14 %	6	21 %
Mecklenburg-Vorpommern (n=18)	4	22 %	8	44 %	3	17 %	3	17 %
Niedersachsen (n=18)	5	28 %	6	33 %	4	22 %	3	17 %
Nordrhein-Westfalen (n=30)	6	20 %	17	57 %	1	3 %	6	20 %
Rheinland-Pfalz (n=14)	2	14 %	8	57 %	0	0 %	4	29 %
Saarland (n=5)	2	40 %	3	60 %	0	0 %	0	0 %
Sachsen (n=18)	10	56 %	6	33 %	0	0 %	2	11 %
Sachsen-Anhalt (n=19)	11	58 %	4	21 %	2	11 %	2	11 %
Schleswig-Holstein (n=6)	1	17 %	3	50 %	1	17 %	1	17 %
Thüringen (n=23)	9	39 %	7	30 %	2	9 %	5	22 %
Gesamt (N=264)	87	33 %	105	40 %	26	10 %	46	17 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264).

Tabelle 23: Einschätzung der befragten Koordinator/innen: Rechtsaffine subkulturelle Gruppen (z.B. rechte Hooliganszenen, rechte Rockermilieus) waren im Zeitraum vom 01.07.2016 bis zum 30.06.2017 in unserer Förderregion aktiv

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Baden-Württemberg (n=21)	0	0 %	5	24 %	10	48 %	6	29 %
Bayern (n=23)	1	4 %	9	39 %	9	39 %	4	17 %
Berlin (n=15)	5	33 %	3	20 %	2	13 %	5	33 %
Brandenburg (n=15)	1	7 %	4	27 %	6	40 %	4	27 %
Hamburg (n=7)	0	0 %	0	0 %	1	14 %	6	86 %
Hessen (n=29)	3	10 %	3	10 %	13	45 %	10	34 %
Mecklenburg-Vorpommern (n=18)	1	6 %	6	33 %	5	28 %	6	33 %
Niedersachsen (n=18)	3	17 %	6	33 %	7	39 %	2	11 %
Nordrhein-Westfalen (n=30)	5	17 %	9	30 %	5	17 %	11	37 %
Rheinland-Pfalz (n=14)	0	0 %	2	14 %	5	36 %	7	50 %
Saarland (n=5)	1	20 %	2	40 %	0	0 %	2	40 %
Sachsen (n=18)	7	39 %	4	22 %	4	22 %	3	17 %
Sachsen-Anhalt (n=19)	6	32 %	5	26 %	6	32 %	2	11 %
Schleswig-Holstein (n=6)	1	17 %	1	17 %	1	17 %	3	50 %
Thüringen (n=23)	6	26 %	5	22 %	7	30 %	5	22 %
Gesamt (N=264)	42	16 %	65	25 %	81	31 %	76	29 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264).

3.1.2.3.2 Auswirkungen der Situation von Demokratie- und Menschenfeindlichkeit

Tabelle 24: Einschätzung der befragten Koordinator/innen: Verbale und physische Gewalt werden schleichend als Mittel politischer Auseinandersetzung akzeptiert

	Trifft gar nicht zu		Trifft eher nicht zu		Trifft eher zu		Trifft voll zu		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Baden-Württemberg (n=21)	2	10 %	15	71 %	1	5 %	2	10 %	1	5 %
Bayern (n=23)	7	30 %	9	39 %	6	26 %	0	0 %	1	4 %
Berlin (n=15)	1	7 %	5	33 %	6	40 %	0	0 %	3	20 %
Brandenburg (n=15)	1	7 %	6	40 %	5	33 %	1	7 %	2	13 %
Hamburg (n=7)	1	14 %	1	14 %	1	14 %	0	0 %	4	57 %
Hessen (n=29)	9	31 %	9	31 %	6	21 %	0	0 %	5	17 %
Mecklenburg-Vorpommern (n=18)	0	0 %	3	17 %	10	56 %	1	6 %	4	22 %
Niedersachsen (n=18)	4	22 %	7	39 %	5	28 %	0	0 %	2	11 %
Nordrhein-Westfalen (n=30)	3	10 %	15	50 %	5	17 %	2	7 %	5	17 %
Rheinland-Pfalz (n=14)	3	21 %	4	29 %	5	36 %	0	0 %	2	14 %
Saarland (n=5)	0	0 %	2	40 %	1	20 %	1	20 %	1	20 %
Sachsen (n=18)	3	17 %	7	39 %	4	22 %	3	17 %	1	6 %
Sachsen-Anhalt (n=19)	2	11 %	5	26 %	10	53 %	1	5 %	1	5 %
Schleswig-Holstein (n=6)	3	50 %	1	17 %	1	17 %	0	0 %	1	17 %
Thüringen (n=23)	4	17 %	8	35 %	8	35 %	1	4 %	2	9 %
Gesamt (N=264)	44	17 %	98	37 %	75	28 %	12	5 %	35	13 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264).

Tabelle 25: Einschätzung der befragten Koordinator/innen: Engagierte Personen werden durch demokratie- und menschenfeindliche Akteur/innen verdrängt (z.B. Aufgabe politischer Ämter, Aufgabe beruflicher Tätigkeit bzw. des Engagements für Demokratie und Vielfalt)

	Trifft gar nicht zu		Trifft eher nicht zu		Trifft eher zu		Trifft voll zu		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Baden-Württemberg (n=21)	12	57 %	7	33 %	0	0 %	1	5 %	1	5 %
Bayern (n=23)	17	74 %	5	22 %	0	0 %	0	0 %	1	4 %
Berlin (n=15)	5	33 %	6	40 %	3	20 %	0	0 %	1	7 %
Brandenburg (n=15)	4	27 %	6	40 %	4	27 %	0	0 %	1	7 %
Hamburg (n=7)	2	29 %	3	43 %	1	14 %	0	0 %	1	14 %
Hessen (n=29)	15	52 %	7	24 %	1	3 %	0	0 %	6	21 %
Mecklenburg-Vorpommern (n=18)	2	11 %	11	61 %	4	22 %	0	0 %	1	6 %
Niedersachsen (n=18)	10	56 %	4	22 %	3	17 %	0	0 %	1	6 %
Nordrhein-Westfalen (n=30)	12	40 %	10	33 %	1	3 %	1	3 %	6	20 %
Rheinland-Pfalz (n=14)	4	29 %	9	64 %	1	7 %	0	0 %	0	0 %
Saarland (n=5)	3	60 %	1	20 %	0	0 %	0	0 %	1	20 %
Sachsen (n=18)	6	33 %	7	39 %	3	17 %	0	0 %	2	11 %
Sachsen-Anhalt (n=19)	2	11 %	10	53 %	3	16 %	0	0 %	4	21 %
Schleswig-Holstein (n=6)	4	67 %	2	33 %	0	0 %	0	0 %	0	0 %
Thüringen (n=23)	6	26 %	12	52 %	4	17 %	0	0 %	1	4 %
Gesamt (N=264)	105	40 %	101	38 %	28	11 %	2	1 %	28	11 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264).

Tabelle 26: Einschätzung der befragten Koordinator/innen: Es existieren Angstzonen im öffentlichen Raum, die von Personen bzw. Gruppen gemieden werden (z.B. gegenkulturelle „No-go-Areas“ bzw. „nationalbefreite Zonen“)

	Trifft gar nicht zu		Trifft eher nicht zu		Trifft eher zu		Trifft voll zu		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Baden-Württemberg (n=21)	8	38 %	8	38 %	1	5 %	2	10 %	2	10 %
Bayern (n=23)	19	83 %	4	17 %	0	0 %	0	0 %	0	0 %
Berlin (n=15)	3	20 %	5	33 %	3	20 %	1	7 %	3	20 %
Brandenburg (n=15)	5	33 %	7	47 %	1	7 %	1	7 %	1	7 %
Hamburg (n=7)	4	57 %	0	0 %	0	0 %	0	0 %	3	43 %
Hessen (n=29)	15	52 %	3	10 %	3	10 %	1	3 %	7	24 %
Mecklenburg-Vorpommern (n=18)	5	28 %	7	39 %	2	11 %	1	6 %	3	17 %
Niedersachsen (n=18)	9	50 %	5	28 %	3	17 %	0	0 %	1	6 %
Nordrhein-Westfalen (n=30)	15	50 %	9	30 %	3	10 %	1	3 %	2	7 %
Rheinland-Pfalz (n=14)	9	64 %	4	29 %	1	7 %	0	0 %	0	0 %
Saarland (n=5)	5	100 %	0	0 %	0	0 %	0	0 %	0	0 %
Sachsen (n=18)	4	22 %	9	50 %	4	22 %	0	0 %	1	6 %
Sachsen-Anhalt (n=19)	3	16 %	9	47 %	4	21 %	1	5 %	2	11 %
Schleswig-Holstein (n=6)	5	83 %	1	17 %	0	0 %	0	0 %	0	0 %
Thüringen (n=23)	2	9 %	14	61 %	6	26 %	1	4 %	0	0 %
Gesamt (N=264)	112	42 %	85	32 %	33	13 %	9	3 %	25	9 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264).

Tabelle 27: Einschätzung der befragten Koordinator/innen: Demokratie- und menschenfeindlichen Akteur/innen gelingt es, ihre Positionen auf die lokale Agenda zu setzen

	Trifft gar nicht zu		Trifft eher nicht zu		Trifft eher zu		Trifft voll zu		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Baden-Württemberg (n=21)	7	33 %	7	33 %	3	14 %	2	10 %	2	10 %
Bayern (n=23)	8	35 %	12	52 %	2	9 %	0	0 %	1	4 %
Berlin (n=15)	0	0 %	4	27 %	8	53 %	1	7 %	2	13 %
Brandenburg (n=15)	0	0 %	7	47 %	5	33 %	2	13 %	1	7 %
Hamburg (n=7)	1	14 %	2	29 %	0	0 %	1	14 %	3	43 %
Hessen (n=29)	7	24 %	8	28 %	9	31 %	2	7 %	3	10 %
Mecklenburg-Vorpommern (n=18)	1	6 %	7	39 %	7	39 %	0	0 %	3	17 %
Niedersachsen (n=18)	5	28 %	5	28 %	8	44 %	0	0 %	0	0 %
Nordrhein-Westfalen (n=30)	7	23 %	13	43 %	4	13 %	2	7 %	4	13 %
Rheinland-Pfalz (n=14)	5	36 %	7	50 %	0	0 %	1	7 %	1	7 %
Saarland (n=5)	0	0 %	2	40 %	3	60 %	0	0 %	0	0 %
Sachsen (n=18)	2	11 %	6	33 %	8	44 %	1	6 %	1	6 %
Sachsen-Anhalt (n=19)	0	0 %	13	68 %	4	21 %	1	5 %	1	5 %
Schleswig-Holstein (n=6)	1	17 %	5	83 %	0	0 %	0	0 %	0	0 %
Thüringen (n=23)	2	9 %	9	39 %	9	39 %	1	4 %	2	9 %
Gesamt (N=264)	46	17 %	108	41 %	72	27 %	14	5 %	24	9 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264).

Tabelle 28: Einschätzung der befragten Koordinator/innen: Öffentliche Auseinandersetzungen im Themenfeld Zuwanderung werden polarisierend geführt

	Trifft gar nicht zu		Trifft eher nicht zu		Trifft eher zu		Trifft voll zu		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Baden-Württemberg (n=21)	3	14 %	5	24 %	9	43 %	2	10 %	2	10 %
Bayern (n=23)	0	0 %	11	48 %	8	35 %	4	17 %	0	0 %
Berlin (n=15)	0	0 %	3	20 %	9	60 %	1	7 %	2	13 %
Brandenburg (n=15)	1	7 %	6	40 %	4	27 %	4	27 %	0	0 %
Hamburg (n=7)	0	0 %	3	43 %	2	29 %	0	0 %	2	29 %
Hessen (n=29)	3	10 %	7	24 %	11	38 %	4	14 %	4	14 %
Mecklenburg-Vorpommern (n=18)	1	6 %	7	39 %	8	44 %	1	6 %	1	6 %
Niedersachsen (n=18)	2	11 %	9	50 %	4	22 %	2	11 %	1	6 %
Nordrhein-Westfalen (n=30)	1	3 %	9	30 %	13	43 %	3	10 %	4	13 %
Rheinland-Pfalz (n=14)	0	0 %	8	57 %	6	43 %	0	0 %	0	0 %
Saarland (n=5)	0	0 %	1	20 %	3	60 %	1	20 %	0	0 %
Sachsen (n=18)	0	0 %	6	33 %	8	44 %	3	17 %	1	6 %
Sachsen-Anhalt (n=19)	0	0 %	6	32 %	7	37 %	5	26 %	1	5 %
Schleswig-Holstein (n=6)	0	0 %	4	67 %	1	17 %	0	0 %	1	17 %
Thüringen (n=23)	1	4 %	6	26 %	10	43 %	2	9 %	4	17 %
Gesamt (N=264)	13	5 %	91	34 %	105	40 %	32	12 %	23	9 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264).

Tabelle 29: Einschätzung der befragten Koordinator/innen: Rekrutierungsversuche demokratie- und menschenfeindlicher Gruppierungen und/oder Organisationen sind erfolgreich

	Trifft gar nicht zu		Trifft eher nicht zu		Trifft eher zu		Trifft voll zu		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Baden-Württemberg (n=21)	6	29 %	6	29 %	3	14 %	0	0 %	6	29 %
Bayern (n=23)	6	26 %	15	65 %	0	0 %	0	0 %	2	9 %
Berlin (n=15)	1	7 %	4	27 %	6	40 %	0	0 %	4	27 %
Brandenburg (n=15)	1	7 %	7	47 %	3	20 %	0	0 %	4	27 %
Hamburg (n=7)	1	14 %	1	14 %	1	14 %	1	14 %	3	43 %
Hessen (n=29)	7	24 %	9	31 %	5	17 %	1	3 %	7	24 %
Mecklenburg-Vorpommern (n=18)	1	6 %	6	33 %	2	11 %	0	0 %	9	50 %
Niedersachsen (n=18)	3	17 %	7	39 %	3	17 %	2	11 %	3	17 %
Nordrhein-Westfalen (n=30)	4	13 %	9	30 %	4	13 %	1	3 %	12	40 %
Rheinland-Pfalz (n=14)	2	14 %	4	29 %	1	7 %	0	0 %	7	50 %
Saarland (n=5)	0	0 %	1	20 %	1	20 %	0	0 %	3	60 %
Sachsen (n=18)	0	0 %	10	56 %	2	11 %	1	6 %	5	28 %
Sachsen-Anhalt (n=19)	3	16 %	5	26 %	7	37 %	0	0 %	4	21 %
Schleswig-Holstein (n=6)	2	33 %	1	17 %	0	0 %	0	0 %	3	50 %
Thüringen (n=23)	0	0 %	5	22 %	6	26 %	1	4 %	11	48 %
Gesamt (N=264)	37	14 %	90	34 %	46	17 %	7	3 %	84	32 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264).

Tabelle 30: Einschätzung der befragten Koordinator/innen: Die lokale Diskussionskultur ist aufgeheizt, unsachlich und/oder von abwertenden Haltungen geprägt

	Trifft gar nicht zu		Trifft eher nicht zu		Trifft eher zu		Trifft voll zu		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Baden-Württemberg (n=21)	6	29 %	6	29 %	6	29 %	1	5 %	2	10 %
Bayern (n=23)	6	26 %	12	52 %	4	17 %	0	0 %	1	4 %
Berlin (n=15)	3	20 %	4	27 %	5	33 %	0	0 %	3	20 %
Brandenburg (n=15)	3	20 %	4	27 %	7	47 %	0	0 %	1	7 %
Hamburg (n=7)	1	14 %	3	43 %	1	14 %	0	0 %	2	29 %
Hessen (n=29)	6	21 %	12	41 %	4	14 %	3	10 %	4	14 %
Mecklenburg-Vorpommern (n=18)	2	11 %	6	33 %	9	50 %	0	0 %	1	6 %
Niedersachsen (n=18)	5	28 %	8	44 %	3	17 %	0	0 %	2	11 %
Nordrhein-Westfalen (n=30)	7	23 %	12	40 %	8	27 %	2	7 %	1	3 %
Rheinland-Pfalz (n=14)	2	14 %	9	64 %	3	21 %	0	0 %	0	0 %
Saarland (n=5)	0	0 %	3	60 %	2	40 %	0	0 %	0	0 %
Sachsen (n=18)	0	0 %	7	39 %	6	33 %	4	22 %	1	6 %
Sachsen-Anhalt (n=19)	0	0 %	6	32 %	9	47 %	3	16 %	1	5 %
Schleswig-Holstein (n=6)	1	17 %	4	67 %	1	17 %	0	0 %	0	0 %
Thüringen (n=23)	2	9 %	6	26 %	9	39 %	2	9 %	4	17 %
Gesamt (N=264)	44	17 %	104	39 %	78	30 %	15	6 %	23	9 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264).

Tabelle 31: Einschätzung der befragten Koordinator/innen: Rassistische Denk- und Argumentationsmuster werden im Alltag unreflektiert verwendet und sind öffentlich wahrnehmbar

	Trifft gar nicht zu		Trifft eher nicht zu		Trifft eher zu		Trifft voll zu		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Baden-Württemberg (n=21)	3	14 %	6	29 %	8	38 %	2	10 %	2	10 %
Bayern (n=23)	1	4 %	7	30 %	11	48 %	4	17 %	0	0 %
Berlin (n=15)	0	0 %	1	7 %	11	73 %	3	20 %	0	0 %
Brandenburg (n=15)	0	0 %	2	13 %	7	47 %	3	20 %	3	20 %
Hamburg (n=7)	0	0 %	2	29 %	4	57 %	1	14 %	0	0 %
Hessen (n=29)	3	10 %	6	21 %	12	41 %	6	21 %	2	7 %
Mecklenburg-Vorpommern (n=18)	0	0 %	5	28 %	10	56 %	1	6 %	2	11 %
Niedersachsen (n=18)	6	33 %	3	17 %	8	44 %	1	6 %	0	0 %
Nordrhein-Westfalen (n=30)	4	13 %	7	23 %	13	43 %	3	10 %	3	10 %
Rheinland-Pfalz (n=14)	1	7 %	2	14 %	9	64 %	2	14 %	0	0 %
Saarland (n=5)	0	0 %	0	0 %	3	60 %	2	40 %	0	0 %
Sachsen (n=18)	1	6 %	4	22 %	7	39 %	5	28 %	1	6 %
Sachsen-Anhalt (n=19)	0	0 %	2	11 %	11	58 %	6	32 %	0	0 %
Schleswig-Holstein (n=6)	0	0 %	4	67 %	1	17 %	0	0 %	1	17 %
Thüringen (n=23)	0	0 %	1	4 %	16	70 %	5	22 %	1	4 %
Gesamt (N=264)	19	7 %	53	20 %	133	50 %	44	17 %	15	6 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264).

3.1.2.3.3 Aktionen demokratie- und menschenfeindlicher Akteur/innen

Tabelle 32: Einschätzung der befragten Koordinator/innen: Im Zeitraum vom 01.07.2016 bis zum 30.06.2017 gab es in unserer Förderregion folgende Aktionen demokratie- und menschenfeindlicher Akteur/innen: Gezielte Be- und/oder Verhinderung der Arbeit in den Partnerschaften für Demokratie

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Baden-Württemberg (n=21)	0	0 %	0	0 %	19	90 %	2	10 %
Bayern (n=23)	0	0 %	3	13 %	19	83 %	1	4 %
Berlin (n=15)	0	0 %	1	7 %	14	93 %	0	0 %
Brandenburg (n=15)	0	0 %	1	7 %	14	93 %	0	0 %
Hamburg (n=7)	0	0 %	0	0 %	5	71 %	2	29 %
Hessen (n=29)	0	0 %	4	14 %	21	72 %	4	14 %
Mecklenburg-Vorpommern (n=18)	0	0 %	0	0 %	15	83 %	3	17 %
Niedersachsen (n=18)	0	0 %	3	17 %	15	83 %	0	0 %
Nordrhein-Westfalen (n=30)	0	0 %	2	7 %	28	93 %	0	0 %
Rheinland-Pfalz (n=14)	0	0 %	1	7 %	12	86 %	1	7 %
Saarland (n=5)	0	0 %	0	0 %	5	100 %	0	0 %
Sachsen (n=18)	0	0 %	0	0 %	18	100 %	0	0 %
Sachsen-Anhalt (n=19)	0	0 %	4	21 %	14	74 %	1	5 %
Schleswig-Holstein (n=6)	0	0 %	0	0 %	6	100 %	0	0 %
Thüringen (n=23)	0	0 %	2	9 %	21	91 %	0	0 %
Gesamt (N=264)	0	0 %	21	8 %	229	87 %	14	5 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264).

Tabelle 33: Einschätzung der befragten Koordinator/innen: Im Zeitraum vom 01.07.2016 bis zum 30.06.2017 gab es in unserer Förderregion folgende Aktionen demokratie- und menschenfeindlicher Akteur/innen: Demonstrationen und Protestkundgebungen

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Baden-Württemberg (n=21)	3	14 %	6	29 %	10	48 %	2	10 %
Bayern (n=23)	2	9 %	6	26 %	15	65 %	0	0 %
Berlin (n=15)	5	33 %	9	60 %	1	7 %	0	0 %
Brandenburg (n=15)	7	47 %	3	20 %	4	27 %	1	7 %
Hamburg (n=7)	0	0 %	1	14 %	3	43 %	3	43 %
Hessen (n=29)	1	3 %	3	10 %	21	72 %	4	14 %
Mecklenburg-Vorpommern (n=18)	2	11 %	10	56 %	4	22 %	2	11 %
Niedersachsen (n=18)	6	33 %	2	11 %	9	50 %	1	6 %
Nordrhein-Westfalen (n=30)	7	23 %	9	30 %	11	37 %	3	10 %
Rheinland-Pfalz (n=14)	0	0 %	4	29 %	9	64 %	1	7 %
Saarland (n=5)	2	40 %	2	40 %	1	20 %	0	0 %
Sachsen (n=18)	5	28 %	8	44 %	4	22 %	1	6 %
Sachsen-Anhalt (n=19)	8	42 %	4	21 %	6	32 %	1	5 %
Schleswig-Holstein (n=6)	0	0 %	2	33 %	4	67 %	0	0 %
Thüringen (n=23)	14	61 %	6	26 %	3	13 %	0	0 %
Gesamt (N=264)	62	23 %	78	30 %	105	40 %	19	7 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264).

Tabelle 34: Einschätzung der befragten Koordinator/innen: Im Zeitraum vom 01.07.2016 bis zum 30.06.2017 gab es in unserer Förderregion folgende Aktionen demokratie- und menschenfeindlicher Akteur/innen: Wortergreifung bei und Störung von Veranstaltungen

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Baden-Württemberg (n=21)	2	10 %	8	38 %	9	43 %	2	10 %
Bayern (n=23)	1	4 %	8	35 %	13	57 %	1	4 %
Berlin (n=15)	1	7 %	6	40 %	5	33 %	3	20 %
Brandenburg (n=15)	2	13 %	5	33 %	3	20 %	5	33 %
Hamburg (n=7)	0	0 %	2	29 %	3	43 %	2	29 %
Hessen (n=29)	1	3 %	12	41 %	8	28 %	8	28 %
Mecklenburg-Vorpommern (n=18)	2	11 %	6	33 %	6	33 %	4	22 %
Niedersachsen (n=18)	2	11 %	8	44 %	7	39 %	1	6 %
Nordrhein-Westfalen (n=30)	0	0 %	10	33 %	13	43 %	7	23 %
Rheinland-Pfalz (n=14)	1	7 %	4	29 %	6	43 %	3	21 %
Saarland (n=5)	0	0 %	2	40 %	2	40 %	1	20 %
Sachsen (n=18)	3	17 %	6	33 %	3	17 %	6	33 %
Sachsen-Anhalt (n=19)	5	26 %	5	26 %	6	32 %	3	16 %
Schleswig-Holstein (n=6)	0	0 %	1	17 %	3	50 %	2	33 %
Thüringen (n=23)	2	9 %	11	48 %	4	17 %	6	26 %
Gesamt (N=264)	22	8 %	97	37 %	91	34 %	54	20 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264).

Tabelle 35: Einschätzung der befragten Koordinator/innen: Im Zeitraum vom 01.07.2016 bis zum 30.06.2017 gab es in unserer Förderregion folgende Aktionen demokratie- und menschenfeindlicher Akteur/innen: Raumorientiertes Dominanz- und Provokationsverhalten (z.B. Kleben von Spuckis, Graffiti/Schmierereien, Aneignung öffentlicher Räume)

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Baden-Württemberg (n=21)	6	29 %	7	33 %	6	29 %	2	10 %
Bayern (n=23)	6	26 %	11	48 %	5	22 %	1	4 %
Berlin (n=15)	9	60 %	5	33 %	1	7 %	0	0 %
Brandenburg (n=15)	10	67 %	2	13 %	0	0 %	3	20 %
Hamburg (n=7)	1	14 %	2	29 %	1	14 %	3	43 %
Hessen (n=29)	3	10 %	15	52 %	6	21 %	5	17 %
Mecklenburg-Vorpommern (n=18)	6	33 %	6	33 %	1	6 %	5	28 %
Niedersachsen (n=18)	3	17 %	9	50 %	5	28 %	1	6 %
Nordrhein-Westfalen (n=30)	7	23 %	17	57 %	5	17 %	1	3 %
Rheinland-Pfalz (n=14)	3	21 %	4	29 %	4	29 %	3	21 %
Saarland (n=5)	1	20 %	3	60 %	0	0 %	1	20 %
Sachsen (n=18)	7	39 %	10	56 %	0	0 %	1	6 %
Sachsen-Anhalt (n=19)	6	32 %	7	37 %	2	11 %	4	21 %
Schleswig-Holstein (n=6)	1	17 %	3	50 %	0	0 %	2	33 %
Thüringen (n=23)	12	52 %	7	30 %	4	17 %	0	0 %
Gesamt (N=264)	83	31 %	108	41 %	41	16 %	32	12 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264).

Tabelle 36: Einschätzung der befragten Koordinator/innen: Im Zeitraum vom 01.07.2016 bis zum 30.06.2017 gab es in unserer Förderregion folgende Aktionen demokratie- und menschenfeindlicher Akteur/innen: Zusammenschluss zuwanderungskritischer Akteur/innen in Aktionsgruppen und/oder Bürgerinitiativen

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Baden-Württemberg (n=21)	0	0 %	9	43 %	8	38 %	4	19 %
Bayern (n=23)	2	9 %	4	17 %	15	65 %	2	9 %
Berlin (n=15)	3	20 %	1	7 %	7	47 %	4	27 %
Brandenburg (n=15)	4	27 %	2	13 %	4	27 %	5	33 %
Hamburg (n=7)	0	0 %	2	29 %	1	14 %	4	57 %
Hessen (n=29)	1	3 %	7	24 %	14	48 %	7	24 %
Mecklenburg-Vorpommern (n=18)	1	6 %	5	28 %	4	22 %	8	44 %
Niedersachsen (n=18)	4	22 %	4	22 %	8	44 %	2	11 %
Nordrhein-Westfalen (n=30)	1	3 %	6	20 %	12	40 %	11	37 %
Rheinland-Pfalz (n=14)	0	0 %	1	7 %	8	57 %	5	36 %
Saarland (n=5)	1	20 %	0	0 %	2	40 %	2	40 %
Sachsen (n=18)	5	28 %	8	44 %	3	17 %	2	11 %
Sachsen-Anhalt (n=19)	3	16 %	5	26 %	8	42 %	3	16 %
Schleswig-Holstein (n=6)	0	0 %	1	17 %	3	50 %	2	33 %
Thüringen (n=23)	5	22 %	7	30 %	6	26 %	5	22 %
Gesamt (N=264)	31	12 %	62	23 %	105	40 %	66	25 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264).

Tabelle 37: Einschätzung der befragten Koordinator/innen: Im Zeitraum vom 01.07.2016 bis zum 30.06.2017 gab es in unserer Förderregion folgende Aktionen demokratie- und menschenfeindlicher Akteur/innen: Hate Speech im Netz

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Baden-Württemberg (n=21)	5	24 %	8	38 %	2	10 %	6	29 %
Bayern (n=23)	10	43 %	9	39 %	1	4 %	3	13 %
Berlin (n=15)	10	67 %	4	27 %	0	0 %	1	7 %
Brandenburg (n=15)	6	40 %	5	33 %	0	0 %	4	27 %
Hamburg (n=7)	1	14 %	2	29 %	0	0 %	4	57 %
Hessen (n=29)	9	31 %	9	31 %	2	7 %	9	31 %
Mecklenburg-Vorpommern (n=18)	6	33 %	5	28 %	1	6 %	6	33 %
Niedersachsen (n=18)	5	28 %	3	17 %	5	28 %	5	28 %
Nordrhein-Westfalen (n=30)	13	43 %	13	43 %	1	3 %	3	10 %
Rheinland-Pfalz (n=14)	6	43 %	6	43 %	0	0 %	2	14 %
Saarland (n=5)	4	80 %	1	20 %	0	0 %	0	0 %
Sachsen (n=18)	11	61 %	4	22 %	1	6 %	2	11 %
Sachsen-Anhalt (n=19)	12	63 %	3	16 %	2	11 %	2	11 %
Schleswig-Holstein (n=6)	3	50 %	0	0 %	0	0 %	3	50 %
Thüringen (n=23)	14	61 %	6	26 %	0	0 %	3	13 %
Gesamt (N=264)	117	44 %	79	30 %	15	6 %	53	20 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264).

Tabelle 38: Einschätzung der befragten Koordinator/innen: Im Zeitraum vom 01.07.2016 bis zum 30.06.2017 gab es in unserer Förderregion folgende Aktionen demokratie- und menschenfeindlicher Akteur/innen: Einschlägige Freizeitveranstaltungen und Angebote (z.B. Konzerte/Feste)

	Ja, wiederholt		Ja, in Einzelfällen		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Baden-Württemberg (n=21)	0	0 %	3	14 %	8	38 %	10	48 %
Bayern (n=23)	1	4 %	1	4 %	15	65 %	6	26 %
Berlin (n=15)	1	7 %	2	13 %	5	33 %	7	47 %
Brandenburg (n=15)	0	0 %	2	13 %	3	20 %	10	67 %
Hamburg (n=7)	1	14 %	1	14 %	0	0 %	5	71 %
Hessen (n=29)	1	3 %	2	7 %	18	62 %	8	28 %
Mecklenburg-Vorpommern (n=18)	2	11 %	6	33 %	6	33 %	4	22 %
Niedersachsen (n=18)	0	0 %	4	22 %	11	61 %	3	17 %
Nordrhein-Westfalen (n=30)	1	3 %	5	17 %	15	50 %	9	30 %
Rheinland-Pfalz (n=14)	0	0 %	4	29 %	8	57 %	2	14 %
Saarland (n=5)	0	0 %	1	20 %	2	40 %	2	40 %
Sachsen (n=18)	4	22 %	5	28 %	3	17 %	6	33 %
Sachsen-Anhalt (n=19)	1	5 %	8	42 %	7	37 %	3	16 %
Schleswig-Holstein (n=6)	0	0 %	2	33 %	3	50 %	1	17 %
Thüringen (n=23)	9	39 %	7	30 %	5	22 %	2	9 %
Gesamt (N=264)	21	8 %	54	20 %	110	42 %	79	30 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264).

3.1.2.4 Umgang mit Bedrohungen

Tabelle 39: Zusammenarbeit mit Mobiler Beratungen gegen Rechtsextremismus

	Ja		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Baden-Württemberg (n=11)	4	36 %	6	55 %	1	9 %
Bayern (n=14)	7	50 %	6	43 %	1	7 %
Berlin (n=13)	13	100 %	0	0 %	0	0 %
Brandenburg (n=11)	11	100 %	0	0 %	0	0 %
Hamburg (n=3)	1	33 %	1	33 %	1	33 %
Hessen (n=20)	5	25 %	13	65 %	2	10 %
Mecklenburg-Vorpommern (n=12)	5	42 %	6	50 %	1	8 %
Niedersachsen (n=11)	5	45 %	6	55 %	0	0 %
Nordrhein-Westfalen (n=14)	10	71 %	4	29 %	0	0 %
Rheinland-Pfalz (n=5)	1	20 %	2	40 %	2	40 %
Saarland (n=4)	4	100 %	0	0 %	0	0 %
Sachsen (n=14)	7	50 %	7	50 %	0	0 %
Sachsen-Anhalt (n=14)	10	71 %	3	21 %	1	7 %
Schleswig-Holstein (n=3)	1	33 %	2	67 %	0	0 %
Thüringen (n=19)	17	89 %	2	11 %	0	0 %
Gesamt (n=171)	103	60 %	59	35 %	9	5 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017, die von mindestens einer Situation der Anfeindung gegenüber engagierten Akteur/innen berichten (Politiker/innen bzw. Mitarbeiter/innen der Verwaltung, zivilgesellschaftliche Akteur/innen, Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstelle) (n=171).

Tabelle 40: Zusammenarbeit mit Beratung für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt (Opferberatung)

	Ja		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Baden-Württemberg (n=11)	4	36 %	6	55 %	1	9 %
Bayern (n=14)	2	14 %	11	79 %	1	7 %
Berlin (n=13)	11	85 %	2	15 %	0	0 %
Brandenburg (n=11)	5	45 %	6	55 %	0	0 %
Hamburg (n=3)	1	33 %	1	33 %	1	33 %
Hessen (n=20)	5	25 %	14	70 %	1	5 %
Mecklenburg-Vorpommern (n=12)	5	42 %	6	50 %	1	8 %
Niedersachsen (n=11)	4	36 %	7	64 %	0	0 %
Nordrhein-Westfalen (n=14)	4	29 %	9	64 %	1	7 %
Rheinland-Pfalz (n=5)	0	0 %	3	60 %	2	40 %
Saarland (n=4)	1	25 %	3	75 %	0	0 %
Sachsen (n=14)	7	50 %	7	50 %	0	0 %
Sachsen-Anhalt (n=14)	9	64 %	4	29 %	1	7 %
Schleswig-Holstein (n=3)	0	0 %	3	100 %	0	0 %
Thüringen (n=19)	9	47 %	7	37 %	3	16 %
Gesamt (n=171)	68	40 %	91	53 %	12	7 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017, die von mindestens einer Situation der Anfeindung gegenüber engagierten Akteur/innen berichten (Politiker/innen bzw. Mitarbeiter/innen der Verwaltung, zivilgesellschaftliche Akteur/innen, Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstelle) (n=171). In folgenden Bundesländern gibt es bereits seit Längerem eine Opferberatung: Bayern, Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen. In folgenden Bundesländern gibt es erst seit Kurzem eine Opferberatung: Baden-Württemberg, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein.

3.2 Implementierung zentraler Gremien

3.2.1 Koordinierungs- und Fachstellen

3.2.1.1 Ansiedlung und Trägerart

Tabelle 41: Externe oder interne Ansiedlung der Koordinierungs- und Fachstellen

	Bei einem freien Träger		Im federführenden Amt der Partnerschaft für Demokratie		Sonderform	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Baden-Württemberg (n=21)	18	86 %	3	14 %	0	0 %
Bayern (n=23)	22	96 %	1	4 %	0	0 %
Berlin (n=15)	15	100 %	0	0 %	0	0 %
Brandenburg (n=15)	13	87 %	2	13 %	0	0 %
Hamburg (n=7)	7	100 %	0	0 %	0	0 %
Hessen (n=29)	23	79 %	6	21 %	0	0 %
Mecklenburg-Vorpommern (n=18)	15	83 %	3	17 %	0	0 %
Niedersachsen (n=18)	15	83 %	3	17 %	0	0 %
Nordrhein-Westfalen (n=30)	27	90 %	3	10 %	0	0 %
Rheinland-Pfalz (n=14)	14	100 %	0	0 %	0	0 %
Saarland (n=5)	4	80 %	1	20 %	0	0 %
Sachsen (n=18)	14	78 %	3	17 %	1	6 %
Sachsen-Anhalt (n=19)	17	89 %	1	5 %	1	5 %
Schleswig-Holstein (n=6)	5	83 %	1	17 %	0	0 %
Thüringen (n=23)	23	100 %	0	0 %	0	0 %
Gesamt (N=264)	235	89 %	27	10 %	2	1 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264).

3.2.1.1.1 Rechtsform der Träger der externen Koordinierungs- und Fachstellen

Tabelle 42: Gesamt: Rechtsform der Träger der externen Koordinierungs- und Fachstellen

	Absolut	In Prozent
Eingetragener/gemeinnütziger Verein ohne Bindung an einen Wohlfahrtsverband	123	52 %
Eingetragener/gemeinnütziger Verein mit Bindung an einen Wohlfahrtsverband	46	20 %
Gemeinnützige Gesellschaft (gGmbH)	32	14 %
Stiftung	15	6 %
Privat-gewerbliche Organisationsform	1	0 %
Körperschaft des öffentlichen Rechts	16	7 %
Sonstiges	2	1 %
Gesamt	235	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 mit externer Koordinierungs- und Fachstelle (n=235).

Tabelle 43: Thüringen: Rechtsform der Träger der externen Koordinierungs- und Fachstellen

	Absolut	In Prozent
Eingetragener/gemeinnütziger Verein ohne Bindung an einen Wohlfahrtsverband	11	48 %
Eingetragener/gemeinnütziger Verein mit Bindung an einen Wohlfahrtsverband	7	30 %
Gemeinnützige Gesellschaft (gGmbH)	2	9 %
Stiftung	1	4 %
Privat-gewerbliche Organisationsform	1	4 %
Körperschaft des öffentlichen Rechts	1	4 %
Sonstiges	0	0 %
Gesamt	23	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 aus Thüringen mit externer Koordinierungs- und Fachstelle (n=23).

3.2.1.1.2 Handlungsfelder der Träger der externen Koordinierungs- und Fachstellen

Tabelle 44: Gesamt: Handlungsfelder der Träger der externen Koordinierungs- und Fachstellen

	Absolut	In Prozent
Bildungsträger	61	26 %
Träger der Kinder- und Jugendhilfe	93	40 %
Träger der sozialen Arbeit	56	24 %
Träger der kulturellen Arbeit	7	3 %
Sonstiges	18	8 %
Gesamt	235	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 mit externer Koordinierungs- und Fachstelle (n=235).

Tabelle 45: Thüringen: Handlungsfelder der Träger der externen Koordinierungs- und Fachstellen

	Absolut	In Prozent
Bildungsträger	6	26 %
Träger der Kinder- und Jugendhilfe	11	48 %
Träger der sozialen Arbeit	5	22 %
Träger der kulturellen Arbeit	0	0 %
Sonstiges	1	4 %
Gesamt	23	100 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 aus Thüringen mit externer Koordinierungs- und Fachstelle (n=23).

3.2.1.1.3 Fachlicher bzw. weltanschaulicher Bezug der Träger der externen Koordinierungs- und Fachstellen

Tabelle 46: Gesamt: Fachlicher bzw. weltanschaulicher Bezug der Träger der externen Koordinierungs- und Fachstellen

	Absolut	In Prozent
Christliche Organisationen	23	10 %
Jüdische Organisationen	0	0 %
Muslimische Organisationen	0	0 %
Weitere religiöse Organisationen	5	2 %
Migrant/innen(selbst)organisationen	8	3 %
LGBTI-(selbst)organisationen	0	0 %
(Selbst)Organisationen von Senior/innen	1	0 %
(Selbst)Organisationen von Menschen mit Beeinträchtigung/Behinderung	1	0 %
Jugendverband/-ring	45	19 %
Frauenverband	3	1 %
Männerverband	0	0 %
Kein Merkmal ist zutreffend	155	66 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 mit externer Koordinierungs- und Fachstelle (n=235). Mehrfachnennungen sind möglich oder „Kein Merkmal ist zutreffend“.

Tabelle 47: Thüringen: Fachlicher bzw. weltanschaulicher Bezug der Träger der externen Koordinierungs- und Fachstellen

	Absolut	In Prozent
Christliche Organisationen	4	17 %
Jüdische Organisationen	0	0 %
Muslimische Organisationen	0	0 %
Weitere religiöse Organisationen	0	0 %
Migrant/innen(selbst)organisationen	1	4 %
LGBTI-(selbst)organisationen	0	0 %
(Selbst)Organisationen von Senior/innen	1	4 %
(Selbst)Organisationen von Menschen mit Beeinträchtigung/Behinderung	1	4 %
Jugendverband/-ring	6	26 %
Frauenverband	1	4 %
Männerverband	0	0 %
Kein Merkmal ist zutreffend	11	48 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 aus Thüringen mit externer Koordinierungs- und Fachstelle (n=23). Mehrfachnennungen sind möglich oder „Kein Merkmal ist zutreffend“.

3.2.1.1.4 Ansiedlung des federführenden Amtes der externen Koordinierungs- und Fachstellen

Tabelle 48: Ansiedlung des federführenden Amtes der Partnerschaften für Demokratie mit externen Koordinierungs- und Fachstellen

	Fachreferat im Jugendamt (auch in gemeinsamer Aufgabenwahrnehmung mit anderen Geschäftsbereichen, z.B. Sozia-les/Familie/Sport)		Referat in einem anderen Amt		Beauftragte/r (z.B. Integrationsbeauftragte/r, Gleichstellungsbeauftragte/r)		Sonstiges	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Baden-Württemberg (n=18)	6	33 %	8	44 %	3	17 %	1	6 %
Bayern (n=22)	9	41 %	7	32 %	1	5 %	5	23 %
Berlin (n=15)	10	67 %	0	0 %	4	27 %	1	7 %
Brandenburg (n=13)	5	38 %	1	8 %	4	31 %	3	23 %
Hamburg (n=7)	0	0 %	7	100 %	0	0 %	0	0 %
Hessen (n=23)	6	26 %	11	48 %	2	9 %	4	17 %
Mecklenburg-Vorpommern (n=15)	4	27 %	6	40 %	1	7 %	4	27 %
Niedersachsen (n=15)	5	33 %	3	20 %	2	13 %	5	33 %
Nordrhein-Westfalen (n=27)	13	48 %	6	22 %	4	15 %	4	15 %
Rheinland-Pfalz (n=14)	5	36 %	5	36 %	0	0 %	4	29 %
Saarland (n=4)	3	75 %	0	0 %	0	0 %	1	25 %
Sachsen (n=14)	5	36 %	5	36 %	0	0 %	4	29 %
Sachsen-Anhalt (n=17)	9	53 %	4	24 %	1	6 %	3	18 %
Schleswig-Holstein (n=5)	2	40 %	2	40 %	0	0 %	1	20 %
Thüringen (n=23)	16	70 %	3	13 %	1	4 %	3	13 %
Gesamt (n=235)	99	42 %	69	29 %	23	10 %	44	19 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 mit externer Koordinierungs- und Fachstelle (n=235).

3.2.1.1.5 Ansiedlung der internen Koordinierungs- und Fachstellen

Tabelle 49: Ansiedlung der internen Koordinierungs- und Fachstellen

	Fachreferat im Jugendamt (auch in gemeinsamer Aufgabenwahrnehmung mit anderen Geschäftsbereichen, z.B. Sozialeß/Familie/Sport)		Referat in einem anderen Amt		Beauftragte/r (z.B. Integrationsbeauftragte/r, Gleichstellungsbeauftragte/r)		Sonstiges	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Baden-Württemberg (n=3)	1	33 %	0	0 %	1	33 %	1	33 %
Bayern (n=1)	0	0 %	0	0 %	0	0 %	1	100 %
In Berlin gibt es keine internen Koordinierungs- und Fachstellen.								
Brandenburg (n=2)	1	50 %	0	0 %	0	0 %	1	50 %
In Hamburg gibt es keine internen Koordinierungs- und Fachstellen.								
Hessen (n=6)	5	83 %	1	17 %	0	0 %	0	0 %
Mecklenburg-Vorpommern (n=3)	0	0 %	0	0 %	3	100 %	0	0 %
Niedersachsen (n=3)	2	67 %	0	0 %	0	0 %	1	33 %
Nordrhein-Westfalen (n=3)	2	67 %	0	0 %	1	33 %	0	0 %
In Rheinland-Pfalz gibt es keine internen Koordinierungs- und Fachstellen.								
Saarland (n=1)	1	100 %	0	0 %	0	0 %	0	0 %
Sachsen (n=3)	1	33 %	1	33 %	0	0 %	1	33 %
Sachsen-Anhalt (n=1)	0	0 %	1	100 %	0	0 %	0	0 %
Schleswig-Holstein (n=1)	0	0 %	0	0 %	0	0 %	1	100%
In Thüringen gibt es keine internen Koordinierungs- und Fachstellen.								
Gesamt (n=27)	13	48 %	3	11 %	5	19 %	6	22 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 mit interner Koordinierungs- und Fachstelle (n=27).

3.2.1.2 Personelle Ausstattung

3.2.1.2.1 Personelle Ausstattung der Koordinierungs- und Fachstellen

Tabelle 50: Personelle Ausstattung der Koordinierungs- und Fachstellen

	Anzahl der Personen			Prozent eines Vollzeitäquivalents		
	Mittelwert	Minimum	Maximum	Mittelwert	Minimum	Maximum
Baden-Württemberg (n=21)	1,7	1	3	73,8	30	150
Bayern (n=23)	2,0	1	4	80,4	50	130
Berlin (n=15)	1,9	1	3	95,1	50	158
Brandenburg (n=14)	1,2	1	2	79,3	50	140
Hamburg (n=7)	1,6	1	2	56,3	50	94
Hessen (n=29)	2,0	1	4	80,8	10	200
Mecklenburg-Vorpommern (n=17)	1,5	1	4	86,3	50	100
Niedersachsen (n=16)	2,1	1	4	93,3	50	150
Nordrhein-Westfalen (n=28)	1,5	1	3	72,2	35	110
Rheinland-Pfalz (n=12)	1,8	1	3	58,5	20	90
Saarland (n=5)	2,6	2	4	65,0	45	100
Sachsen (n=18)	2,1	1	4	101,5	75	200
Sachsen-Anhalt (n=19)	1,8	1	4	88,1	50	150
Schleswig-Holstein (n=5)	1,6	1	3	57,6	44	75
Thüringen (n=23)	1,6	1	3	89,8	50	100
Gesamt (n=255)	1,8	1	4	81,6	10	200

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (n=255). Bei 9 Partnerschaften für Demokratie ist die Koordinierungs- und Fachstelle derzeit nicht besetzt.

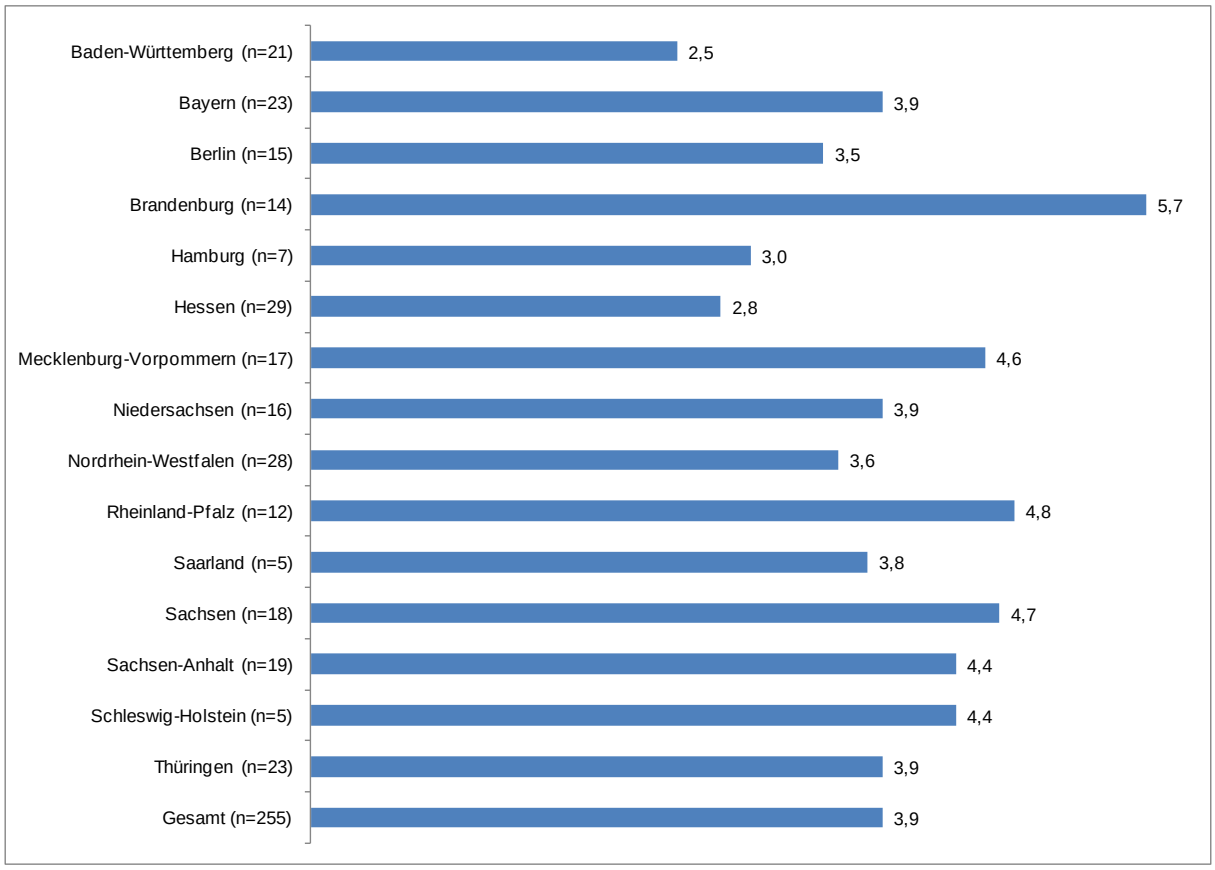
3.2.1.2.2 Zeitliche Begleitung durch dienstälteste/n Koordinator/in

Tabelle 51: Tätigkeitsdauer der/des dienstälteste/n Koordinator/in in der Koordinierungs- und Fachstelle

	Mittelwert in Jahren
Baden-Württemberg (n=21)	2,5
Bayern (n=23)	3,9
Berlin (n=15)	3,5
Brandenburg (n=14)	5,7
Hamburg (n=7)	3,0
Hessen (n=29)	2,8
Mecklenburg-Vorpommern (n=17)	4,6
Niedersachsen (n=16)	3,9
Nordrhein-Westfalen (n=28)	3,6
Rheinland-Pfalz (n=12)	4,8
Saarland (n=5)	3,8
Sachsen (n=18)	4,7
Sachsen-Anhalt (n=19)	4,4
Schleswig-Holstein (n=5)	4,4
Thüringen (n=23)	3,9
Gesamt (n=255)	3,9

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (n=255). Bei 9 Partnerschaften für Demokratie ist die Koordinierungs- und Fachstelle derzeit nicht besetzt. Die Tätigkeitsdauer in Jahren wurde aus den Angaben berechnet, seit welchem Jahr die/der dienstälteste Koordinator/in mit den Koordinierungsaufgaben befasst ist. Die Rekodierung erfolgte dabei folgendermaßen: 2017 = 1 Jahr, 2016 = 2 Jahre und so fort.

Abbildung 6: Durchschnittliche Tätigkeitsdauer der/des dienstälteste/n Koordinator/in in der Koordinierungs- und Fachstelle in Jahren



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (n=255). Bei 9 Partnerschaften für Demokratie ist die Koordinierungs- und Fachstelle derzeit nicht besetzt. Die Tätigkeitsdauer in Jahren wurde aus den Angaben berechnet, seit welchem Jahr die/der dienstälteste Koordinator/in mit den Koordinierungsaufgaben befasst ist. Die Rekodierung erfolgte dabei folgendermaßen: 2017 = 1 Jahr, 2016 = 2 Jahre und so fort.

3.2.2 Begleitausschüsse

3.2.2.1 Vertretene Gesellschaftsbereiche

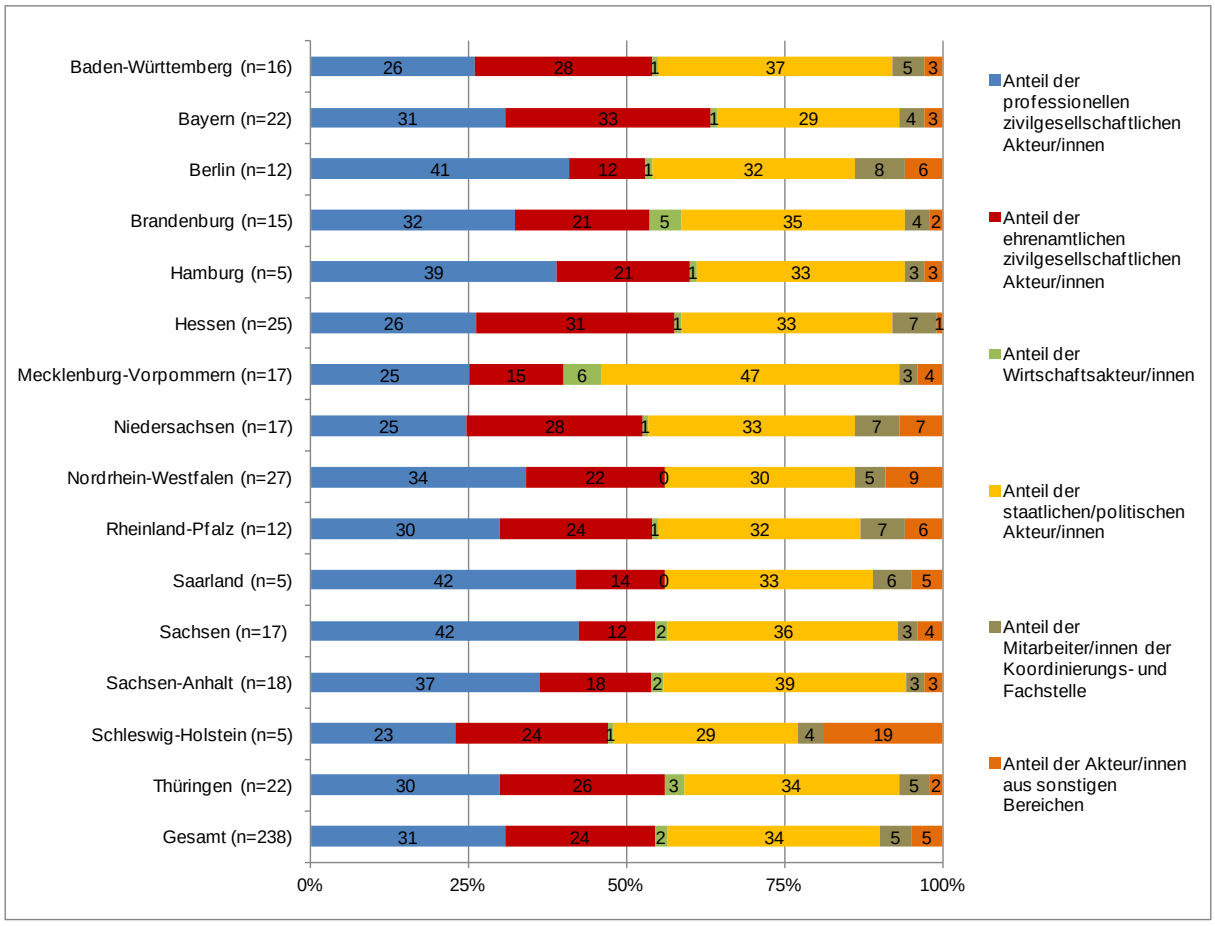
Tabelle 52: Zusammensetzung der Begleitausschüsse differenziert nach Akteursgruppen

	Gesamtzahl der Mitglieder	Anteil der professionellen zivilgesellschaftlichen Akteur/innen an der Gesamtzahl der Mitglieder	Anteil der ehrenamtlichen zivilgesellschaftlichen Akteur/innen an der Gesamtzahl der Mitglieder	Anteil der Wirtschaftsakteur/innen an der Gesamtzahl der Mitglieder	Anteil der staatlichen/politischen Akteur/innen an der Gesamtzahl der Mitglieder	Anteil der Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstelle an der Gesamtzahl der Mitglieder	Anteil der Akteur/innen aus sonstigen Bereichen an der Gesamtzahl der Mitglieder
Baden-Württemberg (n=16)	332	26 %	28 %	1 %	37 %	5 %	3 %
Bayern (n=22)	392	31 %	33 %	1 %	29 %	4 %	3 %
Berlin (n=12)	219	41 %	12 %	1 %	32 %	8 %	6 %
Brandenburg (n=15)	233	32 %	21 %	5 %	35 %	4 %	2 %
Hamburg (n=5)	107	39 %	21 %	1 %	33 %	3 %	3 %
Hessen (n=25)	434	26 %	31 %	1 %	33 %	7 %	1 %
Mecklenburg-Vorpommern (n=17)	252	25 %	15 %	6 %	47 %	3 %	4 %
Niedersachsen (n=17)	368	25 %	28 %	1 %	33 %	7 %	7 %
Nordrhein-Westfalen (n=27)	602	34 %	22 %	0 %	30 %	5 %	9 %
Rheinland-Pfalz (n=12)	284	30 %	24 %	1 %	32 %	7 %	6 %
Saarland (n=5)	79	42 %	14 %	0 %	33 %	6 %	5 %

	Gesamtzahl der Mitglieder	Anteil der professionellen zivilgesellschaftlichen Akteur/innen an der Gesamtzahl der Mitglieder	Anteil der ehrenamtlichen zivilgesellschaftlichen Akteur/innen an der Gesamtzahl der Mitglieder	Anteil der Wirtschaftsakteur/innen an der Gesamtzahl der Mitglieder	Anteil der staatlichen/politischen Akteur/innen an der Gesamtzahl der Mitglieder	Anteil der Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstelle an der Gesamtzahl der Mitglieder	Anteil der Akteur/innen aus sonstigen Bereichen an der Gesamtzahl der Mitglieder
Sachsen (n=17)	253	42 %	12 %	2 %	36 %	3 %	4 %
Sachsen-Anhalt (n=18)	312	37 %	18 %	2 %	39 %	3 %	3 %
Schleswig-Holstein (n=5)	112	23 %	24 %	1 %	29 %	4 %	19 %
Thüringen (n=22)	382	30 %	26 %	3 %	34 %	5 %	2 %
Gesamt (n=238)	4405	31 %	24 %	2 %	34 %	5 %	5 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen mit konstituiertem Begleitausschuss 2017 (n=238).

Abbildung 7: Zusammensetzung der Begleitausschüsse differenziert nach Akteursgruppen



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen mit konstituiertem Begleitausschuss 2017 (n=238).

3.2.2.2 Im Begleitausschuss vertretene Akteursgruppen und Bedarfe an der Einbindung weiterer Gruppen

3.2.2.2.1 In Begleitausschüssen vertretene spezifische Akteursgruppen

Tabelle 53: Gesamt: In Begleitausschüssen vertretene spezifische Akteursgruppen

	Absolut	In Prozent
Ausländerbeirat	75	32 %
(Selbst)Organisationen von Menschen mit Beeinträchtigung/Behinderung	29	12 %
Frauen(selbst)organisation/Frauenverband	21	9 %
Gleichstellungsbüro/Genderbeauftragte/r	74	31 %
Jugendvertretungen/Jugendorganisation	186	78 %
Kriminalpräventiver Rat bzw. Präventionsrat	48	20 %
LGBTI-(selbst)Organisation	17	7 %
Männer(selbst)organisation/Männerverband	1	0 %
Medien	6	3 %
Migrant/innen(selbst)organisationen	101	42 %
Selbstvertretungen von Asylsuchenden/Geflüchteten	17	7 %
Senior/innen(selbst)organisation/Senior/innengruppen	30	13 %
Keine der genannten Akteursgruppen	23	10 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen mit konstituiertem Begleitausschuss 2017 (n=238). Mehrfachnennungen sind möglich oder „Keine der genannten Akteursgruppen“.

Tabelle 54: Thüringen: In Begleitausschüssen vertretene spezifische Akteursgruppen

	Absolut	In Prozent
Ausländerbeirat	6	27 %
(Selbst)Organisationen von Menschen mit Beeinträchti-gung/Behinderung	1	5 %
Frauen(selbst)organisation/Frauenverband	3	14 %
Gleichstellungsbüro/Genderbeauftragte/r	12	55 %
Jugendvertretungen/Jugendorganisation	18	82 %
Kriminalpräventiver Rat bzw. Präventionsrat	0	0 %
LGBTI-(selbst)Organisation	1	5 %
Männer(selbst)organisation/Männerverband	0	0 %
Medien	1	5 %
Migrant/innen(selbst)organisationen	4	18 %
Selbstvertretungen von Asylsuchenden/Geflüchteten	0	0 %
Senior/innen(selbst)organisation/Senior/innengruppen	5	23 %
Keine der genannten Akteursgruppen	1	5 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen mit konstituiertem Begleitausschuss 2017 aus Thüringen (n=22). Mehrfachnennungen sind möglich oder „Keine der genannten Akteursgruppen“.

3.2.2.2.2 Personen/Akteur/innen, die bisher nicht oder nicht ausreichend im Begleitausschuss vertreten sind

Tabelle 55: Gesamt: Personen/Akteur/innen, die bisher nicht oder nicht ausreichend im Begleitausschuss vertreten sind

	Absolut	In Prozent
Ämter	7	4 %
Bürgerbündnisse	25	15 %
einzelne Bürger/innen	39	23 %
Feuerwehr	34	20 %
Frauen(selbst)organisation/Frauenverband	24	14 %
Gleichstellungsbüro/Genderbeauftragte/r	22	13 %
Jugendvertretungen/Jugendorganisationen	55	33 %
Kriminalpräventiver Rat bzw. Präventionsrat	15	9 %
LGBTI-(selbst)organisationen	44	26 %
Männer(selbst)organisation/Männerverband	5	3 %
Medien	33	20 %
Migrant/innen(selbst)organisationen	77	46 %
(Selbst)Organisationen von Menschen mit Beeinträchti-gung/Behinderung	61	36 %
Selbstvertretungen von Asylsuchenden/Geflüchteten	71	42 %
Politik	22	13 %
Polizei	26	15 %
religiöse Vereinigungen	34	20 %
Schule	47	28 %
Senior/innen(selbst)organisationen/Senior/innengruppen	25	15 %
Sport	34	20 %
Wirtschaft	55	33 %
Wissenschaft	17	10 %
Wohlfahrtsverbände	13	8 %
Akteur/innen aus sonstigen Bereichen	15	9 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen mit konstituiertem Begleitausschuss 2017, die angegeben haben, dass es Akteur/innen gibt, die in ihrem Begleitausschuss vertreten sein sollten, es aber bisher nicht sind (n=168).

Tabelle 56: Thüringen: Personen/Akteur/innen, die bisher nicht oder nicht ausreichend im Begleitausschuss vertreten sind

	Absolut	In Prozent
Ämter	1	5 %
Bürgerbündnisse	1	5 %
einzelne Bürger/innen	4	21 %
Feuerwehr	6	32 %
Frauen(selbst)organisation/Frauenverband	0	0 %
Gleichstellungsbüro/Genderbeauftragte/r	2	11 %
Jugendvertretungen/Jugendorganisationen	5	26 %
Kriminalpräventiver Rat bzw. Präventionsrat	1	5 %
LGBTI-(selbst)organisationen	5	26 %
Männer(selbst)organisation/Männerverband	0	0 %
Medien	3	16 %
Migrant/innen(selbst)organisationen	10	53 %
(Selbst)Organisationen von Menschen mit Beeinträchtigung/Behinderung	5	26 %
Selbstvertretungen von Asylsuchenden/Geflüchteten	5	26 %
Politik	2	11 %
Polizei	7	37 %
religiöse Vereinigungen	3	16 %
Schule	5	26 %
Senior/innen(selbst)organisationen/Senior/innengruppen	1	5 %
Sport	2	11 %
Wirtschaft	7	37 %
Wissenschaft	2	11 %
Wohlfahrtsverbände	0	0 %
Akteur/innen aus sonstigen Bereichen	2	11 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen mit konstituiertem Begleitausschuss 2017 aus Thüringen, die angegeben haben, dass es Akteur/innen gibt, die in ihrem Begleitausschuss vertreten sein sollten, es aber bisher nicht sind (n=19).

3.2.2.3 Engagementsbereiche der Mitglieder der Begleitausschüsse

3.2.2.3.1 Ermüdungserscheinungen im Begleitausschuss

Tabelle 57: Wahrnehmung von Ermüdungserscheinungen in Bezug auf das Engagement der Akteur/innen im Begleitausschuss

	Ja		Nein	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Baden-Württemberg (n=14)	1	7 %	13	93 %
Bayern (n=20)	7	35 %	13	65 %
Berlin (n=12)	5	42 %	7	58 %
Brandenburg (n=15)	7	47 %	8	53 %
Hamburg (n=4)	3	75 %	1	25 %
Hessen (n=18)	7	39 %	11	61 %
Mecklenburg-Vorpommern (n=14)	5	36 %	9	64 %
Niedersachsen (n=17)	5	29 %	12	71 %
Nordrhein-Westfalen (n=26)	6	23 %	20	77 %
Rheinland-Pfalz (n=11)	7	64 %	4	36 %
Saarland (n=4)	0	0 %	4	100 %
Sachsen (n=16)	5	31 %	11	69 %
Sachsen-Anhalt (n=15)	10	67 %	5	33 %
Schleswig-Holstein (n=4)	1	25 %	3	75 %
Thüringen (n=22)	7	32 %	15	68 %
Gesamt (n=215)	77	36 %	138	64 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen aus den ersten beiden Interessenbekundungsverfahren mit konstituiertem Begleitausschuss 2017 (n=215).

3.2.2.3.2 Intensität des Engagements des Begleitausschusses in verschiedenen Bereichen

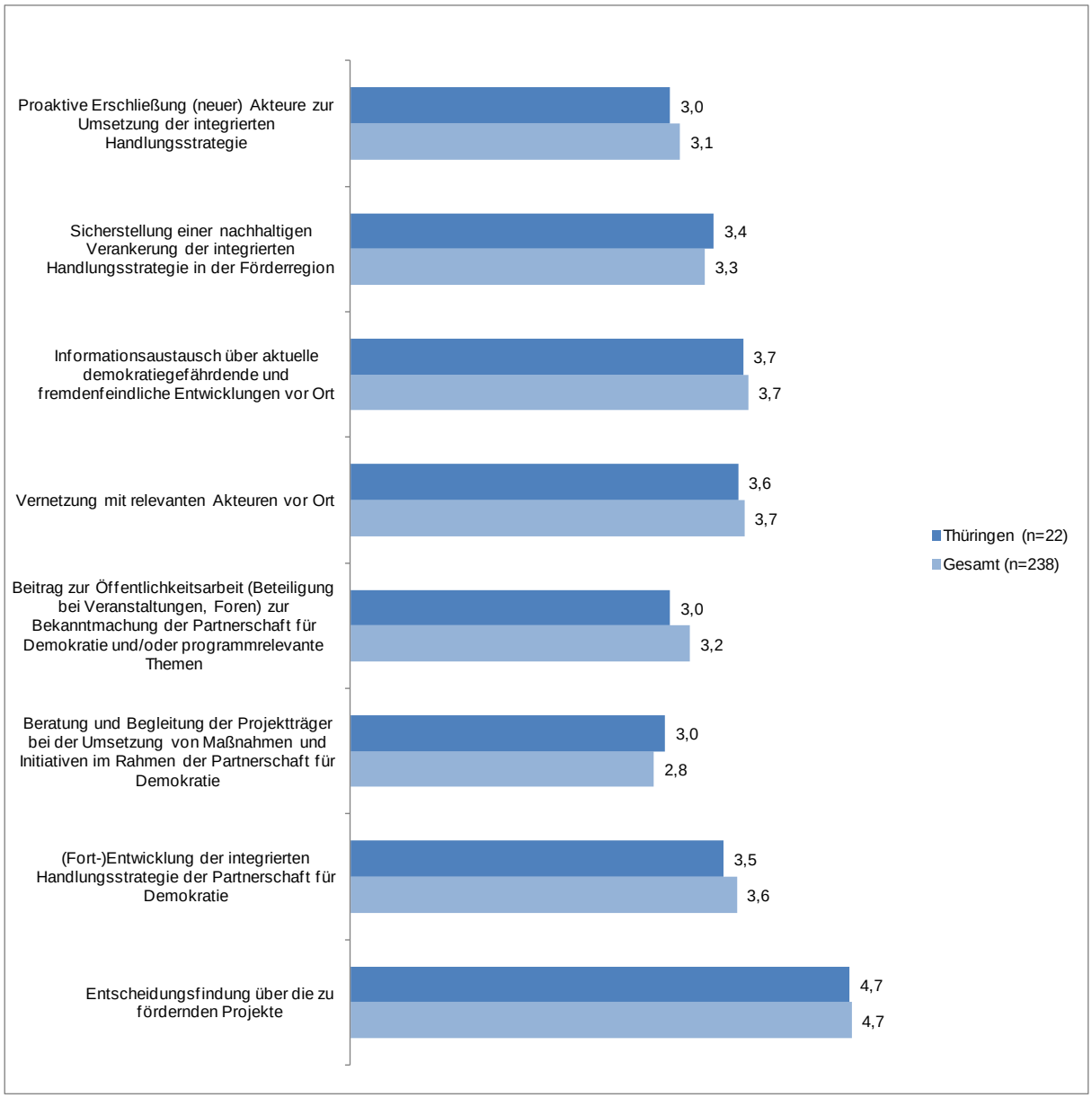
Tabelle 58: Intensität des Begleitausschusses in verschiedenen Aufgabenbereichen (Mittelwerte)

	Entscheidungsfindung über die zu fördernden Projekte	(Fort-) Entwicklung der integrierten Handlungsstrategie der Partnerschaft für Demokratie	Beratung und Begleitung der Projektträger bei der Umsetzung von Maßnahmen und Initiativen im Rahmen der Partnerschaft für Demokratie	Beitrag zur Öffentlichkeitsarbeit zur Bekanntmachung der Partnerschaft für Demokratie und/oder programmrelevante Themen	Vernetzung mit relevanten Akteur/innen vor Ort	Informationsaustausch über aktuelle demokratiegefährdende und fremdenfeindliche Entwicklungen vor Ort	Sicherstellung einer nachhaltigen Verankerung der integrierten Handlungsstrategie in der Förderregion	Proaktive Erschließung (neuer) Akteur/innen zur Umsetzung der integrierten Handlungsstrategie
Baden-Württemberg (n=16)	4,3	3,3	2,3	3,3	3,8	4,0	3,6	3,3
Bayern (n=22)	4,7	3,2	2,5	3,2	3,6	3,5	2,9	3,0
Berlin (n=12)	4,8	3,6	2,9	3,3	3,6	3,9	3,4	2,8
Brandenburg (n=15)	4,6	3,7	2,9	3,2	3,7	4,0	3,1	3,4
Hamburg (n=5)	4,6	3,6	3,2	3,8	4,2	4,4	3,0	3,6
Hessen (n=25)	4,8	4,0	3,1	3,4	3,6	3,7	3,5	3,2
Mecklenburg-Vorpommern (n=17)	4,7	3,4	2,9	3,1	3,6	3,4	3,3	3,1
Niedersachsen (n=17)	4,7	3,7	2,5	3,3	3,7	4,1	3,5	3,3
Nordrhein-Westfalen (n=27)	4,8	3,8	3,0	3,2	4,0	3,9	3,4	3,1
Rheinland-Pfalz (n=12)	4,8	3,3	3,0	2,8	3,5	3,6	3,3	2,8

	Entscheidungsfindung über die zu fördernden Projekte	(Fort-) Entwicklung der integrierten Handlungsstrategie der Partnerschaft für Demokratie	Beratung und Begleitung der Projektträger bei der Umsetzung von Maßnahmen und Initiativen im Rahmen der Partnerschaft für Demokratie	Beitrag zur Öffentlichkeitsarbeit zur Bekanntmachung der Partnerschaft für Demokratie und/oder programmrelevante Themen	Vernetzung mit relevanten Akteur/innen vor Ort	Informationsaustausch über aktuelle demokratiegefährdende und fremdenfeindliche Entwicklungen vor Ort	Sicherstellung einer nachhaltigen Verankerung der integrierten Handlungsstrategie in der Förderregion	Proaktive Erschließung (neuer) Akteur/innen zur Umsetzung der integrierten Handlungsstrategie
Saarland (n=5)	5,0	4,4	2,2	3,8	4,0	3,6	3,8	3,0
Sachsen (n=17)	4,7	3,4	2,6	2,6	3,3	3,6	2,9	2,6
Sachsen-Anhalt (n=18)	4,7	3,8	3,1	3,3	3,9	3,3	3,1	3,0
Schleswig-Holstein (n=5)	4,6	4,2	3,6	3,2	3,8	3,4	4,0	3,4
Thüringen (n=22)	4,7	3,5	3,0	3,0	3,6	3,7	3,4	3,0
Gesamt (n=238)	4,7	3,6	2,8	3,2	3,7	3,7	3,3	3,1

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen mit konstituiertem Begleitausschuss 2017 (n=238). Die Mittelwerte wurden anhand der Skala von 1 („kein Engagement“) bis 5 („hohes Engagement“) berechnet.

Abbildung 8: Thüringen: Intensität des Begleitausschusses in verschiedenen Aufgabenbereichen (Mittelwerte)



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen mit konstituiertem Begleitausschuss 2017 (n=238). Die Mittelwerte wurden anhand der Skala von 1 („kein Engagement“) bis 5 („hohes Engagement“) berechnet.

3.2.3 Jugendforen

3.2.3.1 Stand und Umsetzung der Implementierung der Jugendforen

3.2.3.1.1 Nutzung vorhandener Angebote zur Jugendbeteiligung

Tabelle 59: Nutzung von Ressourcen bei der Initiierung bzw. Verstetigung des Jugendforums (Anteil der „Ja“-Antworten)

	Kommunale Angebote/ Organisationen/ Programme (Servicestelle Beteiligung, Landesehrenamtsagentur, Strukturen landesweiter Förderprogramme zu Jugendbeteiligung)		Landesweite Angebote/ Organisationen/Programme (Servicestelle Beteiligung, Landesehrenamtsagentur, Strukturen landesweiter Förderprogramme zu Jugendbeteiligung)		Keine	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Baden-Württemberg (n=16)	13	81 %	6	38 %	2	13 %
Bayern (n=22)	6	27 %	0	0 %	15	68 %
Berlin (n=14)	8	57 %	3	21 %	4	29 %
Brandenburg (n=10)	5	50 %	6	60 %	1	10 %
Hamburg (n=6)	2	33 %	0	0 %	1	17 %
Hessen (n=22)	13	59 %	2	9 %	7	32 %
Mecklenburg-Vorpommern (n=14)	6	43 %	0	0 %	5	36 %
Niedersachsen (n=16)	13	81 %	2	13 %	1	6 %
Nordrhein-Westfalen (n=23)	14	61 %	2	9 %	7	30 %
Rheinland-Pfalz (n=12)	7	58 %	1	8 %	5	42 %
Saarland (n=5)	2	40 %	0	0 %	1	20 %
Sachsen (n=11)	5	45 %	4	36 %	3	27 %
Sachsen-Anhalt (n=13)	5	38 %	3	23 %	5	38 %
Schleswig-Holstein (n=4)	2	50 %	0	0 %	1	25 %
Thüringen (n=17)	9	53 %	7	41 %	3	18 %
Gesamt (n=208)	112	54 %	37	18 %	61	29 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 mit etabliertem Jugendforum (n=208). Mehrfachnennungen sind möglich.

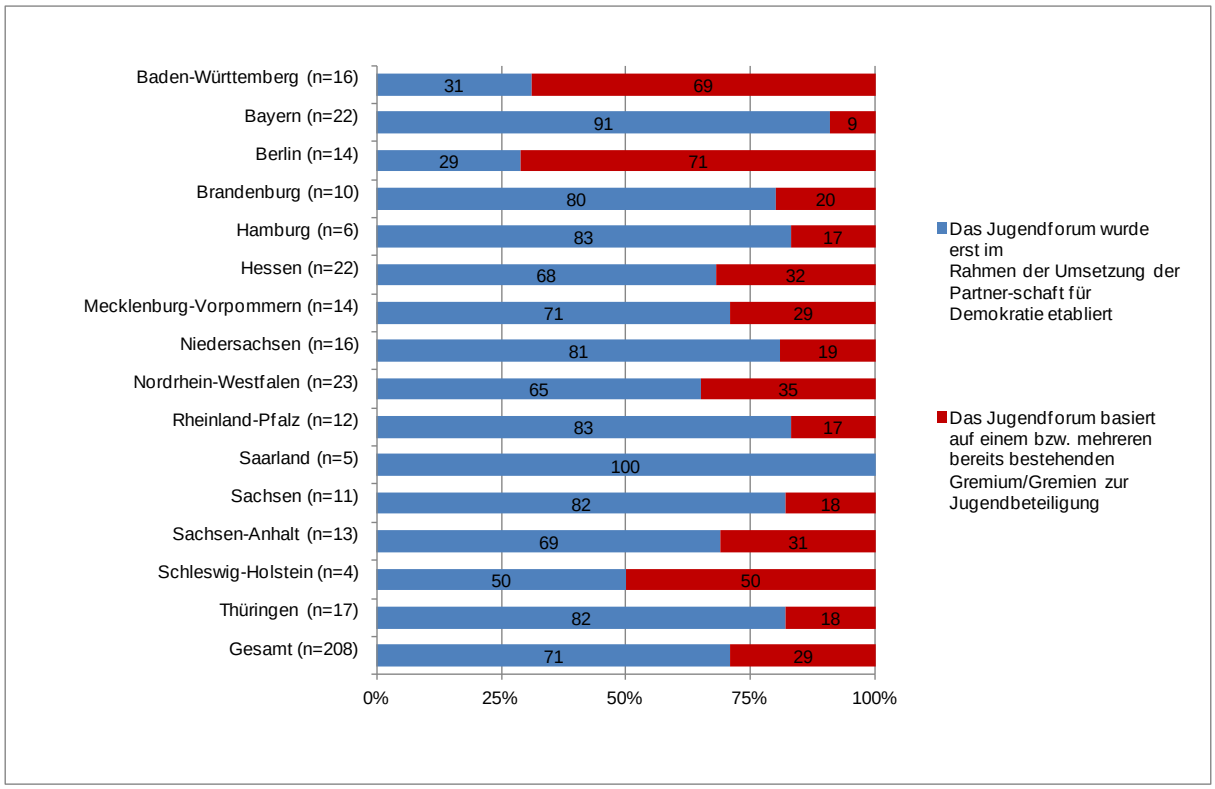
3.2.3.1.2 Anknüpfung an bestehende Strukturen

Tabelle 60: Etablierungskontext des Jugendforums

	Das Jugendforum wurde erst im Rahmen der Umsetzung der Partnerschaft für Demokratie etabliert		Das Jugendforum basiert auf einem bzw. mehreren bereits bestehenden Gremium/Gremien zur Jugendbeteiligung	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Baden-Württemberg (n=16)	5	31 %	11	69 %
Bayern (n=22)	20	91 %	2	9 %
Berlin (n=14)	4	29 %	10	71 %
Brandenburg (n=10)	8	80 %	2	20 %
Hamburg (n=6)	5	83 %	1	17 %
Hessen (n=22)	15	68 %	7	32 %
Mecklenburg-Vorpommern (n=14)	10	71 %	4	29 %
Niedersachsen (n=16)	13	81 %	3	19 %
Nordrhein-Westfalen (n=23)	15	65 %	8	35 %
Rheinland-Pfalz (n=12)	10	83 %	2	17 %
Saarland (n=5)	5	100 %	0	0 %
Sachsen (n=11)	9	82 %	2	18 %
Sachsen-Anhalt (n=13)	9	69 %	4	31 %
Schleswig-Holstein (n=4)	2	50 %	2	50 %
Thüringen (n=17)	14	82 %	3	18 %
Gesamt (n=208)	147	71 %	61	29 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 mit etabliertem Jugendforum (n=208).

Abbildung 9: Etablierungskontext des Jugendforums



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 mit etabliertem Jugendforum (n=208).

Tabelle 61: Etablierungskontext des Jugendforums (Kommunen)

	Das Jugendforum wurde erst im Rahmen der Umsetzung der Partnerschaft für Demokratie etabliert		Das Jugendforum basiert auf einem bzw. mehreren bereits bestehenden Gremium/Gremien zur Jugendbeteiligung	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Baden-Württemberg (n=14)	3	21 %	11	79 %
Bayern (n=13)	11	85 %	2	15 %
Berlin (n=12)	4	33 %	8	67 %
Brandenburg (n=2)	2	100 %	0	0 %
Hamburg (n=6)	5	83 %	1	17 %
Hessen (n=10)	6	60 %	4	40 %
Mecklenburg-Vorpommern (n=5)	3	60 %	2	40 %
Niedersachsen (n=10)	7	70 %	3	30 %
Nordrhein-Westfalen (n=21)	13	62 %	8	38 %
Rheinland-Pfalz (n=7)	6	86 %	1	14 %
Saarland (n=2)	2	100 %	0	0 %
Sachsen (n=7)	5	71 %	2	29 %
Sachsen-Anhalt (n=6)	3	50 %	3	50 %
Schleswig-Holstein (n=3)	1	33 %	2	67 %
Thüringen (n=5)	3	60 %	2	40 %
Gesamt (n=124)	75	60 %	49	40 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 mit etabliertem Jugendforum aus Kommunen (n=124).

Tabelle 62: Etablierungskontext des Jugendforums (Landkreise)

	Das Jugendforum wurde erst im Rahmen der Umsetzung der Partnerschaft für Demokratie etabliert		Das Jugendforum basiert auf einem bzw. mehreren bereits bestehenden Gremium/Gremien zur Jugendbeteiligung	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Baden-Württemberg (n=2)	2	100 %	0	0 %
Bayern (n=8)	8	100 %	0	0 %
In Berlin gibt es keine Partnerschaften für Demokratie mit etabliertem Jugendforum in Landkreisen.				
Brandenburg (n=6)	4	67 %	2	33 %
In Hamburg gibt es keine Partnerschaften für Demokratie mit etabliertem Jugendforum in Landkreisen.				
Hessen (n=8)	5	63 %	3	38 %
Mecklenburg-Vorpommern (n=2)	1	50 %	1	50 %
Niedersachsen (n=5)	5	100 %	0	0 %
Nordrhein-Westfalen (n=2)	2	100 %	0	0 %
Rheinland-Pfalz (n=3)	2	67 %	1	33 %
Saarland (n=2)	2	100 %	0	0 %
Sachsen (n=3)	3	100 %	0	0 %
Sachsen-Anhalt (n=5)	4	80 %	1	20 %
Schleswig-Holstein (n=1)	1	100 %	0	0 %
Thüringen (n=11)	10	91 %	1	9 %
Gesamt (n=58)	49	84 %	9	16 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 mit etabliertem Jugendforum aus Landkreisen (n=58).

Tabelle 63: Etablierungskontext des Jugendforums (Zusammenschlüsse von Gebietskörperschaften)

	Das Jugendforum wurde erst im Rahmen der Umsetzung der Partnerschaft für Demokratie etabliert		Das Jugendforum basiert auf einem bzw. mehreren bereits bestehenden Gremium/Gremien zur Jugendbeteiligung	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
In Baden-Württemberg gibt es keine Partnerschaften für Demokratie mit etabliertem Jugendforum in Zusammenschlüssen von Gebietskörperschaften.				
Bayern (n=1)	1	100 %	0	0 %
Berlin (n=2)	0	0 %	2	100 %
Brandenburg (n=2)	2	100 %	0	0 %
In Hamburg gibt es keine Partnerschaften für Demokratie mit etabliertem Jugendforum in Zusammenschlüssen von Gebietskörperschaften.				
Hessen (n=4)	4	100 %	0	0 %
Mecklenburg-Vorpommern (n=7)	6	86 %	1	14 %
Niedersachsen (n=1)	1	100 %	0	0 %
In Nordrhein-Westfalen gibt es keine Partnerschaften für Demokratie mit etabliertem Jugendforum in Zusammenschlüssen von Gebietskörperschaften.				
Rheinland-Pfalz (n=2)	2	100 %	0	0 %
Saarland (n=1)	1	100 %	0	0 %
Sachsen (n=1)	1	100 %	0	0 %
Sachsen-Anhalt (n=2)	2	100 %	0	0 %
Schleswig-Holstein (n=0)				
Thüringen (n=1)	1	100 %	0	0 %
Gesamt (n=26)	23	88 %	3	12 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 mit etabliertem Jugendforum aus Zusammenschlüssen von Gebietskörperschaften (n=26).

3.2.3.2 Jugendpartizipation in den Partnerschaften für Demokratie

3.2.3.2.1 Aufgaben des Jugendforums

Tabelle 64: Formen der Realisierung von Jugendbeteiligung bei konstituiertem Jugendforum (Anteil der „Ja“-Antworten)

	Projektorientierte Beteiligungsform (thematisch und zeitliche begrenztes Engagement)		Kinder- und Jugendlichenvertretung in Erwachsenengremien über den Begleitausschuss hinaus (Beteiligung der Jugendlichen in Foren, Demokratiekonferenzen etc.)		Offene oder repräsentative jugendspezifische Beteiligungsform (Jugendhearings, Jugendstadtteilkonferenzen etc.)		Beteiligung in Einrichtungen der Offenen Jugendarbeit		Beteiligung bei der kommunalen Jugendhilfeplanung (z.B. Jugendförderpläne)		Kann ich (noch) nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Baden-Württemberg (n=16)	12	75 %	11	69 %	9	56 %	9	56 %	4	25 %	1	6 %
Bayern (n=22)	20	91 %	11	50 %	9	41 %	7	32 %	2	9 %	1	5 %
Berlin (n=14)	10	71 %	1	7 %	6	43 %	5	36 %	0	0 %	1	7 %
Brandenburg (n=10)	8	80 %	8	80 %	5	50 %	8	80 %	1	10 %	0	0 %
Hamburg (n=6)	6	100%	4	67 %	2	33 %	4	67 %	0	0 %	0	0 %
Hessen (n=22)	20	91 %	12	55 %	5	23 %	8	36 %	2	9 %	1	5 %
Mecklenburg-Vorpommern (n=14)	10	71 %	6	43 %	4	29 %	8	57 %	0	0 %	1	7 %
Niedersachsen (n=16)	13	81 %	8	50 %	3	19 %	6	38 %	1	6 %	1	6 %
Nordrhein-Westfalen (n=23)	18	78 %	16	70 %	7	30 %	13	57 %	5	22 %	0	0 %

	Projektorientierte Beteiligungsform (thematisch und zeitliche begrenztes Engagement)		Kinder- und Jugendlichenvertretung in Erwachsenengremien über den Begleitausschuss hinaus (Beteiligung der Jugendlichen in Foren, Demokratiekonferenzen etc.)		Offene oder repräsentative jugendspezifische Beteiligungsform (Jugendhearings, Jugendstadtteilkonferenzen etc.)		Beteiligung in Einrichtungen der Offenen Jugendarbeit		Beteiligung bei der kommunalen Jugendhilfeplanung (z.B. Jugendförderpläne)		Kann ich (noch) nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Rheinland-Pfalz (n=12)	10	83 %	4	33 %	1	8 %	4	33 %	1	8 %	2	17 %
Saarland (n=5)	5	100%	1	20 %	2	40 %	3	60 %	0	0 %	0	0 %
Sachsen (n=11)	9	82 %	6	55 %	6	55 %	2	18 %	0	0 %	1	9 %
Sachsen-Anhalt (n=13)	10	77 %	7	54 %	4	31 %	7	54 %	1	8 %	0	0 %
Schleswig-Holstein (n=4)	4	100%	3	75 %	1	25 %	1	25 %	2	50 %	0	0 %
Thüringen (n=17)	16	94 %	12	71 %	5	29 %	8	47 %	5	29 %	0	0 %
Gesamt (n=208)	174	84 %	112	54 %	70	34 %	96	46 %	25	12 %	9	4 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 mit etabliertem Jugendforum (n=208). Mehrfachnennungen sind möglich.

3.2.3.2.2 Beteiligung der Jugendlichen im Rahmen des politischen Prozesses der Partnerschaften für Demokratie

Tabelle 65: Realisierte Jugendbeteiligung nach Phasen des politischen Prozesses (Anteil der „Ja“-Antworten)

	Problem-definition und Zielbestim-mung		Beteiligung bei der Ideen- und Vor-schlagsentwic klung		Beteiligung bei Entschei-dungen		Beteiligung bei der Pla-nung		Umsetzung - Engagement und Verant-wortungsüber nahme		Kann ich (noch) nicht beurteilen	
	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent
Baden-Württem-berg (n=21)	9	43 %	16	76 %	17	81 %	15	71 %	17	81 %	3	14 %
Bayern (n=23)	8	35 %	18	78 %	16	70 %	11	48 %	9	39 %	4	17 %
Berlin (n=15)	5	33 %	12	80 %	12	80 %	10	67 %	12	80 %	0	0 %
Branden-burg (n=15)	10	67 %	13	87 %	12	80 %	8	53 %	10	67 %	2	13 %
Hamburg (n=7)	4	57 %	6	86 %	6	86 %	6	86 %	5	71 %	1	14 %
Hessen (n=29)	19	66 %	23	79 %	17	59 %	19	66 %	16	55 %	6	21 %
Mecklen-burg-Vorpom-mern (n=18)	4	22 %	12	67 %	10	56 %	5	28 %	9	50 %	3	17 %
Nieder-sachsen (n=18)	11	61 %	15	83 %	14	78 %	13	72 %	13	72 %	2	11 %
Nordrhein-Westfalen (n=30)	17	57 %	21	70 %	20	67 %	18	60 %	16	53 %	7	23 %
Rheinland-Pfalz (n=14)	7	50 %	10	71 %	7	50 %	7	50 %	6	43 %	4	29 %
Saarland (n=5)	5	100%	5	100%	5	100%	5	100%	4	80 %	0	0 %
Sachsen (n=18)	5	28 %	9	50 %	8	44 %	7	39 %	8	44 %	8	44 %

	Problem-definition und Zielbestim-mung		Beteiligung bei der Ideen- und Vor-schlagsentwic klung		Beteiligung bei Entschei-dungen		Beteiligung bei der Pla-nung		Umsetzung - Engagement und Verant-wortungsüber nahme		Kann ich (noch) nicht beurteilen	
	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent	Ab-solut	In Pro-zent
Sachsen-Anhalt (n=19)	7	37 %	11	58 %	9	47 %	8	42 %	8	42 %	7	37 %
Schleswig-Holstein (n=6)	4	67 %	5	83 %	4	67 %	3	50 %	5	83 %	0	0 %
Thüringen (n=23)	8	35 %	18	78 %	15	65 %	15	65 %	14	61 %	5	22 %
Gesamt (N=264)	125	47 %	197	75 %	174	66 %	152	58 %	154	58 %	52	20 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264). Mehrfachnennungen sind möglich oder „Kann ich (noch) nicht beurteilen.

3.2.3.2.3 Mitbestimmung durch Jugendliche

Tabelle 66: Stimmrecht von Mitgliedern der Jugendforen in Begleitausschüssen

	Ja		Nein		Kann ich (noch) nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Baden-Württemberg (n=16)	13	81 %	3	19 %	0	0 %
Bayern (n=22)	20	91 %	2	9 %	0	0 %
Berlin (n=12)	4	33 %	8	67 %	0	0 %
Brandenburg (n=10)	9	90 %	1	10 %	0	0 %
Hamburg (n=5)	4	80 %	0	0 %	1	20 %
Hessen (n=21)	18	86 %	2	10 %	1	5 %
Mecklenburg-Vorpommern (n=13)	8	62 %	5	38 %	0	0 %
Niedersachsen (n=16)	14	88 %	1	6 %	1	6 %
Nordrhein-Westfalen (n=22)	20	91 %	1	5 %	1	5 %
Rheinland-Pfalz (n=11)	10	91 %	1	9 %	0	0 %
Saarland (n=5)	3	60 %	1	20 %	1	20 %
Sachsen (n=10)	6	60 %	4	40 %	0	0 %
Sachsen-Anhalt (n=13)	11	85 %	2	15 %	0	0 %
Schleswig-Holstein (n=4)	3	75 %	1	25 %	0	0 %
Thüringen (n=17)	15	88 %	2	12 %	0	0 %
Gesamt (n=200)	160	80 %	34	17 %	6	3 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 mit etabliertem Jugendforum und konstituiertem Begleitausschuss (n=200).

Tabelle 67: Eigenständige Entscheidung der Mitglieder des Jugendforums über die Vergabe der Fördermittel aus dem Jugendfonds

	Ja		Nein		Kann ich (noch) nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Baden-Württemberg (n=16)	12	75 %	3	19 %	1	6 %
Bayern (n=22)	22	100 %	0	0 %	0	0 %
Berlin (n=14)	14	100 %	0	0 %	0	0 %
Brandenburg (n=10)	9	90 %	0	0 %	1	10 %
Hamburg (n=6)	6	100 %	0	0 %	0	0 %
Hessen (n=22)	19	86 %	1	5 %	2	9 %
Mecklenburg-Vorpommern (n=14)	12	86 %	1	7 %	1	7 %
Niedersachsen (n=16)	15	94 %	0	0 %	1	6 %
Nordrhein-Westfalen (n=23)	22	96 %	1	4 %	0	0 %
Rheinland-Pfalz (n=12)	12	100 %	0	0 %	0	0 %
Saarland (n=5)	5	100 %	0	0 %	0	0 %
Sachsen (n=11)	11	100 %	0	0 %	0	0 %
Sachsen-Anhalt (n=13)	12	92 %	1	8 %	0	0 %
Schleswig-Holstein (n=4)	4	100 %	0	0 %	0	0 %
Thüringen (n=17)	17	100 %	0	0 %	0	0 %
Gesamt (n=208)	195	94 %	7	3 %	6	3 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 mit etabliertem Jugendforum (n=208).

3.3 Geförderte Projekte und Initiativen

3.3.1 Zielgruppen der Projekte und Initiativen

Tabelle 68: Gesamt: Zielgruppen der im Jahr 2016 geförderten Projekte/Initiativen

	Anzahl	In Prozent
Kinder in Kindertagesstätten	41	18 %
Kinder/Jugendliche in Schulen	193	83 %
Kinder/Jugendliche in außerschulischen Einrichtungen	180	78 %
Kinder/Jugendliche mit Migrationshintergrund	197	85 %
Kinder/Jugendliche aus bildungsfernen Milieus	150	65 %
Radikalisierungsgefährdete Kinder/Jugendliche	72	31 %
Ehrenamtlich engagierte Kinder/Jugendliche	141	61 %
Eltern bzw. Erziehungsberechtigte	142	61 %
Pädagogische Fachkräfte (Erzieher/innen, Lehrer/innen, Mitarbeiter/innen in der Jugendarbeit, etc.)	176	76 %
Erwachsene mit Migrationshintergrund	186	80 %
Erwachsene ohne Migrationshintergrund	176	76 %
Zivilgesellschaftlich engagierte Erwachsene (z.B. Ehrenamtliche in Vereinen/Verbänden, etc.)	188	81 %
Menschen mit Behinderung	59	25 %
Asylsuchende/Geflüchtete	202	87 %
Staatliche Akteure (z.B. Mitarbeiter/innen in der Verwaltung)	97	42 %
Breite Öffentlichkeit/Bürger/innen	206	89 %
Sonstiges	7	3 %
Kann ich (noch) nicht beurteilen	1	0 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen des ersten bis dritten Interessenbekundungsverfahrens 2017 (n=232). Mehrfachnennungen sind möglich oder „Kann ich (noch) nicht beurteilen“.

Tabelle 69: Thüringen: Zielgruppen der im Jahr 2016 geförderten Projekte/ Initiativen

	Anzahl	In Prozent
Kinder in Kindertagesstätten	3	14 %
Kinder/Jugendliche in Schulen	22	100 %
Kinder/Jugendliche in außerschulischen Einrichtungen	20	91 %
Kinder/Jugendliche mit Migrationshintergrund	20	91 %
Kinder/Jugendliche aus bildungsfernen Milieus	16	73 %
Radikalisierungsgefährdete Kinder/Jugendliche	8	36 %
Ehrenamtlich engagierte Kinder/Jugendliche	18	82 %
Eltern bzw. Erziehungsberechtigte	16	73 %
Pädagogische Fachkräfte (Erzieher/innen, Lehrer/innen, Mitarbeiter/innen in der Jugendarbeit, etc.)	18	82 %
Erwachsene mit Migrationshintergrund	20	91 %
Erwachsene ohne Migrationshintergrund	21	95 %
Zivilgesellschaftlich engagierte Erwachsene (z.B. Ehrenamtliche in Vereinen/Verbänden, etc.)	21	95 %
Menschen mit Behinderung	7	32 %
Asylsuchende/Geflüchtete	21	95 %
Staatliche Akteure (z.B. Mitarbeiter/innen in der Verwaltung)	7	32 %
Breite Öffentlichkeit/Bürger/innen	22	100 %
Sonstiges	2	9 %
Kann ich (noch) nicht beurteilen	0	0 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen des ersten bis dritten Interessenbekundungsverfahrens 2017 aus Thüringen (n=22). Mehrfachnennungen sind möglich oder „Kann ich (noch) nicht beurteilen“.

3.3.2 Projekte und Initiativen differenziert nach Arbeitsschwerpunkten

Tabelle 70: Gesamt: Bewilligte Projekte/Initiativen im Jahr 2016 differenziert nach Schwerpunkten

	Anzahl der geförderten Projekte/Initiativen	Anteil an der Gesamtzahl der geförderten Projekte/Initiativen
Anzahl der bewilligten Projekte/Initiativen insgesamt:	4406	100 %
Aktuelle Formen des Antisemitismus	88	2 %
Aktuelle Formen von Islam-/Muslimfeindlichkeit	137	3 %
Antiziganismus	19	0 %
Homo- und Transfeindlichkeit	52	1 %
Demokratiestärkung im ländlichen Raum	731	17 %
Rechtsextreme Orientierungen und Handlungen	410	9 %
Islamistische Orientierungen und Handlungen	53	1 %
Linke Militanz	0	0 %
Förderung einer Willkommens- und Anerkennungskultur für Asylsuchende/Geflüchtete	1274	29 %
Demokratieförderung	1057	24 %
Gender Mainstreaming	45	1 %
Diversity Mainstreaming	123	3 %
Inklusion (von Menschen mit Beeinträchtigung/Behinderung)	75	2 %
Sonstiges	342	8 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen des ersten bis dritten Interessensbekundungsverfahrens 2017 (n=232).

Tabelle 71: Thüringen: Bewilligte Projekte/Initiativen im Jahr 2016 differenziert nach Schwerpunkten

	Anzahl der geförderten Projekte/Initiativen	Anteil an der Gesamtzahl der geförderten Projekte/Initiativen
Anzahl der bewilligten Projekte/Initiativen insgesamt:	534	100 %
Aktuelle Formen des Antisemitismus	11	2 %
Aktuelle Formen von Islam-/Muslimfeindlichkeit	7	1 %
Antiziganismus	1	0 %
Homo- und Transfeindlichkeit	2	0 %
Demokratiestärkung im ländlichen Raum	92	17 %
Rechtsextreme Orientierungen und Handlungen	82	15 %
Islamistische Orientierungen und Handlungen	1	0 %
Linke Militanz	0	0 %
Förderung einer Willkommens- und Anerkennungskultur für Asylsuchende/Geflüchtete	164	31 %
Demokratieförderung	105	20 %
Gender Mainstreaming	7	1 %
Diversity Mainstreaming	5	1 %
Inklusion (von Menschen mit Beeinträchtigung/Behinderung)	6	1 %
Sonstiges	51	10 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen des ersten bis dritten Interessensbekundungsverfahrens 2017 aus Thüringen (n=22).

3.3.3 Projekte und Initiativen differenziert nach Fonds

Tabelle 72: Bewilligte Projekte/Initiativen aus Mitteln des Bundesprogramms im Jahr 2016 differenziert nach spezifischer Finanzierungsquelle

	Bewilligte Projekte/Initiativen aus Mitteln des Bundesprogramms		davon aus den Mitteln des Aktions- und Initiativfonds		davon aus den Mitteln des Jugendfonds		davon aus den Mitteln des Fonds für die Partizipation, Vernetzung, Öffentlichkeitsarbeit und Coaching	
	Anzahl	Anteil an der Gesamtzahl der aus Bundesmitteln geförderten Projekte/Initiativen	Anzahl	Anteil an der Gesamtzahl der aus Bundesmitteln geförderten Projekte/Initiativen	Anzahl	Anteil an der Gesamtzahl der aus Bundesmitteln geförderten Projekte/Initiativen	Anzahl	Anteil an der Gesamtzahl der aus Bundesmitteln geförderten Projekte/Initiativen
Baden-Württemberg (n=15)	223	100 %	155	70 %	48	22 %	20	9 %
Bayern (n=21)	361	100 %	272	75 %	77	21 %	12	3 %
Berlin (n=14)	217	100 %	126	58 %	64	29 %	27	12 %
Brandenburg (n=15)	298	100 %	209	70 %	55	18 %	34	11 %
Hamburg (n=5)	55	100 %	35	64 %	17	31 %	3	5 %
Hessen (n=23)	358	100 %	268	75 %	57	16 %	33	9 %
Mecklenburg-Vorpommern (n=16)	305	100 %	235	77 %	47	15 %	23	8 %
Niedersachsen (n=17)	280	100 %	223	80 %	43	15 %	14	5 %
Nordrhein-Westfalen (n=26)	392	100 %	279	71 %	65	17 %	48	12 %
Rheinland-Pfalz (n=12)	174	100 %	108	62 %	40	23 %	26	15 %
Saarland (n=5)	59	100 %	45	76 %	12	20 %	2	3 %

	Bewilligte Projekte/Initiativen aus Mitteln des Bundesprogramms		davon aus den Mitteln des Aktions- und Initiativfonds		davon aus den Mitteln des Jugendfonds		davon aus den Mitteln des Fonds für die Partizipation, Vernetzung, Öffentlichkeitsarbeit und Coaching	
	Anzahl	Anteil an der Gesamtzahl der aus Bundesmitteln geförderten Projekte/Initiativen	Anzahl	Anteil an der Gesamtzahl der aus Bundesmitteln geförderten Projekte/Initiativen	Anzahl	Anteil an der Gesamtzahl der aus Bundesmitteln geförderten Projekte/Initiativen	Anzahl	Anteil an der Gesamtzahl der aus Bundesmitteln geförderten Projekte/Initiativen
Sachsen (n=16)	414	100 %	337	81 %	59	14 %	18	4 %
Sachsen-Anhalt (n=18)	372	100 %	274	74 %	62	17 %	36	10 %
Schleswig-Holstein (n=4)	63	100 %	39	62 %	13	21 %	11	17 %
Thüringen (n=22)	525	100 %	402	77 %	84	16 %	39	7 %
Gesamt (n=232)	4176	100 %	3050	73 %	766	18 %	360	9 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen des ersten bis dritten Interessensbekundungsverfahrens 2017 (n=232).

3.4 Vernetzung und Öffentlichkeitsarbeit

3.4.1 Formate der Öffentlichkeitsarbeit

Tabelle 73: Gesamt: (Geplante) Aktivitäten zur Umsetzung der Öffentlichkeitsarbeit für das Jahr 2017

	Anzahl	In Prozent
Einrichtung bzw. Pflege einer eigenen Webseite für die Partnerschaft für Demokratie	212	80 %
Einrichtung bzw. Pflege eigener Profile der Partnerschaft für Demokratie in sozialen Medien (z.B. Facebook, Twitter, Youtube, etc.)	121	46 %
Regelmäßige Presseerklärungen bzw. Pressemitteilungen (z.B. zu Projekten und/oder Aktivitäten der Partnerschaft für Demokratie)	221	84 %
Beitrag im Fernsehen/Radio	45	17 %
Erstellung eines Films/Videos	63	24 %
Aktionen/Infostände/Ausstellungen im öffentlichen Raum	200	76 %
Umsetzung von Fundraisingsaktionen, Crowdfunding, etc.	13	5 %
Erstellung (neuer) Materialien zu programmrelevanten Aktivitäten (z.B. Banner, Flyer, Poster, Broschüren, etc.)	207	78 %
Informationsveranstaltungen/Fachtage zu programm-relevanten Themen	152	58 %
Keine der Genannten	1	0 %
Kann ich (noch) nicht beurteilen	4	2 %

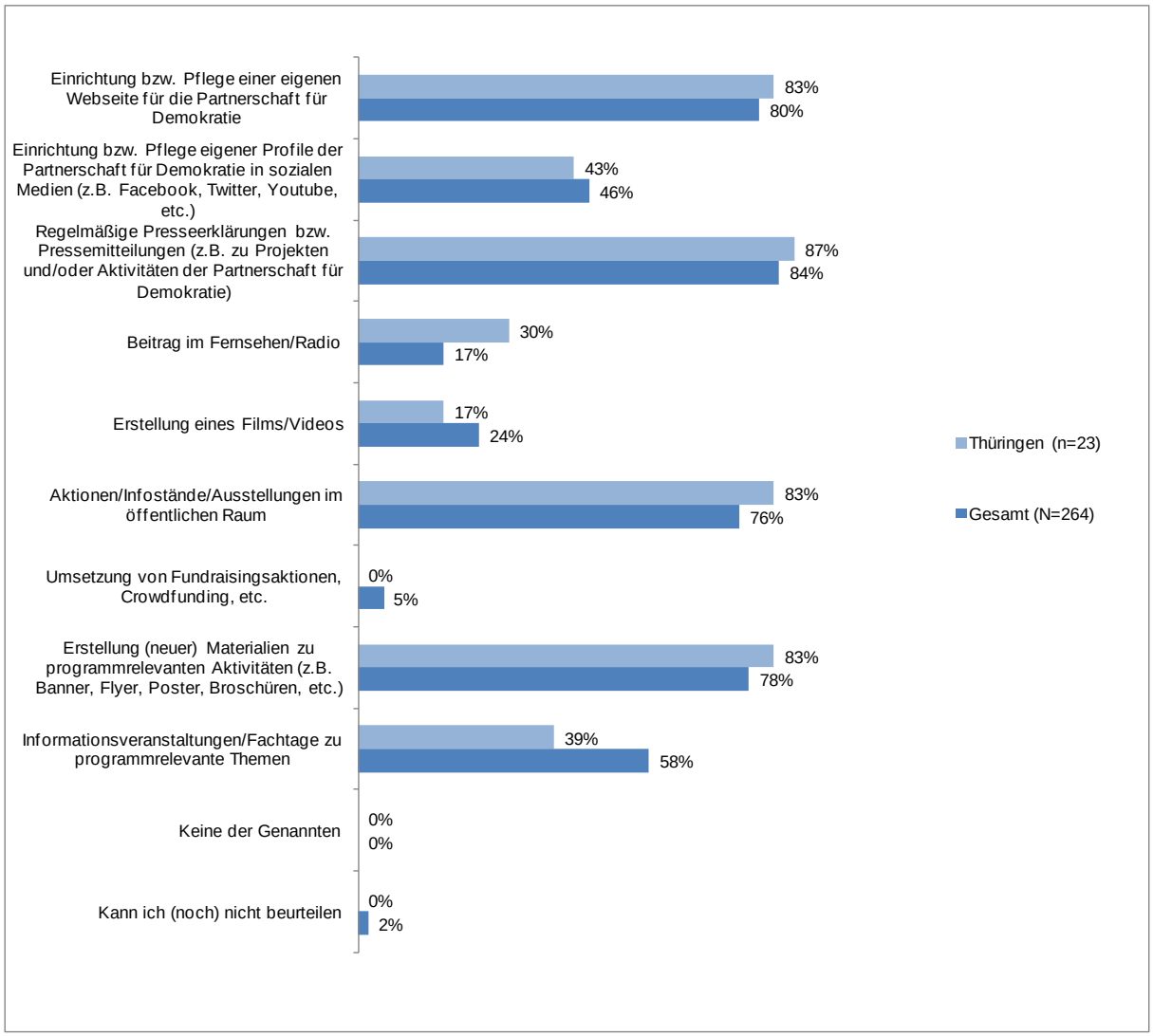
Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264). Mehrfachnennungen sind möglich oder „Keine der Genannten“ bzw. „Kann ich (noch) nicht beurteilen“.

Tabelle 74: Thüringen: (Geplante) Aktivitäten zur Umsetzung der Öffentlichkeitsarbeit für das Jahr 2017

	Anzahl	In Prozent
Einrichtung bzw. Pflege einer eigenen Webseite für die Partnerschaft für Demokratie	19	83 %
Einrichtung bzw. Pflege eigener Profile der Partnerschaft für Demokratie in sozialen Medien (z.B. Facebook, Twitter, Youtube, etc.)	10	43 %
Regelmäßige Presseerklärungen bzw. Pressemitteilungen (z.B. zu Projekten und/oder Aktivitäten der Partnerschaft für Demokratie)	20	87 %
Beitrag im Fernsehen/Radio	7	30 %
Erstellung eines Films/Videos	4	17 %
Aktionen/Infostände/Ausstellungen im öffentlichen Raum	19	83 %
Umsetzung von Fundraisingsaktionen, Crowdfunding, etc.	0	0 %
Erstellung (neuer) Materialien zu programmrelevanten Aktivitäten (z.B. Banner, Flyer, Poster, Broschüren, etc.)	19	83 %
Informationsveranstaltungen/Fachtage zu programm-relevanten Themen	9	39 %
Keine der Genannten	0	0 %
Kann ich (noch) nicht beurteilen	0	0 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 aus Thüringen (n=23). Mehrfachnennungen sind möglich oder „Keine der Genannten“ bzw. „Kann ich (noch) nicht beurteilen“.

Abbildung 10: Thüringen: (Geplante) Aktivitäten zur Umsetzung der Öffentlichkeitsarbeit für das Jahr 2017



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264). Mehrfachnennungen sind möglich oder „Keine der Genannten“ bzw. „Kann ich (noch) nicht beurteilen“.

3.4.2 Kenntnisse über und Vernetzung mit weiteren (Programm-)Akteuren

3.4.2.1 Kenntnis über andere relevante (Programm-)Akteur/innen

Tabelle 75: Gesamt: Kenntnis über andere relevante (Programm-)Akteure

	Gut informiert		Eher gut informiert		Eher schlecht informiert		Schlecht informiert	
	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent
Andere Partnerschaft(en) für Demokratie aus der gleichen Region	110	42 %	110	42 %	34	13 %	10	4 %
Andere Partnerschaft(en) für Demokratie über die eigene Region hinaus	26	10 %	103	39 %	104	39 %	31	12 %
Landeskoordinator/in Demokratie-zentren/Beratungsnetzwerke	67	25 %	108	41 %	65	25 %	24	9 %
Mobile Berater/in	61	23 %	95	36 %	76	29 %	32	12 %
Opferberater/in	32	12 %	85	32 %	94	36 %	53	20 %
Ausstiegsberater/in	12	5 %	71	27 %	111	42 %	70	27 %
Weitere Mitglieder der Landes-Beratungsnetzwerke	14	5 %	72	27 %	110	42 %	68	26 %
Träger der Modellprojekte zur Radikalisierungsprävention im Bereich rechtsextreme Orientierung und Handlungen	11	4 %	72	27 %	107	41 %	74	28 %
Träger der Modellprojekte zur Radikalisierungsprävention im Bereich islamistische Orientierungen und Handlungen	17	6 %	49	19 %	103	39 %	95	36 %
Träger der Modellprojekte zur Radikalisierungsprävention im Bereich linke Militanz	2	1 %	16	6 %	102	39 %	144	55 %
Träger der Modellprojekte zur Demokratiestärkung im ländlichen Raum	11	4 %	49	19 %	96	36 %	108	41 %
Träger der Modellprojekte zu aktuellen Themen des Antisemitis-mus	3	1 %	40	15 %	110	42 %	111	42 %
Träger der Modellprojekte zur Islamfeindlichkeit	9	3 %	53	20 %	102	39 %	100	38 %
Träger der Modellprojekte zum Antiziganismus	3	1 %	31	12 %	113	43 %	117	44 %

	Gut informiert		Eher gut informiert		Eher schlecht informiert		Schlecht informiert	
	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent
Träger der Modellprojekte zu Homo-feindlichkeit und Transgender	2	1 %	32	12 %	117	44 %	113	43 %
Einzelne Wissenschaftler/innen und/oder Forschungsinstitute	13	5 %	79	30 %	101	38 %	71	27 %
Antidiskriminierungsberater/in	10	4 %	54	20 %	103	39 %	97	37 %
NGOs in der Strukturförderung zum bundeszentralen Träger	2	1 %	36	14 %	99	38 %	127	48 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264). Mehrfachnennungen sind möglich.

Tabelle 76: Thüringen: Kenntnis über andere relevante (Programm-)Akteure

	Gut informiert		Eher gut informiert		Eher schlecht informiert		Schlecht informiert	
	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent
Andere Partnerschaft(en) für Demokratie aus der gleichen Region	12	52 %	9	39 %	1	4 %	1	4 %
Andere Partnerschaft(en) für Demokratie über die eigene Region hinaus	2	9 %	12	52 %	6	26 %	3	13 %
Landeskoordinator/in Demokratie-zentren/Beratungsnetzwerke	5	22 %	8	35 %	9	39 %	1	4 %
Mobile Berater/in	9	39 %	10	43 %	3	13 %	1	4 %
Opferberater/in	2	9 %	12	52 %	8	35 %	1	4 %
Ausstiegsberater/in	0	0 %	10	43 %	10	43 %	3	13 %
Weitere Mitglieder der Landes-Beratungsnetzwerke	1	4 %	7	30 %	11	48 %	4	17 %
Träger der Modellprojekte zur Radikalisierungsprävention im Bereich rechtsextreme Orientierung und Handlungen	0	0 %	12	52 %	9	39 %	2	9 %
Träger der Modellprojekte zur Radikalisierungsprävention im Bereich islamistische Orientierungen und Handlungen	0	0 %	2	9 %	13	57 %	8	35 %
Träger der Modellprojekte zur Radikalisierungsprävention im Bereich linke Militanz	0	0 %	2	9 %	10	43 %	11	48 %
Träger der Modellprojekte zur Demokratiestärkung im ländlichen Raum	1	4 %	8	35 %	9	39 %	5	22 %
Träger der Modellprojekte zu aktuellen Themen des Antisemitis-mus	0	0 %	5	22 %	9	39 %	9	39 %
Träger der Modellprojekte zur Islamfeindlichkeit	0	0 %	1	4 %	13	57 %	9	39 %
Träger der Modellprojekte zum Antiziganismus	0	0 %	1	4 %	11	48 %	11	48 %
Träger der Modellprojekte zu Homo-feindlichkeit und Transgender	0	0 %	1	4 %	12	52 %	10	43 %
Einzelne Wissenschaftler/innen und/oder Forschungsinstitute	1	4 %	11	48 %	8	35 %	3	13 %

	Gut informiert		Eher gut informiert		Eher schlecht informiert		Schlecht informiert	
	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent	Abso-lut	In Pro-zent
Antidiskriminierungsberater/in	0	0 %	2	9 %	12	52 %	9	39 %
NGOs in der Strukturförderung zum bundeszentralen Träger	0	0 %	1	4 %	13	57 %	9	39 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 aus Thüringen (n=9). Mehrfachnennungen sind möglich.

3.4.2.2 Zusammenarbeit mit anderen relevanten (Programm-)Akteur/innen

Tabelle 77: Gesamt: Form der Zusammenarbeit mit relevanten (Programm-)Akteuren (Anteil der „Ja“-Antworten)

	Ausschließlich informeller Informationsaustausch		Formalisierter Informationsaustausch		Gemeinsame Durchführung von Maßnahmen/Veranstaltungen/ Projekten		Keine Zusammenarbeit im Jahr 2017 (vorgesehen)	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Andere Partnerschaft(en) für Demokratie aus der gleichen Region/dem gleichen Bundesland	116	44 %	137	52 %	91	34 %	22	8 %
Andere Partnerschaft(en) für Demokratie über die eigene Region hinaus	110	42 %	68	26 %	21	8 %	90	34 %
Landeskoordinator/in der Demokratiezentren/Beratungsnetzwerke	90	34 %	119	45 %	43	16 %	63	24 %
Mobile Berater/in	76	29 %	63	24 %	74	28 %	99	38 %
Opferberater/in	54	20 %	44	17 %	29	11 %	154	58 %
Ausstiegsberater/in	43	16 %	25	9 %	11	4 %	191	72 %
Weitere Mitglieder der Landesberatungsnetzwerke	69	26 %	42	16 %	19	7 %	150	57 %
Träger der Modellprojekte zur Radikalisierungsprävention im Bereich rechtsextreme Orientierung und Handlungen	47	18 %	42	16 %	24	9 %	166	63 %
Träger der Modellprojekte zur Radikalisierungsprävention im Bereich islamistische Orientierungen und Handlungen	39	15 %	35	13 %	28	11 %	178	67 %
Träger der Modellprojekte zur Radikalisierungsprävention im Bereich linke Militanz	12	5 %	6	2 %	0	0 %	246	93 %
Träger der Modellprojekte zur Demokratiestärkung im ländlichen Raum	46	17 %	33	13 %	21	8 %	184	70 %
Träger der Modellprojekte zu aktuellen Themen des Antisemitismus	27	10 %	21	8 %	3	1 %	216	82 %
Träger der Modellprojekte zur Islamfeindlichkeit	31	12 %	25	9 %	13	5 %	201	76 %

	Ausschließlich informeller Informationsaustausch		Formalisierter Informationsaustausch		Gemeinsame Durchführung von Maßnahmen/Veranstaltungen/ Projekten		Keine Zusammenarbeit im Jahr 2017 (vorgesehen)	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Träger der Modellprojekte zum Antiziganismus	29	11 %	15	6 %	2	1 %	221	84 %
Träger der Modellprojekte zu Homofeindlichkeit und Transgender	22	8 %	17	6 %	4	2 %	223	84 %
Einzelne Wissenschaftler/innen und/oder Forschungsinstitute	76	29 %	48	18 %	49	19 %	118	45 %
NGOs in der Strukturförderung zum bundeszentralen Träger	37	14 %	19	7 %	15	6 %	202	77 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264). Mehrfachnennungen sind möglich oder „Keine Zusammenarbeit“.

Tabelle 78: Thüringen: Form der Zusammenarbeit mit relevanten (Programm-) Akteuren (Anteil der „Ja“-Antworten)

	Ausschließlich informeller Informationsaustausch		Formalisierter Informationsaustausch		Gemeinsame Durchführung von Maßnahmen/Veranstaltungen/ Projekten		Keine Zusammenarbeit im Jahr 2017 (vorgesehen)	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Andere Partnerschaft(en) für Demokratie aus der gleichen Region/dem gleichen Bundesland	10	43 %	20	87 %	9	39 %	1	4 %
Andere Partnerschaft(en) für Demokratie über die eigene Region hinaus	9	39 %	7	30 %	4	17 %	7	30 %
Landeskoordinator/in der Demokratiezentren/Beratungsnetzwerke	3	13 %	11	48 %	3	13 %	8	35 %
Mobile Berater/in	11	48 %	10	43 %	11	48 %	2	9 %
Opferberater/in	5	22 %	4	17 %	6	26 %	12	52 %
Ausstiegsberater/in	2	9 %	3	13 %	1	4 %	17	74 %
Weitere Mitglieder der Landesberatungsnetzwerke	5	22 %	6	26 %	3	13 %	13	57 %
Träger der Modellprojekte zur Radikalisierungsprävention im Bereich rechtsextreme Orientierung und Handlungen	5	22 %	6	26 %	6	26 %	11	48 %
Träger der Modellprojekte zur Radikalisierungsprävention im Bereich islamistische Orientierungen und Handlungen	1	4 %	1	4 %	1	4 %	21	91 %
Träger der Modellprojekte zur Radikalisierungsprävention im Bereich linke Militanz	1	4 %	0	0 %	0	0 %	22	96 %
Träger der Modellprojekte zur Demokratiestärkung im ländlichen Raum	5	22 %	4	17 %	4	17 %	13	57 %
Träger der Modellprojekte zu aktuellen Themen des Antisemitismus	3	13 %	2	9 %	0	0 %	18	78 %
Träger der Modellprojekte zur Islamfeindlichkeit	1	4 %	2	9 %	1	4 %	20	87 %
Träger der Modellprojekte zum Antiziganismus	0	0 %	1	4 %	0	0 %	22	96 %
Träger der Modellprojekte zu Homofeindlichkeit und Transgender	1	4 %	2	9 %	0	0 %	20	87 %

	Ausschließlich informeller Informationsaustausch		Formalisierter Informationsaustausch		Gemeinsame Durchführung von Maßnahmen/Veranstaltungen/ Projekten		Keine Zusammenarbeit im Jahr 2017 (vorgesehen)	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Einzelne Wissenschaftler/innen und/oder Forschungsinstitute	9	39 %	6	26 %	5	22 %	6	26 %
NGOs in der Strukturförderung zum bundeszentralen Träger	3	13 %	3	13 %	1	4 %	16	70 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 aus Thüringen (n=23). Mehrfachnennungen sind möglich oder „Keine Zusammenarbeit“.

3.5 Integrierte Handlungsstrategie

3.5.1 (Fort-)Entwicklung der Strategie

3.5.1.1 Hat eine Fortentwicklung der Strategie stattgefunden?

Tabelle 79: Neuausrichtung der Partnerschaft für Demokratie

	Im Zuge der jährlichen Fortschreibung der integrierten Handlungsstrategie kam es zu einer umfassenden Neuausrichtung unserer Partnerschaft für Demokratie.		Im Zuge der jährlichen Fortschreibung der integrierten Handlungsstrategie kam es nicht zu einer umfassenden Neuausrichtung unserer Partnerschaft für Demokratie.	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Baden-Württemberg (n=15)	0	0 %	15	100 %
Bayern (n=21)	2	10 %	19	90 %
Berlin (n=14)	1	7 %	13	93 %
Brandenburg (n=15)	2	13 %	13	87 %
Hamburg (n=5)	1	20 %	4	80 %
Hessen (n=23)	1	4 %	22	96 %
Mecklenburg-Vorpommern (n=16)	2	13 %	14	88 %
Niedersachsen (n=17)	3	18 %	14	82 %
Nordrhein-Westfalen (n=26)	3	12 %	23	88 %
Rheinland-Pfalz (n=12)	2	17 %	10	83 %
Saarland (n=5)	0	0 %	5	100 %
Sachsen (n=16)	1	6 %	15	94 %
Sachsen-Anhalt (n=18)	2	11 %	16	89 %
Schleswig-Holstein (n=4)	0	0 %	4	100 %
Thüringen (n=22)	1	5 %	21	95 %
Gesamt (n=232)	21	9 %	211	91 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 des ersten bis dritten Interessenbekundungsverfahren (n=232).

3.5.1.2 Anlass für die Fortentwicklung der Strategie

Tabelle 80: Gesamt: Gründe für die Neuausrichtung der Partnerschaft für Demokratie

	Absolut	In Prozent
Geringerer Problemdruck im Bereich der bisherigen Arbeitsschwerpunkte bzw. bereits erzielte Erfolge bei deren Bearbeitung durch die Partnerschaft	6	29 %
Angestiegener Problemdruck in bisher nicht bearbeiteten Arbeitsschwerpunkten	7	33 %
Schwierigkeiten bei der Bearbeitung der ursprünglichen Arbeitsschwerpunkte (z. B. Mangel an geeigneten Projektträger/innen, mangelhafte Zielgruppenerreichung)	3	14 %
Andere Akteur/innen im Themenfeld bearbeiten/übernehmen bisherige Arbeitsschwerpunkte	3	14 %
Neue Akteur/innen beteiligten sich an der Partnerschaft für Demokratie	4	19 %
Veränderungen in der Akteurslandschaft in der Förderregion (z.B. Gründung neuer Vereine/Bürgerbündnisse/Netzwerke, Selbstorganisationsprozesse von Menschen mit Migrationshintergrund, Erschließung neuer Themenfelder durch relevante Akteur/innen)	3	14 %
Wechsel des Trägers bei der Koordinierungs- und Fachstelle	4	19 %
Neue ggf. auch überregionale Konzepte/Strategien	3	14 %
Steuernder Impuls aus Politik und/oder Verwaltung	2	10 %
Sonstiges	7	33 %
Kann ich nicht beurteilen	0	0 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen des ersten bis dritten Interessenbekundungsverfahrens 2017, die ihre Partnerschaft für Demokratie neu ausgerichtet haben (n=21). Mehrfachnennungen sind möglich oder „Kann ich nicht beurteilen“.

Tabelle 81: Thüringen: Gründe für die Neuausrichtung der Partnerschaft für Demokratie

	Absolut	In Prozent
Geringerer Problemdruck im Bereich der bisherigen Arbeitsschwerpunkte bzw. bereits erzielte Erfolge bei deren Bearbeitung durch die Partnerschaft	0	0 %
Angestiegener Problemdruck in bisher nicht bearbeiteten Arbeitsschwerpunkten	1	100 %
Schwierigkeiten bei der Bearbeitung der ursprünglichen Arbeitsschwerpunkte (z. B. Mangel an geeigneten Projektträger/innen, mangelhafte Zielgruppenerreichung)	0	0 %
Andere Akteur/innen im Themenfeld bearbeiten/übernehmen bisherige Arbeitsschwerpunkte	0	0 %
Neue Akteur/innen beteiligten sich an der Partnerschaft für Demokratie	0	0 %
Veränderungen in der Akteurslandschaft in der Förderregion (z.B. Gründung neuer Vereine/Bürgerbündnisse/Netzwerke, Selbstorganisationsprozesse von Menschen mit Migrationshintergrund, Erschließung neuer Themenfelder durch relevante Akteur/innen)	0	0 %
Wechsel des Trägers bei der Koordinierungs- und Fachstelle	0	0 %
Neue ggf. auch überregionale Konzepte/Strategien	0	0 %
Steuernder Impuls aus Politik und/oder Verwaltung	0	0 %
Sonstiges	0	0 %
Kann ich nicht beurteilen	0	0 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen des ersten bis dritten Interessenbekundungsverfahrens 2017 aus Thüringen, die ihre Partnerschaft für Demokratie neu ausgerichtet haben (n=1). Mehrfachnennungen sind möglich oder „Kann ich nicht beurteilen“.

3.5.2 Arbeitsschwerpunkte der Partnerschaften für Demokratie

Tabelle 82: Gesamt: Arbeitsschwerpunkte, die im Jahr 2017 bearbeitet werden

	Anzahl	In Prozent
Aktuelle Formen des Antisemitismus	61	23 %
Aktuelle Formen von Islam-/Muslimfeindlichkeit	105	40 %
Antiziganismus	36	14 %
Homo- und Transfeindlichkeit	52	20 %
Demokratiestärkung im ländlichen Raum	164	62 %
Rechtsextreme Orientierungen und Handlungen	165	63 %
Islamistische Orientierungen und Handlungen	61	23 %
Linke Militanz	6	2 %
Förderung einer Willkommens- und Anerkennungskultur für Asylsuchende/Geflüchtete	184	70 %
Demokratieförderung	239	91 %
Gender Mainstreaming	57	22 %
Diversity Mainstreaming	100	38 %
Inklusion (von Menschen mit Beeinträchtigung/Behinderung)	62	23 %

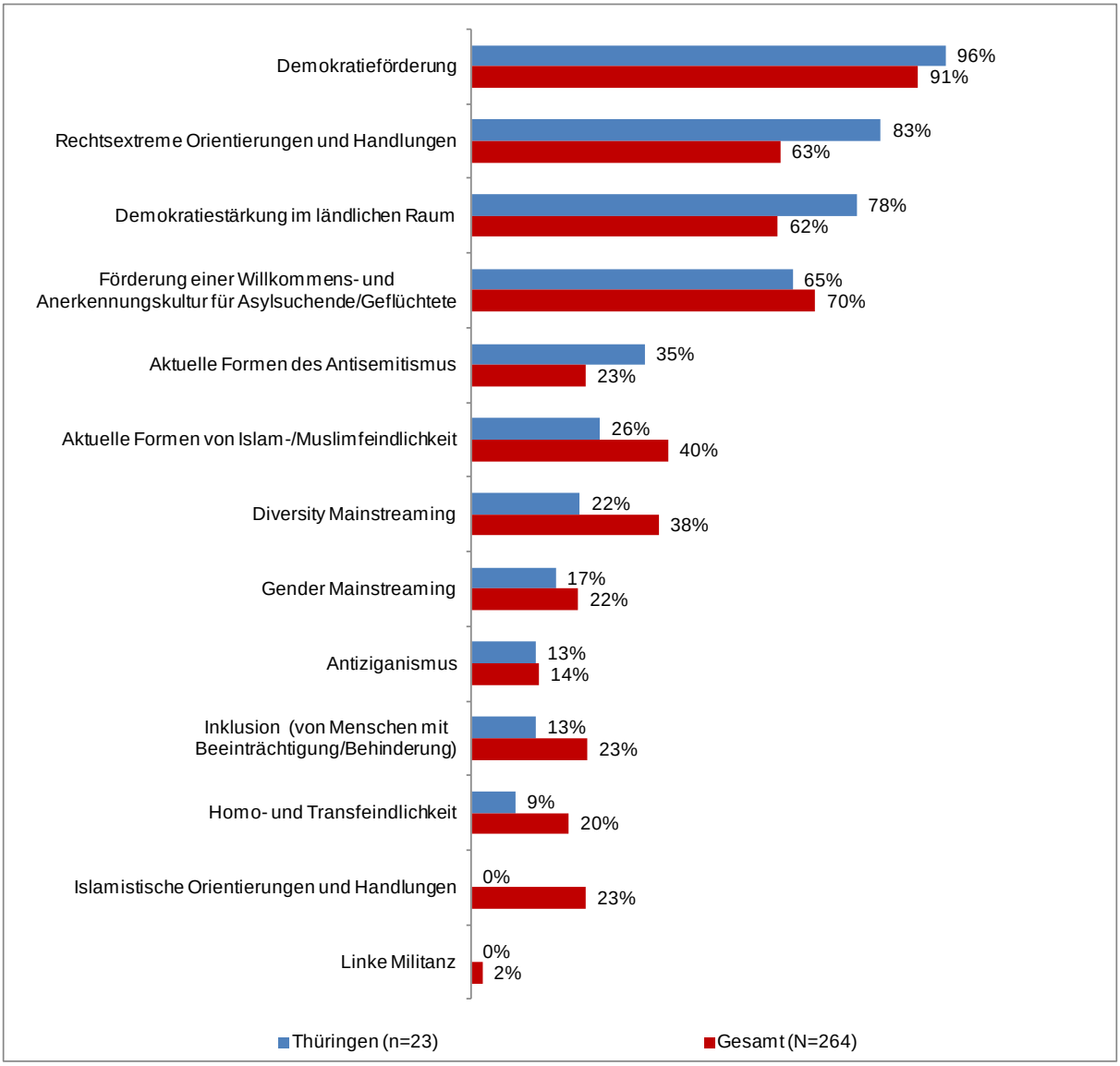
Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264). Mehrfachnennungen sind möglich.

Tabelle 83: Thüringen: Arbeitsschwerpunkte, die im Jahr 2017 bearbeitet werden

	Anzahl	In Prozent
Aktuelle Formen des Antisemitismus	8	35 %
Aktuelle Formen von Islam-/Muslimfeindlichkeit	6	26 %
Antiziganismus	3	13 %
Homo- und Transfeindlichkeit	2	9 %
Demokratiestärkung im ländlichen Raum	18	78 %
Rechtsextreme Orientierungen und Handlungen	19	83 %
Islamistische Orientierungen und Handlungen	0	0 %
Linke Militanz	0	0 %
Förderung einer Willkommens- und Anerkennungskultur für Asylsuchende/Geflüchtete	15	65 %
Demokratieförderung	22	96 %
Gender Mainstreaming	4	17 %
Diversity Mainstreaming	5	22 %
Inklusion (von Menschen mit Beeinträchtigung/Behinderung)	3	13 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 aus Thüringen (n=23). Mehrfachnennungen sind möglich.

Abbildung 11: Thüringen: Arbeitsschwerpunkte, die im Jahr 2017 bearbeitet werden



Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264). Mehrfachnennungen sind möglich.

3.5.3 Strategien zur Umsetzung der Leitprinzipien des Bundesprogramms

Tabelle 84: Umsetzung von Gender-, Diversity Mainstreaming und Inklusion: Einbindung relevanter Akteur/innen (z.B. Gender-, Integration-, Behindertenbeauftragte) bei der Umsetzung der Partnerschaft (Anteil der „Ja"-Antworten)

	Gender Mainstreaming		Diversity Mainstreaming		Inklusion	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Baden-Württemberg (n=21)	10	48 %	14	67 %	15	71 %
Bayern (n=23)	7	30 %	6	26 %	7	30 %
Berlin (n=15)	9	60 %	13	87 %	6	40 %
Brandenburg (n=15)	10	67 %	10	67 %	11	73 %
Hamburg (n=7)	4	57 %	6	86 %	2	29 %
Hessen (n=29)	10	34 %	14	48 %	6	21 %
Mecklenburg-Vorpommern (n=18)	9	50 %	5	28 %	6	33 %
Niedersachsen (n=18)	8	44 %	10	56 %	7	39 %
Nordrhein-Westfalen (n=30)	16	53 %	15	50 %	10	33 %
Rheinland-Pfalz (n=14)	10	71 %	9	64 %	7	50 %
Saarland (n=5)	4	80 %	4	80 %	3	60 %
Sachsen (n=18)	5	28 %	6	33 %	2	11 %
Sachsen-Anhalt (n=19)	9	47 %	8	42 %	6	32 %
Schleswig-Holstein (n=6)	2	33 %	1	17 %	3	50 %
Thüringen (n=23)	12	52 %	10	43 %	7	30 %
Gesamt (N=264)	127	48 %	132	50 %	99	38 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264). Mehrfachnennungen sind möglich.

Tabelle 85: Umsetzung von Gender-, Diversity Mainstreaming und Inklusion: Berücksichtigung der Leitprinzipien bei der Projektauswahl (Anteil der „Ja“-Antworten)

	Gender Mainstreaming		Diversity Mainstreaming		Inklusion	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Baden-Württemberg (n=21)	16	76 %	18	86 %	15	71 %
Bayern (n=23)	14	61 %	14	61 %	14	61 %
Berlin (n=15)	13	87 %	11	73 %	7	47 %
Brandenburg (n=15)	12	80 %	12	80 %	12	80 %
Hamburg (n=7)	5	71 %	6	86 %	4	57 %
Hessen (n=29)	22	76 %	20	69 %	15	52 %
Mecklenburg-Vorpommern (n=18)	13	72 %	12	67 %	12	67 %
Niedersachsen (n=18)	11	61 %	13	72 %	10	56 %
Nordrhein-Westfalen (n=30)	21	70 %	21	70 %	18	60 %
Rheinland-Pfalz (n=14)	13	93 %	13	93 %	11	79 %
Saarland (n=5)	5	100 %	5	100 %	5	100 %
Sachsen (n=18)	10	56 %	11	61 %	9	50 %
Sachsen-Anhalt (n=19)	16	84 %	14	74 %	13	68 %
Schleswig-Holstein (n=6)	4	67 %	5	83 %	4	67 %
Thüringen (n=23)	20	87 %	18	78 %	19	83 %
Gesamt (N=264)	198	75 %	196	74 %	171	65 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264). Mehrfachnennungen sind möglich.

Tabelle 86: Umsetzung von Gender-, Diversity Mainstreaming und Inklusion: Qualifizierung/Beratung der Programmakteur/innen (z.B. Projektträger) zur Umsetzung der Leitprinzipien (Anteil der „Ja“-Antworten)

	Gender Mainstreaming		Diversity Mainstreaming		Inklusion	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Baden-Württemberg (n=21)	7	33 %	12	57 %	6	29 %
Bayern (n=23)	7	30 %	8	35 %	4	17 %
Berlin (n=15)	10	67 %	11	73 %	7	47 %
Brandenburg (n=15)	5	33 %	7	47 %	5	33 %
Hamburg (n=7)	3	43 %	5	71 %	2	29 %
Hessen (n=29)	11	38 %	14	48 %	9	31 %
Mecklenburg-Vorpommern (n=18)	6	33 %	6	33 %	7	39 %
Niedersachsen (n=18)	10	56 %	10	56 %	11	61 %
Nordrhein-Westfalen (n=30)	11	37 %	12	40 %	9	30 %
Rheinland-Pfalz (n=14)	10	71 %	9	64 %	7	50 %
Saarland (n=5)	4	80 %	4	80 %	4	80 %
Sachsen (n=18)	6	33 %	6	33 %	4	22 %
Sachsen-Anhalt (n=19)	10	53 %	9	47 %	9	47 %
Schleswig-Holstein (n=6)	4	67 %	3	50 %	3	50 %
Thüringen (n=23)	11	48 %	9	39 %	9	39 %
Gesamt (N=264)	116	44 %	127	48 %	98	37 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264). Mehrfachnennungen sind möglich.

Tabelle 87: Umsetzung von Gender-, Diversity Mainstreaming und Inklusion: Gezielte Förderung von Projekten mit einem Fokus auf die Leitprinzipien (Anteil der „Ja“-Antworten)

	Gender Mainstreaming		Diversity Mainstreaming		Inklusion	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Baden-Württemberg (n=21)	13	62 %	15	71 %	11	52 %
Bayern (n=23)	7	30 %	9	39 %	7	30 %
Berlin (n=15)	10	67 %	9	60 %	3	20 %
Brandenburg (n=15)	4	27 %	3	20 %	4	27 %
Hamburg (n=7)	3	43 %	6	86 %	2	29 %
Hessen (n=29)	13	45 %	11	38 %	11	38 %
Mecklenburg-Vorpommern (n=18)	6	33 %	6	33 %	8	44 %
Niedersachsen (n=18)	2	11 %	8	44 %	4	22 %
Nordrhein-Westfalen (n=30)	13	43 %	14	47 %	10	33 %
Rheinland-Pfalz (n=14)	7	50 %	5	36 %	6	43 %
Saarland (n=5)	2	40 %	3	60 %	3	60 %
Sachsen (n=18)	5	28 %	7	39 %	5	28 %
Sachsen-Anhalt (n=19)	8	42 %	7	37 %	7	37 %
Schleswig-Holstein (n=6)	1	17 %	2	33 %	2	33 %
Thüringen (n=23)	11	48 %	11	48 %	10	43 %
Gesamt (N=264)	107	41 %	119	45 %	95	36 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264). Mehrfachnennungen sind möglich.

3.6 Unterstützungsbedarfe der Koordinator/innen

3.6.1 Formate der Unterstützung

Tabelle 88: Bedarf der Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstelle an Handreichungen

	Ja		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Baden-Württemberg (n=21)	12	57 %	5	24 %	4	19 %
Bayern (n=23)	11	48 %	7	30 %	5	22 %
Berlin (n=15)	7	47 %	5	33 %	3	20 %
Brandenburg (n=15)	9	60 %	4	27 %	2	13 %
Hamburg (n=7)	4	57 %	1	14 %	2	29 %
Hessen (n=29)	15	52 %	7	24 %	7	24 %
Mecklenburg-Vorpommern (n=18)	9	50 %	6	33 %	3	17 %
Niedersachsen (n=18)	7	39 %	6	33 %	5	28 %
Nordrhein-Westfalen (n=30)	17	57 %	7	23 %	6	20 %
Rheinland-Pfalz (n=14)	8	57 %	5	36 %	1	7 %
Saarland (n=5)	3	60 %	2	40 %	0	0 %
Sachsen (n=18)	6	33 %	9	50 %	3	17 %
Sachsen-Anhalt (n=19)	12	63 %	5	26 %	2	11 %
Schleswig-Holstein (n=6)	3	50 %	0	0 %	3	50 %
Thüringen (n=23)	12	52 %	7	30 %	4	17 %
Gesamt (N=264)	136	52 %	78	30 %	50	19 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264).

Tabelle 89: Bedarf der Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstelle an Fachaustauschen auf Länderebene

	Ja		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Baden-Württemberg (n=21)	15	71 %	2	10 %	4	19 %
Bayern (n=23)	23	100 %	0	0 %	0	0 %
Berlin (n=15)	14	93 %	0	0 %	1	7 %
Brandenburg (n=15)	11	73 %	2	13 %	2	13 %
Hamburg (n=7)	6	86 %	0	0 %	1	14 %
Hessen (n=29)	23	79 %	2	7 %	4	14 %
Mecklenburg-Vorpommern (n=18)	16	89 %	2	11 %	0	0 %
Niedersachsen (n=18)	14	78 %	2	11 %	2	11 %
Nordrhein-Westfalen (n=30)	25	83 %	1	3 %	4	13 %
Rheinland-Pfalz (n=14)	11	79 %	1	7 %	2	14 %
Saarland (n=5)	4	80 %	1	20 %	0	0 %
Sachsen (n=18)	13	72 %	3	17 %	2	11 %
Sachsen-Anhalt (n=19)	16	84 %	3	16 %	0	0 %
Schleswig-Holstein (n=6)	4	67 %	1	17 %	1	17 %
Thüringen (n=23)	20	87 %	2	9 %	1	4 %
Gesamt (N=264)	218	83 %	22	8 %	24	9 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264).

Tabelle 90: Bedarf der Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstelle an Fachaustauschen auf Bundesebene

	Ja		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Baden-Württemberg (n=21)	10	48 %	5	24 %	6	29 %
Bayern (n=23)	19	83 %	2	9 %	2	9 %
Berlin (n=15)	11	73 %	3	20 %	1	7 %
Brandenburg (n=15)	8	53 %	3	20 %	4	27 %
Hamburg (n=7)	5	71 %	0	0 %	2	29 %
Hessen (n=29)	16	55 %	3	10 %	10	34 %
Mecklenburg-Vorpommern (n=18)	13	72 %	3	17 %	2	11 %
Niedersachsen (n=18)	13	72 %	4	22 %	1	6 %
Nordrhein-Westfalen (n=30)	19	63 %	6	20 %	5	17 %
Rheinland-Pfalz (n=14)	10	71 %	2	14 %	2	14 %
Saarland (n=5)	4	80 %	1	20 %	0	0 %
Sachsen (n=18)	10	56 %	4	22 %	4	22 %
Sachsen-Anhalt (n=19)	15	79 %	2	11 %	2	11 %
Schleswig-Holstein (n=6)	5	83 %	0	0 %	1	17 %
Thüringen (n=23)	15	65 %	7	30 %	1	4 %
Gesamt (N=264)	176	67 %	45	17 %	43	16 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264).

Tabelle 91: Bedarf der Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstelle an Fortbildung

	Ja		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Baden-Württemberg (n=21)	16	76 %	3	14 %	2	10 %
Bayern (n=23)	21	91 %	2	9 %	0	0 %
Berlin (n=15)	13	87 %	1	7 %	1	7 %
Brandenburg (n=15)	14	93 %	0	0 %	1	7 %
Hamburg (n=7)	5	71 %	0	0 %	2	29 %
Hessen (n=29)	22	76 %	2	7 %	5	17 %
Mecklenburg-Vorpommern (n=18)	10	56 %	5	28 %	3	17 %
Niedersachsen (n=18)	14	78 %	3	17 %	1	6 %
Nordrhein-Westfalen (n=30)	26	87 %	3	10 %	1	3 %
Rheinland-Pfalz (n=14)	11	79 %	1	7 %	2	14 %
Saarland (n=5)	3	60 %	2	40 %	0	0 %
Sachsen (n=18)	10	56 %	5	28 %	3	17 %
Sachsen-Anhalt (n=19)	17	89 %	2	11 %	0	0 %
Schleswig-Holstein (n=6)	4	67 %	1	17 %	1	17 %
Thüringen (n=23)	22	96 %	1	4 %	0	0 %
Gesamt (N=264)	211	80 %	31	12 %	22	8 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264).

Tabelle 92: Bedarf der Mitarbeiter/innen der Koordinierungs- und Fachstelle an zertifizierter Weiterbildung

	Ja		Nein		Kann ich nicht beurteilen	
	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent	Absolut	In Prozent
Baden-Württemberg (n=21)	8	38 %	5	24 %	8	38 %
Bayern (n=23)	11	48 %	6	26 %	6	26 %
Berlin (n=15)	9	60 %	4	27 %	2	13 %
Brandenburg (n=15)	12	80 %	2	13 %	1	7 %
Hamburg (n=7)	3	43 %	2	29 %	2	29 %
Hessen (n=29)	14	48 %	8	28 %	7	24 %
Mecklenburg-Vorpommern (n=18)	12	67 %	4	22 %	2	11 %
Niedersachsen (n=18)	13	72 %	2	11 %	3	17 %
Nordrhein-Westfalen (n=30)	17	57 %	6	20 %	7	23 %
Rheinland-Pfalz (n=14)	10	71 %	2	14 %	2	14 %
Saarland (n=5)	3	60 %	2	40 %	0	0 %
Sachsen (n=18)	10	56 %	3	17 %	5	28 %
Sachsen-Anhalt (n=19)	11	58 %	7	37 %	1	5 %
Schleswig-Holstein (n=6)	2	33 %	3	50 %	1	17 %
Thüringen (n=23)	19	83 %	2	9 %	2	9 %
Gesamt (N=264)	157	59 %	58	22 %	49	19 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen 2017 (N=264).

3.6.2 Inhaltliche Schwerpunkte der Unterstützungsbedarfe

Tabelle 93: Gesamt: Inhaltliche Bereiche, hinsichtlich derer die Koordinator/innen Unterstützungsbedarfe äußern

	Absolut	In Prozent
Analyse aktueller Problemlagen vor Ort (Situationsanalyse)	79	31 %
Bestandsaufnahme von Konzepten, Maßnahmen, bestehenden Angeboten, Vernetzungen etc. im Umgang mit diesen Problemlagen vor Ort (Ressourcenanalyse)	84	33 %
(Fort-)Entwicklung einer integrierten Handlungsstrategie	110	43 %
(Fort-)Entwicklung einer Strategie für die Öffentlichkeitsarbeit	107	42 %
Präzisierung des Aufgabenprofils der Koordinierungs- und Fachstelle (z.B. Rollenklärung in Bezug auf das federführende Amt, Profilschärfung im Themenbereich etc.)	71	28 %
Jugendforen implementieren und Jugendbeteiligung sicherstellen	124	49 %
Aktivierung des Begleitausschusses als strategisch arbeitendes Gremium	92	36 %
Aktivierung/Gewinnung neuer/zentraler Akteur/innen	121	48 %
Einbindung von Migrant/innen(selbst)organisationen	81	32 %
Umgang mit und Moderation von Konflikten innerhalb der Partnerschaft für Demokratie	44	17 %
Kofinanzierung	55	22 %
Verwaltungs- und/oder Zuwendungsrecht	104	41 %
Projektmanagement	50	20 %
Netzwerkarbeit	42	17 %
Umgang mit einem polarisierten öffentlichen Diskurs	78	31 %
Umgang mit Hate Speech in sozialen Medien	79	31 %
Umgang mit der Bedrohung engagierter Akteur/innen	44	17 %
Umgang mit Parlamentsanfragen	28	11 %
Islam- und Muslimfeindlichkeit	50	20 %
Auseinandersetzungen zwischen zugewanderten Gruppen	44	17 %
Sonstiges	13	5 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen mit weiterführenden Unterstützungsbedarfen 2017 (n=254). Mehrfachnennungen sind möglich.

Tabelle 94: Thüringen: Inhaltliche Bereiche, hinsichtlich derer die Koordinator/innen Unterstützungsbedarfe äußern

	Absolut	In Prozent
Analyse aktueller Problemlagen vor Ort (Situationsanalyse)	14	61 %
Bestandsaufnahme von Konzepten, Maßnahmen, bestehenden Angeboten, Vernetzungen etc. im Umgang mit diesen Problemlagen vor Ort (Ressourcenanalyse)	9	39 %
(Fort-)Entwicklung einer integrierten Handlungsstrategie	9	39 %
(Fort-)Entwicklung einer Strategie für die Öffentlichkeitsarbeit	7	30 %
Präzisierung des Aufgabenprofils der Koordinierungs- und Fachstelle (z.B. Rollenklärung in Bezug auf das federführende Amt, Profilschärfung im Themenbereich etc.)	5	22 %
Jugendforen implementieren und Jugendbeteiligung sicherstellen	12	52 %
Aktivierung des Begleitausschusses als strategisch arbeitendes Gremium	13	57 %
Aktivierung/Gewinnung neuer/zentraler Akteur/innen	9	39 %
Einbindung von Migrant/innen(selbst)organisationen	5	22 %
Umgang mit und Moderation von Konflikten innerhalb der Partnerschaft für Demokratie	8	35 %
Kofinanzierung	2	9 %
Verwaltungs- und/oder Zuwendungsrecht	9	39 %
Projektmanagement	1	4 %
Netzwerkarbeit	2	9 %
Umgang mit einem polarisierten öffentlichen Diskurs	14	61 %
Umgang mit Hate Speech in sozialen Medien	8	35 %
Umgang mit der Bedrohung engagierter Akteur/innen	12	52 %
Umgang mit Parlamentsanfragen	6	26 %
Islam- und Muslimfeindlichkeit	1	4 %
Auseinandersetzungen zwischen zugewanderten Gruppen	7	30 %
Sonstiges	0	0 %

Quelle: Angaben der Koordinierungs- und Fachstellen aus Thüringen mit weiterführenden Unterstützungsbedarfen 2017 (n=23). Mehrfachnennungen sind möglich.

Institut für Sozialarbeit
und Sozialpädagogik e. V.
Zeilweg 42
60439 Frankfurt am Main

Telefon +49 (0) 69 /95789-0
Telefax +49 (0) 69 /95789-190
E-Mail info@iss-ffm.de
Internet www.iss-ffm.de